

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 2,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Infiltrations-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Korespondenz „Socialdemokrat Berlin“.

Zur diplomatischen Lage Deutschlands.

mb. London, 21. Oktober.

Die diplomatischen Bewegungen Westeuropas, auf die wir einige Male in diesem Jahre im „Vorwärts“ aufmerksam machten, nehmen langsam eine festere Gestalt an. An dem Tage, als der König von Italien in Paris von einer Annäherung zwischen Italien und Frankreich sprach, wurde in London ein englisch-französischer Schiedsgerichts-Vertrag abgeschlossen, der zwar als Erfolg der Friedensidee an sich weniger als nichts bedeutet, aber als Symptom des Einvernehmens zwischen England und Frankreich immerhin von Wichtigkeit ist. Der englisch-französische Schiedsgerichts-Vertrag will zwar nur einen Krieg unmöglich machen, wo es sich um juristisch definierbare Schwierigkeiten handelt, jedoch zeigt er, daß zwischen den beiden westeuropäischen Mächten das gegenseitige Mißtrauen mehr und mehr schwindet. Die europäische Politik hat nunmehr mit einem englisch-französischen Einvernehmen zu rechnen.

Ebenso mit der italienisch-französischen Freundschaft, die der zwanzigjährigen Entfremdung zwischen Italien und Frankreich ein Ende macht. Diese Entfremdung datiert bekanntlich seit dem Jahre 1851, als Frankreich Tunis besetzte. Denn dieses nordafrikanische Gebiet wurde von Italien beansprucht, da es vielfach von Italienern kolonisiert wird. Die Folge der französischen Occupation von Tunis war der Anschluß Italiens an Deutschland und Oesterreich im Jahre 1882 und der berühmte Dreibund entstand, der Frankreich auf Jahre hinaus isolierte, bis es sich mit Rußland verbündete. Seitdem hatten wir einen Drei- und Zweibund, die man als das europäische Gleichgewicht betrachtete.

Die diplomatischen Ereignisse der letzten Monate haben diese Lage verschoben und eine Neugruppierung der Mächte veranlaßt, die keineswegs zu Gunsten Deutschlands ausfällt. Sich darüber zu beklagen, hätte Deutschland kaum einen Grund, denn seine programmlose Politik hat ohne Zweifel zu dieser Erschütterung manches beigetragen.

Die Lage ist etwa die:

Die Einigung Deutschlands und Italiens im Jahre 1871 und die Autonomie Ungarns im Jahre 1868 bildeten den Abschluß der kriegerischen nationalen Periode, die mit 1848 begann und das Werk des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 beseitigte. Die Europa nach 1815 an die dreißig Jahre äußeren Friedens hatte, so hatten wir nach 1871 einige dreißig Jahre äußeren Friedens in Europa. Die Parallele kann noch weiter gezogen werden: wie die dreißig Jahre nach 1815 voll von nationalen Bestrebungen waren, so die dreißig Jahre nach 1871 voll von imperialistischen Bestrebungen. Nur im äußersten Südosten Europas, auf dem Balkan, brachen noch in den siebziger Jahren die nationalen Plannen aus und führten zum russisch-türkischen Kriege, 1877-78, der auf dem Berliner Kongresse, 1878, seinen Abschluß fand. Allein die Rolle, die Bismarck auf diesem Kongresse spielte, mißfiel der russischen Diplomatie, so daß Bismarck es für nötig fand, sich nach einem Bundesgenossen gegen Rußland umzusehen. Der natürliche Verbündete war Oesterreich, das nach 1866 und 1870 auf den Orient angewiesen wurde, wo es aber auf die Rivalität Rußlands stieß. So kam am 7. Oktober 1879 das deutsch-österreichische Bündnis zu stande, das in erster Linie gegen Rußland gerichtet war. Während dieser Ereignisse entstand eine Rivalität zwischen Frankreich und Italien um Tunis. Die europäischen Großmächte, die Frankreich von der europäischen Politik ablenken wollten, gestatteten ihm, Tunis zu besetzen. Dies geschah im Jahre 1881. Das enttäuschte Italien warf sich sodann Deutschland und Oesterreich in die Arme, obwohl es mit letzterem noch stärker verfeindet war als mit Frankreich. Im Jahre 1882, als der Dreibund gegen Rußland und Frankreich entstand, besetzte England Kgypten, auf welches Frankreich alle Ansprüche hatte, die aber von England nicht anerkannt wurden. Dies führte zwischen den beiden westeuropäischen Mächten zu einer Feindschaft, die in den letzten zwanzig Jahren sich zuweilen bis zur Kriegshöhe steigerte. Dasselbe gilt von Frankreich und Italien. Die Gruppierung der europäischen Mächte ergab sich sodann von selbst: auf einer Seite Deutschland, Oesterreich, Italien mit England in Reserve; auf der andern Seite Frankreich und Rußland.

Wie man sieht, hatten die diplomatischen Gruppierungen von 1878 bis 1902 vornehmlich imperialistische Motive, die auch während dieser Periode reichlich zum Durchbruch kamen.

Die deutschen Bismarck-Berehrer behaupten, diese Neugruppierung, die ohne Zweifel Deutschland günstig war, sei das Werk Bismarcks gewesen. Dem ist aber keineswegs so. Die europäischen Diplomaten, die ihre Arbeit bis ungefähr 1880 leisteten, hatten keine Ahnung von der Bedeutung des Imperialismus. Bismarck, Gortschakow, Cavour, Andrassy, Salisbury gehören samt und sonders der Periode der nationalen Wirren an, ebenso wie die Metternich, Talleyrand, Reszelrode und Castlereagh noch der merkantilistischen Periode angehörten und von der Bedeutung des zu ihrer Zeit aufsteigenden nationalen Gedankens, der die europäische Karte umgestalten sollte, keine Ahnung hatten.

Bismarcks äußere Politik war in der That eine kontinental-europäische und von 1871 an eine durch und durch konservative. Deshalb war sie England ungeschädlich; von einer englisch-deutschen Rivalität war bis etwa 1885 gar keine Rede. Diese begann erst, als Bismarck gegangen war, d. h. seitdem Deutschland in die außer-europäische Politik, in die Weltpolitik eintrat, oder richtiger einzutreten bemüht ist. Während der letzten zehn Jahre hat Deutschland aber keinen Diplomaten erzeugt, der ihm die imperialistische Formel, den welt-politischen Leitgedanken hätte geben können. Die letzten dreizehn Jahre der äußeren Politik Deutschlands waren deshalb eine Odyssee, ein „Nofes Umherfahren“. Wer versuchte es mit England, Frankreich, Türkei, Rußland, ohne einen Anknüpfungspunkt gefunden zu haben.

Dieses heberhafte Suchen hatte vorläufig nur den Erfolg, daß es viel Unruhe unter den Großmächten hervorrief und zur Erschütterung des europäischen Gleichgewichts beitrug. Die sich jetzt vor unsren Augen vollziehende Neugruppierung der Mächte zeigt einen geradezu antideutschen Charakter. Deutschland fällt in neue Isolation, die nichts weniger als glänzend ist.

Der Dreibund mit England in Reserve hat zwar Deutschland nicht gestattet, die ersehnte weltpolitische Stellung zu gewinnen, aber er war für Deutschland eine Sicherheit. Er schützte es gegen Frankreich und gegen Rußland. Frankreich mußte nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Italien und England rüsten, und es rückte unter Anspannung aller Kräfte, stillschweigend und entschlossen. Rußland hatte nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich im Auge, selbstverständlich auch England. Jetzt stehen England und Italien auf seitlich Frankreichs, ebenso Rußland. Bleibt nur Oesterreich, auf das man unter den im Donauraum herrschenden Wirren kaum rechnen darf. Aber auch das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland wird zusehends ein anderes. Beim Abschluß des Bundes im Jahre 1879 standen sich Deutschland und Oesterreich als zwei gleichberechtigte Mächte gegenüber. Jetzt ist das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland wie das eines Vasallen zum Lehnsherrn. Oesterreich ist vor allem Deutschlands Instrument in Rom, um mit Hilfe der katholischen Kirche den deutschen Imperialismus zu fördern. Dann soll Oesterreich in der Orientfrage für Deutschland eintreten. Deutschland kann es nicht offen thun, um nicht Rußland zu verletzen. Allein dieses neue Verhältnis kann nur festere Gestalt annehmen, wenn das deutsche Element in Oesterreich vorherrscht. Und das deutsche Element wird dort nicht nur nicht vorherrschend, sondern vom slavischen Element immer mehr zurückgedrängt. Eine vernünftige Politik Rußlands gegenüber Oesterreich und den österreichischen Slaven könnte Oesterreich unter russischen Einfluß bringen und Deutschland vollständig isolieren und mattsetzen. Es sind auch Anzeichen vorhanden, daß der deutsch-russische Kampf um Oesterreich bereits begonnen hat. Seitdem es in Petersburg klar wurde, daß die Slaven in Oesterreich die Oberhand gewinnen, ist die russische Politik gegenüber Oesterreich freundlicher geworden. Im April 1897 machte sie ihm bedeutende Konzessionen auf dem Balkan. Jetzt kam der Bar nach Wien, und möglicherweise ist das Aufgeben der zarischen Komreise zum Teil eine Konzession an Oesterreich, das mit Italien wegen der Rivalität um Albanien in Feindschaft liegt. Italien lehrt jetzt, nach seiner Ausöhnung mit Frankreich, vielleicht zur anti-österreichischen Politik zurück, die es seit 1882 nur verlagert hatte. Der Konfliktspunkt zwischen beiden ist, wie früher erwähnt, Albanien; beide Mächte kämpfen um die Vorherrschaft am Adriatischen Meer.

Das Ergebnis aller dieser diplomatischen Vorgänge ist die wachsende Isolierung Deutschlands in der äußeren Politik, hervorgerufen durch seine famose „Weltpolitik“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Die Wahrheit auf dem Marsche.

Der Prozeß, der von der Strafkammer des Landgerichts Halle gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Fritz Runerl wegen Beleidigung des ostasiatischen Expeditionscorps geführt wird, ist am Freitag aufs neue vertagt worden. Dem Antrag des Angeklagten, die Beweisführung darüber zugulassen, daß deutsche Soldaten wirklich, wie er behauptet haben soll, in China Verhörungen, Plünderungen und Schändungen begangen haben, hat das Gericht jetzt im weitesten Umfange stattgegeben. Es werden nicht nur zahlreiche Soldaten, die in China gewesen sind, über ihre Wahrnehmungen vernommen werden, man wird auch die bezüglichen Strafakten des Kriegsministeriums einfordern, deutsche und ausländische Kriegsberichterstatter vernehmen; auch der Führer des Expeditionscorps General v. Lefel und der ehemalige preussische Kriegsminister v. G. o. h. l. e. r sollen befragt werden.

Früher also, als nach dem bisherigen Verhalten der Gerichtsbehörden hätte angenommen werden dürfen, wird sich in großen, historischem Zusammenhange ein Bild jener Vorgänge entrollen, die zunächst durch die entscheidlichen Besenstimmungen der Humenbriefe, durch die Nachrichten einzelner Berichterstatter, schließlich durch die Verhandlungen im Reichstage im einzelnen und stückweise enthüllt worden sind. Es wird sich zeigen, daß Krieg, Handel und Piraterie auch heute noch dreieinig und nicht zu trennen sind, zum mindesten in jenen menschen- und sittenmordenden kolonialen Feldzügen, die Weltmächtsgefühle und kapitalistische Expansionspolitik entfesseln.

Es ist sicherlich weder für den Angeklagten noch für seine Verteidiger eine sonderliche Wollust gewesen, in allem Blut und Unrat dieses ungeliebten Nachkrieges zu wühlen. Wer seine Kräfte schonen will, wird sicherlich gut daran thun, wenn er an dem Schleier der Medusa nicht zu rühren wagt. Wenn zudem Runerl in jener Kandidatenrede zu Wörtern nicht darauf verzichtete, auch in diesem Punkte zu sagen, was er für die Wahrheit hielt, so standen ihm dabei die Vorbilder seiner Kollegen vom „Vorwärts“ vor Augen. Sie hatten ihren Wahrheitsmut mit harten Gefängnisstrafen büßen müssen, ohne daß es ihnen vergönnt gewesen wäre, den Beweis der Wahrheit für ihre Behauptungen führen zu dürfen.

Wenn den Angeklagten von gestern diese warnenden Köpfe nicht schreckten, so hat er heute dafür die Genugthuung, demnächst die ganze Welt zum Urteile darüber herausfordern zu dürfen, ob er und seine Vorgänger auf dem gefährlichen Wege wirklich als leichtfertige Ehrabschneider gehandelt haben, oder vielmehr als Männer, die für Wahrheitlichkeit, Menschlichkeit und Humanität stritten, die in diesem ehrenvollen Kampfe weder vor dem pein-

lichsten zurückschreckten, noch vor den schweren Gefahren der Justiz Furcht empfanden. Fällt die Entscheidung in diesem zweiten Sinne aus, dann kann sie das sittliche Urteil des Volkes für alles Schwere entscheidigen, das der Spruch der Richter über sie verkünden mochte.

Indes hat auch dieses Vorspiel des großen Wahrheitsdramas seine heitere Scene gehabt. Das war, als der gute Wächmeister Kahl mit viel Geschäftigkeit und Dienstfeier wiedergab, was er in jener kritischen Wählerversammlung aus dem Munde des angeklagten Genossen gehört haben wollte. Das chinesische Märchen von der „Insel Riantschou“ und allem, was dann weiter geschah, das ungerühmte, ungeleitete und ungehobelte Zeug, das der Angeklagte nach diesen eidlisch erhärteten Angaben den Wählern erzählt haben soll, schloß ein höchstes Bild in den heiteren Rahmen goldenen Humors. Denn wäre auch nur ein Wort von allem wahr, was diese heidete Amtsperson dem Abgeordneten Runerl, gewiß im besten Glauben, in den Mund legt, dann müssen ihm seine Wähler ungemüht als Pennäler an die Schule zurücksenden, die er vor Zeiten als Lehrer verlassen hat. So aber beweisen diese Aussagen nichts als die Ungeeignetheit des heutigen Ueberwachungssystems durch ungehaltene Polizeileute.

Während der Polizeikommissar Meibert, der Hauptbelastungszeuge, ursprünglich den beanstandeten Sach aus Runerls Munde wortwörtlich angegeben haben wollte und dem Angeklagten die Möglichkeit jedes Irrtums mit der größten Sicherheit bestritt, gab er jetzt ohne weiteres zu, daß die Aeußerung des Angeklagten auch so ungläublich thöricht und unverantwortlich gelautet haben könnte, wie sein Untergebener im Eifer seines Zeugnisses behauptet hatte. Erst auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden hin entschloß sich der Herr Polizeikommissar, zu seinen ursprünglichen Behauptungen zurückzukehren.

Wenn der weitere Verlauf des Prozesses gleichen Einblid hinter die Coulissen des Militarismus gestattet, wie sein Verlauf hinter die Coulissen unfres polizeilichen Ueberwachungssystems, dann wird der Angeklagte mit seinen Erfolgen zufrieden sein können. Dann wird es auch aller Welt klar werden, daß wir nicht nur, wie der fröhliche Kanzler des Reiches schon mit lächelndem Munde zugefand, an dem einen Söhnprinzen, sondern auch an dem einen China-Krieg für alle Zeiten genug haben! —

Eine Wahlrede zu der Landtagswahl hielt in Breslau Graf Limburg-Sturum, der konservative Parteiführer. Er sprach gegen den Kanalbau, für Unterdrückung der Bösen und Socialdemokraten und schloß mit einer Verherrlichung des elendesten aller Wahlsysteme also:

„Am Dreiklassenwahlsystem soll nicht gerüttelt werden. Bei unsrer Bildung ist die öffentliche Stimmabgabe die richtige. Bei der Wahlkreis-einteilung müsse nicht das numerische Ausschlaggebend sein, sondern die Frage, was die Bevölkerung in den Wahlkreisen leistet, was sie für den Staat treibt. Darum gelte auch im Landtag die Sorge für die leidende landwirtschaftliche Bevölkerung. Wir müssen die Monarchie und die konservative Partei stark und kräftig erhalten.“

Man versteht: die preussischen Wähler sind bildungslose Trottel, wählen ihrer doch, wenn sie geheim ihre Stimme abgeben, allzuvielen socialdemokratisch; bei diesem niedrigen Bildungsstand, der freilich anscheinend durch das konservative Schulwesen verursacht ist, ist es nötig, die öffentliche, wohl kontrollierte Stimmabgabe einzutreten zu lassen, damit die Wähler das richtige treffen.

An diesem trefflichen System soll nicht gerüttelt werden, sagt Graf Limburg. Hoffentlich gelingt es der Socialdemokratie, am 12. November gehörig an den Eisenstäben des Dreiklassen-Wahlsystems zu rütteln, hinter denen das konservative Junkerregiment sich versteckt. —

Mecklenburgische Wahlen und mecklenburgische Justiz.

Aus Schwerin wird dem „Hamd. Echo“ berichtet: Ein Nachspiel zur Reichstagswahl bildete eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht in Schwerin. Am Tage der Reichstags-Stichwahl wollte in Kleinen der Zeitungverleger W. Dittrich aus Neustad der Wahlhandlung beiwohnen. Er kam in das Wahllokal und stellte sich einem am Wahlvorstand sitzenden Herrn, dem Lehrer Walter vor, zugleich fragte er, ob es die Herren gestatteten, daß er im Wahllokal bleibe, um sich die Wahlhandlung mit anzusehen. Der Lehrer Walter erwiderte, wenn Dittrich sich ausweisen könnte, daß er Reichstagswähler sei, dann würden sie ihm den Aufenthalt im Wahllokal nicht verbieten können. D. legitimierte sich als solcher durch seine Wohnungskarte und durch eine Bescheinigung über die Anmeldung einer Wähler-Versammlung. Die Wahlhandlung eröffnete der Lehrer, indem er den Schriftführer das Protokoll verlesen ließ. Als die Stelle verlesen wurde: „Die Wahlhandlung wurde 10 Uhr vormittags eröffnet“, sah Dittrich nach seiner Taschenuhr. Am stand der mit am Wahlvorstand sitzende Erbpächter Rose auf und sagte: „Was ist das für ein fremder Mann? Was will der hier? Will der uns kontrollieren?“ Rose ging dabei auf D. zu und fragte ihn, zu welchem Zweck er nach der Uhr gesehen habe, worauf D. nicht antwortete. Weiter fragte R., ob D. sich legitimieren könne oder sich legitimiert hätte. D. antwortete, daß er solches bereits gethan. Jetzt mahnte der Lehrer, man möge doch erst das Protokoll zu Ende verlesen lassen, damit mit der Wahl begonnen werden könne, worauf der Erbpächter Rose nach seinem Platz zurückging, wobei er unter andern sagte: „Na, den will ich nachher schon rausbringen!“ Nachdem die Wahl kurze Zeit im Gange war, fragten Erbpächter Rose und der Wahlvorsteher Schulze D. in Kleinen ihren unbetenen Gast nach einem Gesundheitsattest! Dittrich antwortete: „Kein, ich habe keins; sehe ich denn aus, als wenn ich krank wäre?“ Auch fragte er, ob die Antwoenden alle ein Gesundheitsattest mitgebracht hätten. Nach kurzem Wortwechsel ging der Erbpächter Rose auf Dittrich zu und sagte, wobei er ihn anfaßte: „Sie haben kein Gesundheitsattest, Sie müssen raus!“ Dittrich machte den Rose auf das Strafbare einer solchen Handlungsweise aufmerksam. „Ach was, straf-

Bar, man raus", antwortete Mose und brachte Dittrich mit Gewalt zur Thür hinaus. Nach einiger Zeit kam der Tischler Wilhelm Peters aus Hofort und wollte in den Vorraum zum Wahllokal hinein, um nachzusehen, ob auf dem in demselben befindlichen Stuhl noch Stimmentzettel, lautend auf den Namen des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Emil Groß, auslagen. Der Erbpächter Mose besperrte dem Peters jedoch den Eingang zu dem Vorraum mit den Worten: "Hier lasse ich niemand hinein, bleiben Sie auf der Straße." Unter Genossen Dittrich hatte nun bei der Staatsanwaltschaft die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Mittäglichung gegen den Gehebedirektor Mose beantragt. Seinem Antrage war stattgegeben und so stand der Herr Erbpächter Mose nun als Angeklagter vor den Schranken des Gerichts. Mose gab im großen und ganzen den Halsbreitstand zu, will aber dem Dittrich angehen haben, daß derselbe krank sei, weshalb er es für seine Pflicht angesehen habe, ihn zu entfernen. Der Staatsanwalt hält für festgelegt, daß der Angeklagte sich eines Vergehens gegen § 240 des Str.-G.-B. schuldig gemacht habe, und daß er sich auch der Strafbarkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen sei. Der Angeklagte habe ein recht frivolcs Mittel angewandt, um seine Absicht durchzuführen, aus Mergel darüber, daß ein Mitglied einer ihm verhassten Partei ihn bei der Wahlhandlung kontrollieren wollte. Er beantrage deshalb eine Geldstrafe von fünf Mark! Das Gericht verhängte 15 Mark Geldstrafe. Es hat angenommen, daß der Angeklagte sich allerdings der Strafbarkeit seines Tuns bewußt war, daß aber der Fall für den Angeklagten sehr milde liege, weil er darüber irregeführt sei, bei der Wahlhandlung kontrollieren zu wollen. So ist der freche Gewaltakt bei der Wahl nun gestraft mit 15 M. Geldstrafe! Zu Gewaltthaten geneigte Verbrechensleute werden bei solcher Strafmilde zur Besserung ihrer Sitten nicht gelangen. —

Klerikale Duldbarkeit. In Essen hat ein gewisser B. Kühne, nachdem er längere Jahre in den Krupp'schen Werken gearbeitet und infolge von Krankheit den Beruf gewechselt hatte, eine Buchhandlung eröffnet. Ueber seine Erlebnisse als Buchhändler erzählt der Mann in dem „Essener Allgemeinen Beobachter“:

„Durch die Hilfe von Verwandten und Freunden habe ich in Gemeinschaft mit meiner Frau eine Buchhandlung eröffnet. Leider bin ich durch Unkenntnis der Verhältnisse in eine böse schwarze Gasse geraten. Ich mietete ein Lokal in der Nähe der katholischen Kirche in Essen-West. Schon einige Tage nach Eröffnung des Geschäfts kam mein Hausherr zu mir mit der Aufforderung, einige Bücher aus dem Schaufenster zu entfernen, da sich die katholische Geistlichkeit wegen der Auslegung bei ihm beschwert habe, weil Jola auf den Büchern steht. Auch sprach der Mann von evangelischen Büchern. Er bot mir eine Entschädigung an, wenn ich sofort ausziehe, er persönlich habe nichts gegen mich einzuwenden, aber ihm und seinem Schwiegerjohn würde von den Herren Kaplänen und dem Vorsitzenden des Windthorst-Vundes demagogisch zugesagt, daß er nicht anders könne. Ich that dem Mann schließlich den Willen und nahm die Jolischen Romane aus dem Fenster. Der Mahner kam wieder, die Geistlichen hatten weiter Anstoß genommen, ich sollte heraus aus dem Haus. Um Frieden zu halten, entschloß ich mich, noch weitere Sachen aus dem Schaufenster zu nehmen, welche vielleicht vor den Augen meiner Bedränger keine Gnade finden dürften. Ich hatte mich verrecknet. Die Lehrer der christlichen Nächstenliebe haben es nicht verschmäht, am Mittwochabend von der Kanzel herunter gegen mich vorzugehen, ja, die Kirchenbesucher waren so gegen mich ausgebeutet, daß ich, als die Kirche ausging, säkular die Kolladen herablassen mußte, um mich vor Schaden zu bewahren, denn meine Fensterausstellung wurde von einer nach Hunderten zählenden Menge unter lauten Drohungen belagert. Die Herren werden natürlich Sieger bleiben, denn ich bin zu schwach, um mich wehren zu können.“

Das sind dieselben Klerikalen, die gern über den Terrorismus der Arbeiter jetzigen. Sie treiben die schlimmste Bedrückung, natürlich stets aus — Heiligstätt und Nächstenliebe. —

Freiherr v. Gemeningen, der Präsident des Reichs-Militärgerichts, ist verstorben. Er bekleidete dies Amt seit Begründung dieses obersten Militär-Gerichtshofes. Während seiner Erkrankung war als Vertreter der General v. Rastow berufen. —

Kastor Jakobson verhaftet. Die beiden früheren Direktoren der Kreditbank Scherbed, Kastor Jakobson und Wesiger Lassen in Scherbed, sind gestern nachmittags verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt worden. Die genaue Prüfung verschiedener Gründungen der Genannten hat derartige Verdachtsmomente zu Tage gefördert, daß zur Verhaftung geschritten werden mußte.

Kastor Jakobson, nebenbei eine Hauptstütze des anti-dänischen Salandismus, betrieb eine Zeit lang im großen Maßstabe allerhand christliche Besserungs-Institute, die vor einiger Zeit wegen finanzieller Schwierigkeiten verkrachten. Auch eine „Kreditbank“ war von ihm eingerichtet worden. Sollten sich die in der obigen Meldung erwähnten Verdachtsmomente bestätigen, so wäre damit eine Säule des Anti-Dänen-Panathismus und christlicher „Charitas“ schmählich geborsten. —

Überschleische Wahlhändlung. Endlich hat die Deutsche Staatsanwaltschaft etwas über ihre Thätigkeit in der Sache des Genossen Winter hören lassen, der gegen Wahlvorstand und Wähler in Drosowitz (Kreis Larnowitz) Anzeige erstattet hatte. Die Anzeige Winters gegen den Wahlvorstand wegen widergesetzlicher Hinausweisung aus dem Wahllokal am 20. Juni ist zurückgewiesen worden, weil sich W. in diesem Wahllokal dadurch „ungebührlich“ benommen habe, daß er auf die Frage des Wahlvorstehers, des Amtsvorstehers Sobotta, antwortete, er wolle sich die Wahlhandlung ansehen. Diese Begründung des Vorwurfs der Ungebührlichkeit ist selbstverständlich völlig ungenügend und unwichtig. — Gegen die Arbeiter Plechke aus Pladowitz und den Kirchenvater Wackerquina ist dagegen wegen Körperverletzung, begangen gegen Winter, die Anklage erhoben worden. Wegen der Verweisung der Anzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt soll Verlangen bei der vorgesetzten Behörde erhoben werden. —

Zu der bairischen Abgeordnetenkammer wurde am Freitag die Etatsdebatte durch eine Rede des liberalen Abg. Casselmann fortgesetzt. Der Redner nahm den früheren Ministerpräsidenten Crailsheim gegen die Angriffe des Centrums in Schutz. Als er von den schamlosen Angriffen des Dr. Heim gegen Ministerium und Krone sprach, wurde er vom Präsidenten Dr. Derteter zur Ordnung gerufen. Dann führte der liberale Redner aus: Wie stellen wir uns nun zu dem neuen Ministerium? Wir können nicht abwarten wie das Centrum, das eine auffallende Liebe für Podewils entwickelt. Vor Tische las man's anders. Abg. Schädler rief noch vor kurzer Zeit: „Wir brauchen keine Podewils-Gewerbe!“ Wir können diese plöbliche Centrumsiebe sehr verdächtig vor. Ich erkläre namens meiner Freunde, daß das, was die Erklärung des Ministers über seine künftige Politik enthält, uns vollkommen befriedigt. Wir verlangen nur, daß er sich von der Rechten nicht umgarnen lasse. (Bravo links.) Trotdem beklagt uns die ganze Sorge, ob Sie nicht dem guten Willen aus die Kraft haben, den Willen in die That umzusetzen. (Rede v. Podewils sehr laut: O ja! Lautes Bravo links.) Wir freuen uns, daß der Ministerpräsident diese Erklärung giebt. Wir werden ihn dann gern unterstützen, wie wir Crailsheim unterstützt haben. Vorerst wurde erst das, was es heute ist, als es sich der Klerikalen Fesseln entzogen, und es waren die schlimmsten Tage, als das Wahl und Wege des Landes einem ultramontanen Ministerium anvertraut war. Lassen Sie sich, Herr Ministerpräsident, von der Sorge leiten, immer dem Ultramontanismus zu widersprechen, dann werden Sie alle treu monarchisch Gesinnten hinter sich haben (ironische Zurufe rechts). A. Knausmann jener, deren letzte Ziele jenseits der Berge sind. Gelächter und höhnische Zurufe rechts.) Ihr (zum Centrum) Behaupten ziemt sich für den Münchner Kindstücker, aber nicht für den

Erst dieser Versammlung. (Lebhafte Weisfall links.) — Die Debatte wird fortgesetzt. —

Ausland.

Bürgerlicher Freisinn über die Kommunalwahlen in Belgien.

Die reaktionäre Presse Belgiens und — Deutschlands heult vor Vergnügen, daß den Sozialisten bei den Kommunalwahlen hier und da Niederlagen beigebracht wurden. Natürlich sagt man sich nicht, wie gewöhnlich, der Wahrheit nach allen Regeln pflichtiger Kunst Gewalt anzutun. So läßt sich die biedere „Kreuz-Zeitung“ aus Brüssel berichten, eine große Allianz der Liberalen, Radikalen und Ultramontanen habe das Wunderwerk der sozialistischen „Deroute“ zu Stande gebracht. Dieser plumpe Schwundel trägt den Stempel der Unrichtigkeit etwas zu deutlich an der Stirn; denn — wie wir bereits bewiesen — haben in Wirklichkeit je nach den lokalen Verhältnissen Wahlartelle aller Art gegen die Pfaffen gekämpft: Social-Radikale, Social-Liberale, Social-Liberal-Radikale — wo bleibt da die große antisocialistische Allianz? —

Interessant ist übrigens das Geständnis der humanen „Kreuz-Zeitung“, daß der Grimm der Sozialistenfeinde ganz besonders dadurch erregt wurde, daß die Kinder der Arbeiter in den Gemeindeschulen nicht nur unterrichtet, sondern auch genährt und beherbergt wurden! Diese bösen belgischen Socis!

In Wirklichkeit laufen wie bei allen großen Wahlen aus allen Teilen des Landes noch immer so viel Resultate ein, daß es noch immer nicht möglich ist, den genauen Stand des Ergebnisses festzustellen. Und noch eins: Ganz abgesehen von einer Anzahl Stichwahlen und Wahlproteste, deren Ausgang auch noch erst abzuwarten ist, findet ein sehr wichtiges Nachspiel zu den Hauptwahlen erst noch am kommenden Sonntag (!) den 25. Oktober, statt. An diesem Tage nämlich werden die Ergänzungswahlen zu den Gemeindevorständen abgehalten, und jeder auch nur einigermaßen mit belgischen Verhältnissen Vertraute weiß, daß erst das Resultat dieser Wahlen abgewartet werden muß, ehe man sich ein Bild von der neuen Gestaltung und Gruppierung zu machen vermag. Soviel scheint allerdings festzustehen: Große Fortschritte haben die Sozialisten unter dem Plural-Wahlssystem nicht gemacht; aber sie sind auch nicht zurückgebrängt; denn den Niederlagen an einigen Stellen stehen erschlauernde Siege an andren gegenüber. Daß die Sozialisten in Brüssel ihre Position zu behaupten vermochten, ist geradezu als ein Wunder zu bezeichnen; waren doch seit den letzten Wahlen ganze Arbeiterviertel niedergedrückt und die Proletarier so in die Vorstädte gedrängt worden. Daß in diesen natürlich die sozialistischen Stimmen um viele Hunderte zunahm, ist als selbstverständlich zu bezeichnen.

Wie unverschämte übrigens von den Gegnern gelogen wird, geht unter andern daraus hervor, daß sie über die Niederlage der beiden sozialistischen Abgeordneten Vandervelde und Defnet triumphieren, während in Wirklichkeit keiner von beiden überhaupt als Kandidat aufgestellt war! —

Darüber, daß fast die ganze Provinz Flandern den Pfaffen bei diesen Wahlen die Heeresfolge versagt hat, schweigen sich die Klerikalen Wäntchen natürlich aus! Und wie ist es ferner zu erklären, daß bereits Meldungen von Aufregungen von Arbeitern im Zusammenhang mit den Wahlen einlaufen, wenn die Socialdemokratie in Belgien wirklich jene von der „Kreuz-Zeitung“ und Geistesverwandten behauptete schwere Niederlage erlitten hätte?! — Auch fehlt es nicht an neuen Beweisen von Klerikalem Wahlschwundel usw.

Auf die Gefahr hin, daß die bürgerliche Presse noch immer nicht begreift, wie wichtig es ist, bei Plural-Wahlen einen scharfen Unterschied zu machen zwischen den erzielten Stimmen und den zur Erzielung dieser Stimmen je nachdem erforderlich gewesenen Wählerzahlen, wollen wir zum Schluß noch ein paar der wichtigsten von den neu eingelaufenen Wahlergebnissen registrieren: Dphain: Sozialisten absolute Majorität! — Jincourt: Großer Sieg der liberal-socialistischen Liste. — Gent: Die Sozialisten haben 500 Stimmen gewonnen. — Sibry: Sieg der Klerikalen. — Vray: Die Pfaffen haben ihre bisherige Majorität eingebüßt. — Anderlues: Schwere Niederlage der Katholiken. — Dour: 5 Liberale, 2 Sozialisten, die beiden ersten Sozialisten in Dour!! — Balatte: Sozialistische Mehrheit. — Razy: 4 Liberale. — Voignee: 4 Sozialisten. — Dorion-Dozomont: Klägliche Niederlage der Klerikalen. — Lantremange: 4 Liberale, 3 Klerikale. — Wond: 3 Liberale, 2 Klerikale. — Voire: 2 Liberale, 21 Wahlproteste! — Vaur-Voriet: Die liberale Liste siegte. Den Sozialisten fehlte eine Stimme, um einen ihrer Kandidaten durchzubringen! — In Luxemburg erlang die bisherige Klerikale Majorität zu Bellefontaine, Etalle, Mules, Chatillon, Pastogne, Valour, Verbeumont, Vuzeol, Autelbas, Rastogne! —

Oestreich-Ungarn.

Dem Landtage der Bukowina liegt ein Entwurf des Abgeordneten Dr. Straucher vor, der die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Landtagswahl-Ordnung beweist. Es wird das direkte und geheime Wahlrecht gefordert und ein vorzügliches Zahlenmaterial als Grundlage zu den geforderten Änderungen gegeben. So z. B.: 700 000 Menschen mit 2 600 000 Kronen Steuerleistung wählen 19 Abgeordnete, 150 Großgrundbesitzer mit 492 000 Kronen Steuerleistung wählen 10 Abgeordnete!! —

Schweiz.

Die Genfer Polizeidiktatur vor dem Großen Räte.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die Interpellation unseres Genossen Wilms im Genfer Großen Rat über die elenden Gewaltthaten der Regierung gegen die italienischen Arbeiter während des verflochtenen Maurerstreiks ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Nach den vorliegenden Berichten hat der Polizeidiktator Odier über die empörenden, brutalen Massen-ausweisungen sich einfach ausgeschwiegen und bezüglich der Massenverhaftungen, die ebenfalls fast ausnahmslos zu Massenausweisungen, aber nur zu einer Anklage und Verurteilung führten, wälzte er die Verantwortlichkeit auf die Staatsanwaltschaft, welche sie angeblich durch Verhaftbefehle veranlaßt hatte. Da ist dann eben der Staatsanwalt genau so viel oder so wenig wert, wie der Polizeiminister und beide zusammen die verantwortlichen Diktatoren für den empörenden Mißbrauch der in ihren Händen befindlichen Macht, mit der sie zu Gunsten des Geldhads die Arbeiter einschüchtern und die Geschäfte des Unternehmertums besorgen. Der Maurerstreik, der bekanntlich musterhaft verliefen, sei nach dem Handlanger des Genfer Großkapitals ein revolutionärer Vorstoß gewesen und im übrigen, meinte er in übermühtiger Ausnutzung der Situation, möge man die Regierung anklagen, sie lebe einem Richterspruch mit Ruhe entgegen. Das glauben wir ohne weiteres. Die durch ihre aufreizenden Massenurteile verächtliche Genfer Klassenjustiz würde der Massenregierung kein Haar krümmen und durch Richterspruch ihre traurigen Geldthaten noch glänzender rechtfertigen.

Der Interpellant erklärte, von dieser abgedrückten Art der Rechtfertigung für ein schandmüßiges Willkürregiment nicht befriedigt zu sein, aber damit war auch die ganze Aktion erledigt. Der Genfer Regierung bleibt der traurige Ruhm, zu den schlechtesten Regierungen Europas zu gehören. —

Die Parteiverammlung der Genfer Genossen hat nach Anhörung des Berichtes der Untersuchungskommission in Sachen der Thätigkeit des Genossen Thibaud als Staatsrat ein-

stimmig (bei einigen Enthaltungen) anerkannt, daß Thibaud bei seinen Funktionen im allgemeinen den socialdemokratischen Grundföhen nachzukommen suchte. Der Bericht förderte namentlich reiches Material stiller Thätigkeit zu Tage, was manchen Genossen entwohnete. —

Frankreich.

Ein freirendlicher Unternehmer.

Paris, 21. Oktober. (Eig. Ber.) Ein lehrreiches Licht auf die nordische Streikbewegung werfen die Erklärungen eines Textilfabrikanten von Armentières dem Verlecherstatter des „Temps“ gegenüber. Als Inhaber des größten Betriebes am Orte beklagt er die ihm und seinen gleichgestellten Kollegen von den kleinen Fabrikanten gemachte Konkurrenz auf dem Wege der Lohn-drückerei. Er wünscht daher den Erfolg der Streikenden und bedauert das Wippen des Generalstreiks, der im ganzen Norden die technisch rüstständigen Betriebe hätte konkurrenzunfähig machen können.

Hier das Wesentliche der interessanten Erklärungen des einseitigen Unternehmers: Er werde nach wie vor dem Referendum dem eruchten „höflichen, fast achtungsvollen“ Vorschlag des Streikkomitees folgen und mit den Streikenden in Unterhandlungen treten — im Gegensatz zu zahlreichen seiner Kollegen, die im Ergebnis des Referendums, in der Weigerung, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, eine Beleidigung erliden: Sie (diese Kollegen) haben den Unternehmertum, ich bin ein praktischer Mensch. . . Die Verschäbenheit der Lohnrate ist eine Eierbeule unter Industrie. Zudem die Gewerkschaft die Vereinfachung der Tarife fordert, arbeitet sie ebenso sehr für uns wie für sich. Desgleichen ist sie berechtigt, eine Lohnhöhung zu fordern, denn die Arbeiter und die Arbeiterinnen verdienen wenig, 12 bis 20 Fr. (etwa 10 bis 16 M.) in der Woche. Und bei uns werden die höchsten Löhne gezahlt. . . Der Tarifkrieg ist ein Unglück. Er hat uns drei lange Streiks gekostet. Der letzte hat zum (allgemeinen) Tarif von 1889 geführt. Wir haben ihn durchgeführt — er bedeutete für uns eine Lohnherabsetzung —, aber zahlreiche Industrielle haben ihn verlegt. Gewisse Industrielle haben, um dem Tarif zu entgehen, Fabriken in der Umgegend gegründet, in Lille, Gorgue-Estaires, Vaillat, Hazebrouck usw. So erreicht denn der Unterschied der Stücklohnpreise von Betrieb zu Betrieb bis 20 Prozent. . . Zahlreiche einfaches, technisch rüstständige und eigenständige Industriellen suchen einzig und allein am Lohne zu sparen. Das ist absurd! Sie begreifen nicht, die Unglücklichen, daß ein solches Vorgehen nichts weiter ist als ein grausamer Notbehelf, geeignet, eine Industrie zu ruinieren. Die Lohnarbeit ist nicht eine Ware wie die andren. Sie hat ihr Preisminimum — das Leben der Arbeiter. Man darf nicht den Lohn ins Endlose herabsenken, denn der Arbeiter ist ein lebendes Wesen, er muß seine Kräfte wieder herstellen, seine Familie ernähren. Sehen Sie, ich billige rückhaltlos das Geheiß Millierands Colliard (Zehntunderttag). Wenn ein menschliches Wesen gewissenhaft 10 Stunden gearbeitet, so bedarf es, denke ich, der Ruhe. Und dann. . . ist es nicht sicher, daß jenes Wesen die Produktion vermindert. . . Ferner verweist er auf die geringfügigkeit der eventuellen Verluste infolge der Lohnhöhung und des Zehntunderttags im Vergleich mit der großen Vertiefung der Baumwoll- und des Leins: Wenn man bedenkt, daß die verlangte Lohnhöhung eine notwendige Zulage von 4 bis 5 Fr. pro Arbeiter ausmachen würde, so muß man grausam sein, um die Forderung abzulehnen. Uebrigens hat die Vertiefung des Rohmaterials den Verkaufspreis um 20 Prozent erhöht, der Konsument hat jene bezahlt. Wohlan, wenn es sein muß, wird er auch die 2 Centimes (Lohnhöhung pro Meter Gewebe) des Arbeiters bezahlen. . . Die ausländische Konkurrenz, meinte der Fabrikant weiter, brauche man nicht zu fürchten dank der Schutzölle; hingegen könnte den Industriellen von Armentières in schlechten Geschäftszeiten die Konkurrenz der bei den alten Löhnen arbeitenden Betriebe von Lille und Umgegend zusehen. Daher, bedauern wir am meisten den Mißerfolg des Generalstreiks. Die Arbeiter haben einen großen Fehler gemacht, ihre Bewegung ohne vorherige Verständigung untereinander ins Werk gesetzt zu haben. Sie sind daran, die Schlechten (Unternehmer) zum Nachteil der Guten zu begünstigen, insofern sie sich nicht wieder etwas bessern bestimmen. . . Doch hoffe ich noch, daß die Gewerkschaften im Stande sein werden, den Viller Fabrikanten die nötigen Zugeständnisse aufzuzwingen.“

Man sieht, der Kampf der nordfranzösischen Arbeiter um bessere Lebensbedingungen ist, wie das übrigens bei den wichtigsten Streiks die Regel, zugleich geeignet, die industrielle Entwicklung zu fördern. Im gegebenen Falle würde der erfolgreich durchgeführte Streik die nur durch ihre „verbrecherische“ (ein Ausdruck des genannten Fabrikanten!) Lohndrückerei konkurrenzunfähigen rüstständigen Kleinbetriebe beilegen, die noch ganz besonders durch die Schutzölle herangezogen wurden. So kommen in Armentières auf 10 000 Textilarbeiter 30 Betriebe, im benachbarten Houplines auf 5000 Arbeiter 12 Betriebe.

Inzwischen hat sich die Hoffnung des freirendlichen Großindustriellen insofern erfüllt, als die Viller Gewerkschaften in ihrer geistigen Versammlung beschlossen haben, die begonnenen Unterhandlungen mit den einzelnen Unternehmern abzubrechen und nach dem Beispiel der Streikenden von Armentières denselben einseitigen Lohnsatz wie diese zu fordern. —

Ein Vertrauensvotum ist am Donnerstag der Regierung von der neu eröffneten Kammer ausgestellt worden. Nach amtlicher Feststellung der Abstimmungsziffern ist die Tagesordnung, durch welche der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 329 gegen 227 Stimmen angenommen worden. Für das Kabinett stimmten auch diejenigen Mitglieder der Union democratique, die sich gelegentlich der Kongressdebatte von der Regierungsmehrheit getrennt hatten. —

Jaurès hielt am Donnerstag in Armentières auf einem öffentlichen Platz vor mehreren Hundert Anstündigen eine Ansprache, in der er die Arbeiter zum Zusammenschlusse gegenüber den Arbeitgeberern ermutigte und ihnen die Unterstützung ihrer Ansprüche durch die sozialistischen Deputierten zusicherte. Die Versammlung nahm darauf eine Tagesordnung an, welche besagt, daß der Ausstand bis zum Aufheben fortgeführt werden soll, und die gegen die Hierarchie der Truppen Einspruch erhebt. —

Spanien.

Gasarbeiterstreik in Barcelona. Das „Volksche Bureau“ meldet: Die Stadt konnte am Donnerstagabend nicht beleuchtet werden, da die Arbeiter der Gasanstalt in den Ausstand getreten sind. Der Gouverneur hat einen Verein der Gasarbeiter vor Gericht gestellt. Mehrere Anstündige sind verhaftet worden. Viele Gasanstalten, Theater und Werkstätten sind geschlossen. Patronillen durchziehen die Stadt. Militäringenieure hatten Gas bezogen, doch ließen die Anstündigen das Gas entweichen, indem sie die Hähne der Laternen öffneten. —

Italien.

Kongress der italienischen Genossenschaften.

Rom, 20. Oktober. Am 18. und 19. Oktober tagte in Genua der 13. Kongress der italienischen Genossenschafts-Verbandes. Von 780 dem Verbande angehöri gen Genossenschaften waren 310 auf dem Kongress durch ungefähr 500 Delegierte vertreten, unter denen sich auch 5 sozialistische Abgeordnete befanden.

Der Verbandsekretär Maffi war in der Lage, in seinem Rechenschaftsbericht einen genauen Ueberblick über die italienische Genossenschaftsbewegung zu geben, da der Verband im vergangenem Jahr eine detaillierte Statistik aufgenommen hat. Es bestehen in Italien 272 Genossenschaften mit einem eingezahlten Kapital von über 74 Millionen, einem Jahresumsatz (1901) von 568 Millionen Lire und 367 450 Mitgliedern. Von den 2872 machten 2109 Angaben und zwar 861 Konsumvereine, 14 Weinlagerungs-Genossenschaften, 80 Molkereien, 25 Bäckereien 20 landwirtschaftliche

Arbeiter- und Produktivgenossenschaften, 153 industrielle Produktivgenossenschaften, 451 Arbeitsgenossenschaften für Transportwesen und öffentliche Dienste, 48 Baugenossenschaften, 350 Genossenschaftsbanken, 25 Versicherungsgenossenschaften, 138 landwirtschaftliche Absatz- und Einkaufsgenossenschaften und 13 Unterrichtsgenossenschaften.

Aus den Verhandlungen des Kongresses, bei denen die Verhandlungsangelegenheiten einen breiten Raum einnahmen, haben wir den Beschluß über die Beziehung zwischen Genossenschaft und Gewerkschaft herbeigeführt. Es wurde mit großer Mehrheit eine Tagesordnung zur Wahl angenommen, die den Grundgedanken, Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung wären beide Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse und hätten eine gemeinsame Wirklichkeit zu enthalten; die Genossenschaften hätten daher den Arbeitskammern (Gewerkschaftskartellen) beizutreten. Jede der Arbeitskammern beitretende Genossenschaft muß ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, sich in die Gewerkschaft, die ihrem Beruf entspricht, einzutragen; ferner ist die Genossenschaft verpflichtet, als Arbeitgeberin die Gewerkschaftsstatute zu zahlen, keine Ausbeutung eines Arbeiters durch den andern in ihren Betrieben zuzulassen, und einen Teil ihres Reingewinnes zu Gewerkschaftszwecken zu verwenden.

Damit dieser Beschluß ausführbar werde, müssen die Arbeitskammern selbst erst zu der Frage Stellung nehmen. Auf ihrem letzten Kongress hatten sie beschlossen (wie übrigens die Genossenschaften ihrerseits auch), daß der Eintritt der Genossenschaften in die Arbeitskammern nicht wünschenswert wäre.

England.

Die Pinkertons Chamberlains.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus London telegraphiert: Im Kampf für und gegen Chamberlains Zollvorschlüsse ist am letzten Mittwoch zum erstenmal Blut geflossen. Der sozialdemokratische Bund veranstaltete vorgestern abend an einer Strahende eine Versammlung, eine rote Fahne war aufgezogen, etwa 300 Personen waren anwesend. Die Menge begann zu lärmen und zu toben, als der Redner Chamberlain allzu scharf kritisierte. Man versuchte die Plattform zu stürmen und die rote Fahne wegzunehmen. Bei dem nun entzündeten Handgemenge wurde einer der Redner schwer verletzt. Die Polizei schritt ein und verhaftete zwei Redner.

Die Polizei scheint sich ja einer musterhaften Objektivität befleißigt zu haben, indem sie zwei der handgreiflich insulierten Redner verhaftete und die freiwilligen (?) Zoll-Pinkertons Chamberlains laufen ließ. Oder handelte es sich hier nur um eine „Schuhhaft“?

Norwegen.

Die Finanzverhältnisse des norwegischen Staates lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Krise, die das Land seit mehreren Jahren heimfucht, noch nicht überstanden ist. Im verwichenen Budgetjahr 1902-1903 beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen auf 99 916 000 Kr., während die Ausgaben 102 450 000 Kr. betragen, also eine Unterbilanz von 2 534 000 Kr. Die Wertschätzung hat 1 050 000 Kr. weniger als vorausberechnet ergeben, die Staatsbahnen haben 651 000 Kr. weniger, die Zölle 430 000 Kr., die Stempelsteuern 271 000 Kr. weniger ergeben. Dagegen haben die Grundsteuer 227 000 Kr. mehr als berechnet und die Erbssteuer 108 000 sowie die Gerichtsportale 199 000 Kr. mehr ergeben. Der Bestand der Staatskasse betrug zu Beginn des Budgetjahres 23 294 000 Kr., am Schluß des Jahres 20 760 000 Kr.

Der Budgetvorschlag für 1904-1905 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 95 200 000 Kr. Die Einnahmen aus Zöllen sind auf 85 000 000 Kr. veranschlagt. Die Ausgaben für die Marine sind auf 12 841 800 Kr., die für die Marine auf 3 945 300 Kr. berechnet.

Rußland.

Ein eigenartiger Volkredner.

Der Minister des Innern, Herr von Plehwe, hat es, wie „Standard“ aus Kiew meldet, für politisch ungünstig gehalten, in der Person des Generals Bogdanowitsch, eines Mitgliedes des Departementsrats im Ministerium des Innern, einen Friedensapostel in die unruhigen Industriebezirke Süd- und Südwestrußlands zu entsenden, um unter den Arbeitern gegen die für das nächste Jahr angedrohten großen Ausstände und Demonstrationen Stimmung zu machen. General Bogdanowitsch führt unendliche Rassen amtlicher Litteratur in Gestalt von Flugblättern und Broschüren mit sich, alle von besonders dazu ausgelegten Autoren geschrieben, und soll diese Geisteserzeugnisse unter der Arbeiterbevölkerung und gelegentlich auch unter den Bauern, vorausgesetzt, daß sie lesen können, verteilen. Außerdem wendet sich der General auch persönlich an die Industrie-Arbeiter, an die er in den Mittagsstunden in den Werkstätten und Fabriken und abends in einem geeigneten großen Versammlungsraum Ansprachen hält. General Bogdanowitsch wurde mit dieser neuartigen und etwas ungewöhnlichen Sendung besonders deshalb betraut, weil er ein hervorragender Redner ist. Er bringt auch wirklich in seinen beredten Ermahnungen an seine Zuhörer viel patriotischen Eifer zum Ausdruck, allerdings ohne großen Erfolg, denn die Verträge, die von unparteiischer und unabhängiger Seite über die Versammlungen vorliegen, lassen erkennen, daß seine Reden nirgends mit beifälliger Würdigung aufgenommen werden. Man hört ihn mit achtsamer Aufmerksamkeit an, das ist aber auch alles. Es ist noch der Mitteilung wert, daß jeder Zeilfuß und jedes Argument, die General Bogdanowitsch verwendet, sofort in den „Rekruten“ behandelt und meistens sehr gründlich zerstückelt werden, die von dem Ortsausgang der „Revolutionären Sozialdemokraten“ im geheimen herausgegeben und verteilt werden. Die „revolutionären“ Sozialdemokraten scheinen übrigens durch die Entsendung dieses Vertreters des Herrn v. Plehwe eher angefeuert als entmutigt zu sein.

Landtagswahl.

Zur Beachtung für die Kreisvertrauensleute!

Wir ersuchen die Kreisvertrauensleute und an die Adresse von J. Auer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30,

bis zum 1. November kurze Mitteilung zu machen, in welchem umfangreichen Umfange sie Wahlmanns-Kandidaten aufgestellt haben. Ferner ersuchen wir, uns Namen und Parteirichtung der von den Gegnern bisher aufgestellten Abgeordneten-Kandidaten mitzuteilen; soweit bereits unsrerseits Kandidaten aufgestellt sind, bitten wir auch deren Namen hinzuzufügen. Von Neu-Aufstellungen von Abgeordneten-Kandidaten oder Abänderung solcher unsrerseits oder seitens der Gegner nach dem 1. November, ersuchen wir uns gleichfalls sofortige Mitteilung zu machen.

Das Central-Wahlkomitee.

Partei-Nachrichten.

Ueber eine Differenz unter den Mannheimer Parteigenossen, die anlässlich der Kandidaten-Ausstellung zur bevorstehenden Landtagswahl entstanden ist, wird der „Frankfurter Volksstimme“ geschrieben: Von den drei Mannheimer Eigen stehen zwei (Weis und Dreesbach) zur Wahl. Da nur Genosse Weis seit diesem Frühjahr nach der bayerischen Pfalz verzogen ist, so mußte für ihn Ersatz geschaffen werden. Das Wahlkomitee empfahl einen Genossen, der in der Versammlung abgelehnt wurde, weil diese den langjährigen Stadtverordneten Genossen Albert Sühling als fähiger für den Posten und auch wohl als rücksichtsloser anseh-

im Kampfe mit den Gegnern. So weit wäre alles gut! Sühling wurde als gewählt proklamiert und die Angelegenheit war erledigt. Sorige Woche nun tauchte ein Gerücht bestimmter Art, wonach die Gegner kurz vor der Wahl ein längere Zeit zurückliegendes geschäftliches Unglück des Genossen Sühling — übertrieben und zu ihrem unvorhergesehenen Zweck — gegen ihn auszuspielen entschlossen seien. Auf Anraten des Wahlkomitees legte Genosse Sühling seine Kandidatur wieder, um nicht der Anlaß zu einem unumgänglichen Streit zu werden. In ihrem vermeintlich verletzten Rechtsgefühl setzten sie die Wiederanstellung Sühlings durch und dieser nahm die Wiederwahl an. Das Auffällige dieses Vorganges versteht man erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Veröffentlichung des Rücktritts im Einverständnis mit dem Genossen Sühling erfolgt war, und daß die gesamte badische bürgerliche Presse davon Notiz genommen hatte.

Diese schwanke Haltung seines Partners hat nun den Genossen Dreesbach veranlaßt, von seiner Kandidatur zurückzutreten. Ob das notwendig war, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls wählte die am Mittwoch abgehaltene Versammlung an Stelle Dreesbachs den Genossen Lehmann als andern Kandidaten. Dreesbach beehrte nämlich auf seinem Rücktritt und begründete ihn mit der Ueberbürdung, die ihm seine Stellung als Stadtrat und Reichstags-Abgeordneter auferlege. Die Affaire Sühling sei nur der äußere Anlaß gewesen. Aber es ist klar, daß Dreesbach zum Ausdruck bringen will, wie wenig er mit Sühlings Haltung einverstanden ist. So liegen die jetzt erledigten Dinge. Mit Revisionismus und Radikalismus haben sie absolut nichts zu thun.

Die Versammlung sprach übrigens dem Genossen Dreesbach in einer Resolution ihr uneingeschränktes Vertrauen aus und Dreesbach richtete zum Schluß noch eine aufmunternde Ansprache an die Versammlung, namentlich in altgewohnter Einigkeit in die Wahlagitation einzutreten.

Ueber Philipp Haas in Mainz, dessen Tod wir vorgestern meldeten, wird noch geschrieben: In dem Verstorbenen verlor nicht nur die Mainzer, sondern auch die heftige Sozialdemokratie einen ihrer merkwürdigsten und pflichttreuesten Kämpfer. Seit seiner Lehrzeit gehörte er unsrer Partei an. Haas war ein gelehrter Buchdrucker und als solcher ein eifriger Gewerkschafter. Lange Jahre bekleidete er den Posten eines Gauleiters des Deutschen Buchdrucker-Verbandes und wirkte für dessen Interessen. Dabei zeichnete er sich dadurch aus, daß er nie das große politische Ziel der Arbeiterbewegung aus dem Auge verlor. Mit dem allen Mainzer eignen Frohsinn verband er eine große persönliche Bescheidenheit. Nie drängte er sich irgendwo vor oder suchte er in der Arbeiterbewegung Selbstzwecke. Als die Redaktion der „Mainzer Volkszeitung“ verwaist war, bedurfte es großer Ueberredung, um ihn zur Uebernahme des Postens zu bewegen; daselbe war mit dem Landtagsmandat der Fall, das er nur unter dem Zwang der Verhältnisse übernahm. Er wußte, daß er dabei nicht nur persönliche, sondern auch gesundheitliche Opfer bringen mußte. Denn Haas litt seit längerer Zeit schon an der „Buchdruckerkrankheit“, und durch die anstrengende redaktionelle und parlamentarische Thätigkeit wurde dieser Zustand nur verschlimmert. In den letzten Monaten wuchs sich sein Leiden so aus, daß er nicht mehr die Redaktionsarbeiten ausüben konnte. Haas hat nur ein Alter von 49 Jahren erreicht. An seiner Witwe trauern eine Witwe mit zwei Kindern.

Irreführend geworden ist der ehemalige Parteigenosse Schenderlein in Greiz, seiner Zeit Expedient des dortigen Parteiblattes. Er wurde dadurch der weiteren Öffentlichkeit bekannt, daß er nach seiner Ausschließung aus der Partei eine Schmäherarbeit gegen die Partei schrieb, die geschäftigen Schreibern als willkommenes Entlastungsmaterial diente und weidlich ausgenutzt wurde. Der arme kranke „Entthüller“ wurde in der Irrenanstalt Untergörsch untergebracht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Mißstände in einer Papierfabrik hatte der Genosse Eberle in Elberfeld im dortigen Parteiblatt kritisiert, nachdem ihm der Arbeiter Müller das Material dazu geliefert und nach eintrefflichem Vorhalt alles als wahr bezeugt, ihm auch erklärt hatte, daß er beim Gewerbe-Inspektor Anzeige gemacht habe, ohne daß etwas geändert worden wäre. Müller hatte sich selbst öffentlich als den Urheber des Artikels bezeichnet. Auf Antrag des Fabrikanten erhob der Staatsanwalt gegen Eberle und Müller Verleumdungsklage. Der größte Teil der Behauptungen des Artikels wurde durch das Zeugnis des Betriebsingenieurs der Fabrik als richtig erwiesen und es wurde ferner durch die Vernehmung des Gewerbe-Inspektors festgestellt, daß auf Grund des Artikels eine Revision der Fabrik stattgefunden hat und die Aufstellung eines Ventilators veranlaßt worden ist. Das Gericht verurteilte trotzdem Eberle zu 100 M. Geldstrafe und Müller (noch unbestraft) zu drei Monaten Gefängnis.

Weniger wertvoll an diesem Prozeß ist noch, daß der Staatsanwalt seine Replik auf die Rede des Verteidigers Rechtsanwalt Landt mit folgenden Worten einleitete:

„Ich höre den Herrn Verteidiger gerne reden, es ist aber immer dasselbe, wie im Reichstag und Landtag. Wenn man den Herrn Verteidiger reden hört, braucht man den „Vorwärts“ nicht zu lesen. Das ist begreiflich, die Landtagswahlen zeigen bereits ihre Spuren.“

— Eine schwere Strafe wurde über den Genossen Niedlinger in Harburg, Redakteur des dortigen Parteiblattes, vom Landgericht Stade verhängt. In Harburg tobt ein besonders heftiger Parteikampf der von den bürgerlichen Gegnern des dortigen Konsumvereins unter der Firma eines „Wirtschaftlichen Schutzverbandes“ geführt wird. Bei der Reichstagswahl kam der Kampf auf die Höhe, die wir von unsren Gegnern gewohnt sind. Unter andern spielte auch das Märchen von der freien Liebe, alias Karmelwirtschaf eine Rolle. In Abwehr dieser Angriffe verfaßte Niedlinger eine Wochenplauderei, worin eine hitzerische Ehe geschildert war nach Angaben, die Niedlinger gemacht worden waren, für welche er jedoch die Gewährsmänner, um sie nicht zu schädigen, nicht nennen durfte. Ein Ehepaar, das zwar nicht mit Namen genannt, aber gemeint war, und ein Freund dieses Ehepaars stellten Strafantrag gegen Niedlinger und gegen den andern Redakteur des Blattes, Kühle, als angeklagten Verantwortlichen. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten 18 Monate Gefängnis. Das Gericht sprach Kühle frei, weil er nicht verantwortlich war für diese Plauderei, verurteilte aber Niedlinger zu neun Monaten Gefängnis.

— Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen — ein Strafdiktum, dem man uns in den letzten Jahren seltener als früher zu unterstellen pflegte — ist wieder einmal ein sozialdemokratischer Redakteur, Genosse Rauch in Hannover, zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt worden. Er hatte in einem Artikel seines Blattes die preussische Reaktion gekennzeichnet und unter andern gesagt, die preussische Gehele nach der Revolution von 1848 seien noch heute geblieben, das preussische Parlament habe seine Thätigkeit darin erschöpft, durch Specialgesetze den Liberalismus völlig auszurotteten, den Junkern Privilegien zu verschaffen und die herrschenden Elemente zu bereichern. Die Anklage leitete die Absicht, daß mit dem Artikel eine preussische Staatseinrichtung, nämlich das Abgeordneten- und Herrenhaus, verächtlich gemacht werden sollte, weiter daraus ab, daß in dem Artikel gesagt ist, Preußen sei ein unheimliches Ländchen. Es habe ein vorhistorisches Staatswesen und das Herrenhaus sei die wilde Eingebung eines kranken Fürstentums.

Das Gericht erkannte, daß die in der Ausführung liegende Verächtlichmachung des Parlamentes habe seit 1800 nichts gethan, als durch Gesetze den Liberalismus auszurotten und den Junkern Privilegien zu schaffen, eine Entstellung von Thatsachen sei. Die Behauptung, daß Preußen noch immer der Spielball der gesetzgeberischen Gewalt und die Gesetze Raubbeute der siegreichen Reaktionen von 1848 seien, sei mehr als eine Kritik des Verfassungszustandes aufzufassen. Der ganze Inhalt des Artikels beweise aber deutlich, daß damit Staatseinrichtungen verächtlich gemacht werden sollten.

— Beleidigende Beschwärfschrift. Vom Schöffengericht wurde Landtags-Abgeordneter Genosse Schauer in Oberhausen wegen Beleidigung des Herrn Dr. Stähler zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Im Herbst 1902 hatte Sch. eine Beschwärfschrift an das herzogliche Staatsministerium gefandt, worin er sich über Herrn Bürgermeister Möder und Herrn Dr. Stähler beschwerte. In der Beschwärfschrift sollte die Beleidigung enthalten sein.

Genosse Schauer wird sich in Zukunft seine Beschwärden über Beamte für den Landtag aufsparen.

— Beleidigung eines Geistlichen. Gegen die früheren verantwortlichen Redakteure des polnisch-socialistischen Blattes „Gazeta robotnicza“ in Katowitz, Trabalosi und Wojciechowski, verhandelte am Mittwoch die Strafkammer in Beuthen (Oberschl.) wegen Beleidigung des Propstes Gustowski in Opalenica (Provinz Posen). Die Angeklagten erklärten, den Beweis der Wahrheit für die in zwei Artikeln aufgestellten Behauptungen, die sich auf angeblich unerlaubte Verwendung von Kirchengeldern bezogen, nicht führen zu können und sprachen ihr Bedauern über die beleidigenden Vorwürfe aus. Der Mann Gottes sah sich jedoch nicht veranlaßt, den Strafantrag zurückzuziehen, und so wurde der bisher unbestrafte Trabalosi zu vier Monaten, der gegenwärtig eine einjährige Gefängnisstrafe wegen Freivergeben derbühnende Wojciechowski zu weiteren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Verfasser der Artikel, der Uhrmacher Edmund Kups, war vom Termin ausgeblieben, da er in Krakau erkrankt ist. Es wurde gegen ihn Verhängung der Untersuchungshaft und gesonderte Verhandlung beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Internationale Streiksituation.

Nach einem scharfen Aufstieg im August ist, nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, die Streikbewegung im September fast wieder bis auf den Stand vom Juli zurückgegangen. Die Zahl der Streikfälle war allerdings in Deutschland, Frankreich und England zusammengenommen nur wenig geringer, als im August. Es begannen nämlich im September 101 Streiks gegen 103 im vorhergegangenen Monat. Die Zahl der Beteiligten dagegen ist in England und Frankreich ganz beträchtlich, nämlich von 28 285 im August auf 14 763 im September zurückgegangen, während die Zahl der Streikenden im Monat Juli 12 061 betragen hatte. Lebhafter war im September die Streikbewegung noch in Italien. In Sizilien streikten die Hafenarbeiter und Strahenlehren, in Genua ein Teil der Kohlenarbeiter, in Mailand die Bediensteten der Mailänder Nordbahngesellschaft. Der letztgenannte Streik, der zur teilweisen Betriebs Einstellung auf den betreffenden Strecken führte, drohte zunächst größere Dimensionen anzunehmen. Die Angehörigen der Adriatischen und der Mittelmeerbahn bekundeten gleichfalls die Absicht, in den Ausstand einzutreten. Die Entschlossenheit der Regierung aber, bei Ausbruch des allgemeinen Streiks sofort eine Militärbesetzung der Angehörigen durchzuführen, verhinderte noch im letzten Augenblicke, daß die Bewegung weitere Kreise zog. Daraufhin gaben auch die noch Streikenden ihren Widerstand auf, nachdem die am ersten Tage des Ausstandes von der Nordbahngesellschaft angebotenen Verbesserungen an und lehrten zur Arbeit zurück. In Spanien streikten die Arbeiter mehrerer Braunkohlengruben bei Barcelona, in Barcelona selbst die Strahenbahn-Angestellten, in Madrid etwa 3000 Eisenbahnarbeiter. Die russische Streikbewegung hat gegenüber dem August abgenommen. Vereinzelt streikten noch Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten. Von neuen Streiks ist besonders der der Seher in Nischna bemerkenswert, die am 22. September die Arbeit niederlegten, um eine Lohnerhöhung von 20 Proz. durchzusetzen. Die Ausständigen verlangten außerdem eine hygienische Verbesserung der Werkstätten, Einschränkung der Arbeitszeit und für die Jeitungsseher Sonntagsruhe. Ein großer Streik, der gleichfalls das graphische Gewerbe betrifft, begann am 28. September in den Vereinigten Staaten. So ziemlich in allen größeren Städten legten die Schriftgießer die Arbeit nieder. Der Streik wurde um die Anerkennung der Organisation geführt, nachdem eine Lohnforderung von den Arbeitgebern bewilligt war. Seit 30 Jahren ist dies wieder der erste Schriftgießerstreik. Ein überaus unangenehmer Ausstand spielte sich Ende August in der Hauptstadt Brasiliens ab. Aus einem Textilarbeiterstreik, an dem sich ca. 2000 Arbeiter beteiligten, entwickelte sich in wenigen Tagen ein Generalausstand mit ca. 20 000 Streikenden. Als Forderungen wurden der Hofstandort und eine Lohnerhöhung von 40 Proz. aufgestellt. Schon nach wenigen Tagen stellte sich aber die Erfolglosigkeit der Bewegung heraus.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

Wie zu erwarten war, konnten auch in der gestrigen Streikversammlung der Drücker keine wichtigen Veränderungen im Stand der Bewegung gemeldet werden. Wie unbedeutend das Gerede der Fabrikanten: es sei unmöglich, die Forderungen zu bewilligen, ist, beweist unter andern die Thatsache, daß der Fabrikant Niemann in der Kommandantenstraße, wie gestern in der Versammlung erwähnt wurde, mit den Arbeitswilligen aus der Provinz, jungen Leuten von 19-21 Jahren, Verträge abgeschlossen hat, wonach sie bei einer Arbeitszeit von 8-5 Uhr 5,50 M. Tagelohn erhalten. Wenn aber die eingearbeiteten Berliner Drücker 60 Pf. Wähler 55 Pf. Stundenlohn fordern, dann muß die Industrie daran zu Grunde gehen! Derselbe Fabrikant hat, wie weiter berichtet wurde, sich geweigert, drei Arbeitern, die sich trotz ihrer nicht gerade glänzenden wirtschaftlichen Lage die Einperrung nicht gefallen ließen, ihre Legitimationspapiere herauszugeben, und zweiten Kollegen, die sie mit der Abholung der Papiere betraut hatten, die Thür geöffnet. Auf dem Polizeibureau, wohin sie sich dann wanderten, um polizeiliche Hilfe zur Erlangung ihrer Invalidentarten zu erbitten, wurde ihnen gesagt, daß man keine Zeit habe und kein Beamter hierfür da sei. Wenn nun auch die Polizei keine Zeit hatte, die Arbeiter zu ihrem bescheidenen Recht zu verhelfen, so daß sich die Bedauernswerten genötigt sahen, ohne Invalidentkarte auf die Reise zu gehen und sich dadurch der Gefahr auszusetzen, als Landstreicher behandelt zu werden, so hat sie doch reichlich Zeit übrig, um den Unternehmern einen unumgänglichen Schutz angedeihen zu lassen. Auch in Treptow mangelt es der Gendarmerie nicht an Zeit hierzu. Wie berichtet wird, sind dort auch Arbeiterinnen wegen Streikpostensittens sftirt worden und es ist ihnen gesagt worden, falls sie sich nochmals in der Eisenstraße bilden ließen, würden sie 24 Stunden eingesperrt. Der bei der Firma Grich u. Größ patronisierende Gendarm soll den betreffenden Arbeiterinnen sogar verboten haben, Brot beim Bäcker zu kaufen, damit sie nur keinen Grund haben, an der Fabrik vorüber zu gehen. Die Arbeiterinnen lassen sich dadurch jedoch ebenso wenig einschüchtern wie ihre männlichen Kollegen und werden ebenso wie diese mit allen gesetzlichen Mitteln ihre Rechte zu wahren suchen und ihrer Pflicht genügen.

Der Beschluß der Metall-Industriellen, ihren Arbeitsnachweis in der Gartenstraße zu schließen, ist ebenfalls nicht geeignet, die Streikenden auch nur im geringsten nutzlos zu machen. Neuer Nachweis war ja eigentlich nur ein Kontrollbureau für die „unbotmäßigen“ Arbeiter. Die Arbeitsvermittlung ist ja so wie so größtenteils auf andern Wege, durch die Zeitung, durch persönliche Vermittlung usw. zu stande gekommen. Wer von den Unternehmern Arbeitskräfte nötig hat, wird nach wie vor auch welche einstellen. — Es wurde in der gestrigen Versammlung noch daran erinnert, daß, als seiner Zeit, vor etwa 6 Jahren, die Metallpreise stiegen, die Fabrikanten den Arbeitern erklärten, die Recordpreise müßten verringert werden, weil sonst die Industrie nicht konkurrenz-

fähig bleiben könnte. Die Arbeiter in ihrer angeborenen Bescheidenheit waren rücksichtsvoll genug, darauf einzugehen. Die Fabrikanten aber kündigten gleichzeitig ihren Abnehmern wegen Steigerung der Metallpreise eine Erhöhung ihrer Warenpreise an und dachten offenbar: Verdienen die von der Rohstoff-Fabrikation mehr, müssen wir auch mehr verdienen. Als aber nach etwa einem Jahre die Metallpreise wieder gesunken waren, da dachte keiner der Fabrikanten daran, nun die Löhne der Arbeiter wieder zu steigern, und jetzt, wo die Arbeiter nichts andres als eine vernünftige Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordern, schreit man in die Welt hinaus, die Industrie müsse daran zu Grunde gehen.

Zum Streik der Adressenschreiber.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der ausländigen Adressenschreiber, der ein zahlreiches Publikum der verschiedensten Bevölkerungsklassen beiwohnte, beschloss sich am Donnerstagabend in den Räumlichkeiten mit den Maßnahmen des Herrn Lehmer gegenüber der Kommission der Ausständigen. Lange referierte über die gepflogenen Verhandlungen, deren Resultat — abgesehen von der schimpflichen Behandlung der Kommission durch Herrn Lehmer — die glatte Ablehnung der Forderungen war. Einen rücksichtsloseren Unternehmer wie Lehmer könne es kaum einen zweiten geben. (Stürmische Zustimmung.) Einen wahren Sturm der Entrüstung entzündete indes die Verlesung eines Briefes von einem in der Charité an der Schwindsucht daniederliegenden kranken Adressenschreiber. Dieser ärmste durfte auch die Wohlthaten des Herrn Lehmer genießen, indem er Tag und Nacht frohden mußte, um einen Wochenverdienst von 8 M. zu erzielen. Der Kranke forderte zur Einigkeit auf. Durch unzählige Zustimmungen und Weisungen, die ein Bild des größten menschlichen Jammers und sozialen Elends dieser Lohnlosen entrollten, wurde das von Herrn Lehmer unter der Maske der Wohlthätigkeit betriebene System enthüllt. Auf eine Mitteilung des Herrn, daß sich die bisherigen Angestellten ihre „Gage“ aus dem Bureau holen möchten, und daß sie sich als entlassen zu betrachten haben, haben die Streikenden Herrn L. mittels Briefes dahin geantwortet, daß er ihnen die „Gage“ per Post zu senden möge. Indessen fast noch skandalöser als bei Lehmer sind die Zustände in der Schustermannschen Schreibstube. Nicht nur, daß alle, die dem Centralverband der Handlungsgehilfen angehören, entlassen werden, sind hier die Löhne noch kleiner. „Wochenlöhne“ von drei bis fünf Mark werden in den meisten Fällen verdient. Als Illustration möge folgendes dienen: Diese Schreibstube bezog Herr Schustermann erbetet sich für Anfertigung folgender Adresse: „Orts-Krankenkasse der Gesellen, Fabrik-, Forst- und landwirtschaftlichen Arbeiter für Gadebusch in Medlenburg“ das Hundert mit 25 Pf. zu liefern. (Allgemeines ironisches Gelächter und Zustimmung.) Nachdem nun seitens der Ausständigen alle Mittel erschöpft sind, die eine Verständigung ermöglicht hätten, heißt es für uns weiter auszuharren, einig und geschlossen. Bereits hat die Kommission sich in einem Waffensflugblatt an die Kaufmannschaft gewendet. Aufträge von den Krankenkassen und Gewerkschaften gehen ein und werden weiter eingeben, so daß Beschäftigung eintreten wird. Ebenso werden seitens der Gewerkschaftskommission Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn je eine Bewegung berechtigt war, und die Anerkennung der gesamten Bevölkerung gefunden hat, dann ist es die der Adressenschreiber. Man bedenke, es handelt sich um eine Lohnaufbesserung von acht auf elf Mark pro Woche. Bescheidener kann man kaum sein. Galt es einmütig aus, die Gewerkschaften und die Bevölkerung Berlins werden uns unterstützen. Und Herr Lehmer wird einsehen müssen, daß er nicht Sklaven beschafftigt, die ihm unterthan sein müssen, sondern daß er auch in den Adressenschreibern Menschen zu sehen hat, die nicht von ihm „Wohlthaten“, sondern für ihre Arbeiten gerechte Bezahlung verlangen. (Wüstenlanger Beifall.) In nachfolgender Resolution beludet die Versammlung ihren Willen:

„Die heutige Versammlung hat mit Empörung Kenntnis genommen von der Art und Weise, in der Herr Rob. Lehmer die ausländigen Adressenschreiber behandelt hat. Sie beludet dem in gerechten Kampfe um bessere Entlohnung stehenden Personal der Firma Rob. Lehmer auch fernerhin ihre wärmste Sympathie und verspricht, die Ausständigen nach jeder Richtung hin materiell und moralisch zu unterstützen, damit der Wunsch des Herrn Lehmer, die Ausständigen durch den Hunger zur Arbeit unter den alten Bedingungen zu zwingen, nicht in Erfüllung geht.“

Sobald teilt man uns mit, daß die Polizei den Streikenden verboten habe, in der Charlottenstraße zwischen Koch- und Besselsstraße auf- und abzugehen. Wie die Beamten erklärten, haben sie den „Besehl“ vom Revier erhalten. Obgleich das Streikpostenrecht gestattet ist, nimmt sich hier wieder einmal ein Polizei-Organ das Recht, den Ausständigen das Koalitionsrecht illusorisch zu machen.

Zur Lohnbewegung der Kohrer. In der Versammlung am Donnerstag teilte der Obmann der Lohnkommission, Bernicke, mit, daß der Stand der Bewegung ein durchaus günstiger ist. Diejenigen Firmen, die eine Bewilligung der minimalen Tarifforderungen bisher schroff abgelehnt haben, verfügen in ihrer Mehrzahl nur über einen Restteil der sonst von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte. Sämtliche Arbeiter, die dort die Arbeit niedergelegt haben, sind bei denjenigen Firmen eingestellt worden, die sich von vornherein zur Bewilligung der neuen Forderungen bereit erklärten. Arbeitslos ist gegenwärtig nicht ein einziger Kohrer. Wie lange die Ring-Firmen unter diesen Umständen die Fertigstellung ihrer ebenfalls drängenden Arbeiten noch hinauschieben können, bleibt vorläufig abzuwarten.

Der Maurerstreik in Lübbenau ist nach 14tägiger Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter beendet worden. Am Dienstag ist es zwischen den Arbeitgebern, der Gesellenkommission und dem Bauvorstand des Verbandes zum Abschluß eines Tarifvertrages mit einer allmählich steigenden Lohnstafa gekommen. Dieser Sieg ist von größter Bedeutung für die Bauhandwerker-Bewegung der Lausitz. Gerade die niedrigen Löhne solcher Orte wie Lübbenau, Ralau, Ludau und Vetschau, geben fortwährend den Arbeitgebern anderer Orte der Lausitz Gelegenheit, ihrerseits die berechtigten Forderungen der Arbeiter mit dem Hinweis auf die Konkurrenzfähigkeit abzulehnen. Offenlich nehmen sich nun die Bauhandwerker der obigen Orte an dem Vorgehen der Lübbenauer ein Beispiel.

Deutsches Reich.

Immer wieder Streikbrecher! Durch die Worte: „Du bist ein Streikbrecher, Du nimmst den andern Arbeitern das Brot weg“, hat sich eines der für den Staat besonders nützlichen Elemente in Breslau an seiner Ehre verletzt gefühlt. Der Staatsanwalt erhob Einsage aus § 188 der Gewerbe-Ordnung und der Urheber jener Worte, der Tischler Kopla aus Garmansdorf bei Breslau, wurde vom Schöffengericht zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt!

Die Aussperrung in Kassel hat der Arbeiterschaft über eine Viertelmillion, 288 000 Mark, gekostet. Um so erfreulicher ist der Sieg über das Unternehmertum. Die Arbeiter haben es verstanden, bedingungslos wieder die Arbeit anzutreten, und so haben die Herren Unternehmer, welche die Arbeiter auf die Straße geworfen hatten, sich bequemen müssen, diesen eine ganze Reihe von Zugeständnissen zu machen, damit sie überhaupt die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Tischler erhalten für die Zukunft pro Stunde 4 Pf. mehr, sowie 10 Proz. Accorदारschlag, und zwar von jetzt ab.

Die Maurer vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 50 Pf.

Die Bauarbeiter vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 95 Pf. Die Steinträger 40 Pf. Für Accorदारarbeit 10 Prozent Aufschlag.

Die Zimmerer vom 1. Juli 1904 ab pro Stunde 50 Pf.

Die Dachdecker erhalten vom 1. April 1904 ab 8 Pf. pro Stunde mehr und vom 1. April 1905 ab weitere 2 Pf. mehr.

Es wird nun Aufgabe der Kasseler Arbeiterschaft sein, ihre Organisationen noch mehr als bisher auszubauen, damit sie später das Unternehmertum zwingen können, das Versprochene auch zu halten.

Der Streik der Kartonnagenarbeiter in Hannover ist beendet.

Die Schneideraussperrung in Wilhelmshaven dauert unverändert fort. An der Prozigkeit der Meister scheitern alle Versuche, den Streit zwischen ihnen und den Gehilfen beizulegen. Neuerdings hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts wieder einen Versuch gemacht, die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts einzuleiten. Die Herren Meister haben aber die Teilnahme abgelehnt. Ihre Absicht geht dahin, die Organisation der Gehilfen zu zerstören. Das kann man am besten sehen an dem leider gelungenen Coup. Zwei Konfektionsfirmen, welche sich bei dem Streik neutral hielten, wurden veranlaßt, ihre Gehilfen zu entlassen. Die Herren Meister haben sich nicht geschert, den beiden Konfektionsfirmen zu drohen, sie würden sie bei den Marinebehörden der Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen beschuldigen, um ihnen die Marinelieferungen zu entziehen. Leider klappten die beiden Firmen vor Angst zusammen, anstatt die Denunzianten, welche sich der denkbar größten Kötigung, ja Erpressung dadurch schuldig gemacht haben, bei der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Von selbst hat die Staatsanwaltschaft noch nicht unterrichtet, ob die Denunziation auch nach dem Gesetz als Kötigung oder Erpressung angesehen werden kann, dagegen hat die Redaktion des „Nordd. Volksbl.“ ein Strafmandat in Höhe von 60 M. zugewandt bekommen, weil in verschiedenen Nummern des „Norddeutschen Volksblattes“ vor Zugang von Schneidergehilfen gewarnt worden ist. Natürlich ist gegen diesen Strafbefehl Berufung eingelegt worden und wird das Gericht mit dem Schneider-Ausstande sich demnächst zu beschäftigen haben. Die Streikenden sind guten Mutes, obschon der Kampf nun schon 13 Wochen dauert.

Sociales.

Gewerbmäßige Stellenvermittlung.

Auch für Arbeitervereine mit einer Stellenvermittlung ist von größter Bedeutung ein Prozeß gegen den Stellenvermittler der „Freien Vereinigung Berliner Fleischermeister“, der vor dem preussischen Kammergericht am 22. Oktober zur Entscheidung kam. Die „Freie Vereinigung“, eine Konkurrenz-Organisation der Fleischer-Zunft, bezweckt „die allgemeine Hebung des Fleischer-gewerbes“ und hat unter andern einen Arbeitsnachweis errichtet. Zum Stellenvermittler wurde ein Herr Sturm ernannt, dem eine Monatsentschädigung von 100 M. gewährt wurde. Für jede Stellenvermittlung hatte St. eine Gebühr von 1 M. zu erheben, die er an die „Freie Vereinigung“ abzuführen hatte. Diese bedete davon die Unkosten der Stellenvermittlung und wollte einen etwaigen Ueberschuß zur Erfüllung ihres allgemeinen Zweckes, der Hebung des Fleischer-gewerbes im allgemeinen, verwenden.

Sturm erhielt eine Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung und den preussischen Ministerialerlaß vom 10. August 1901, weil er das Gewerbe des Stellenvermittlers ausgeübt habe, ohne die jetzt dazu erforderliche Genehmigung zu besitzen. — Der Angeklagte bestritt die Gewerbmäßigkeit der Stellenvermittlung der „Freien Vereinigung“ und hob dann noch besonders hervor, daß er selber ja nur der Angestellte der Vereinigung sei.

Das Landgericht Berlin I verurteilte als Berufungsinstanz den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Es läge eine gewerbmäßige Stellenvermittlung vor, da für jede Stelle eine Gebühr von 1 M. erhoben werde. Gleichgültig sei hierbei der Umstand, daß der eventuelle Ueberschuß zur Förderung der allgemeinen Hebung des Fleischer-gewerbes dienen sollte. St. habe zur Ausübung des Geschäfts der Stellenvermittlung der Genehmigung der zuständigen Behörde bedurft; er sei strafbar und nicht der Vereinsvorstand.

Der von St. eingelegte Revision schloß sich der Oberstaatsanwalt am Kammergericht an, weil er der Meinung ist, daß hier eine Gewerbmäßigkeit nicht vorliege. Das Landgericht beduziere falsch. Eine Gewerbmäßigkeit liegt nach Meinung des Oberstaatsanwalts nur dann vor, wenn die Absicht auf eine Gewinnerzielung an sich gerichtet sei. Hier aber habe man beabsichtigt, Stellen zu vermitteln, und zwar solle hier die Stellenvermittlung als ein Mittel zur Errichtung der allgemeinen Hebung des Fleischer-gewerbes dienen. Das sei eine sozialpolitische Handlung, die im Interesse der vereinigten Meister und der Gesellen unternommen werde. Die Gebühr sei in erster Linie zur Deckung der Kosten bestimmt und der eventuelle Ueberschuß solle wieder gemeinnützigen Zwecken nutzbar gemacht werden. — Im Reichstage sei ein Amendement beantragt gewesen, die Stellenvermittlungen usw. von sozialpolitischen Gewerbevereinen, wozu der vorliegende und die entsprechenden Vereine der Arbeiter gehören, ausdrücklich bei Anwendung der in Frage kommenden Bestimmungen des § 34 ff. der Gewerbe-Ordnung auszuschließen. Diesen Antrag habe der Regierungskommissar als überflüssig bekämpft, weil die Bestimmungen auf solche Gewerbevereine ohne weiteres keine Anwendung fänden.

Auch die von Arbeiter-Gewerbevereinen angestellten Arbeiter-sekretäre habe man verschiedentlich zu Gewerbetreibenden zu stempeln gesucht. Davon kann indes keine Rede sein, weil sie angestellte Beamte seien. Aber auch die Frage, ob die Arbeitervereine, die solche Arbeitersekretäre zu Zwecken der Ausfunterteilung usw. anstellen, die Sekretariate oder ähnliche Institutionen gewerbmäßig betreiben, sei kaum zu bezagen. Der Minister selber habe gesagt, daß sie nicht als auf Erwerb abzielend angesehen werden könnten. Ähnlich liegen die Dinge bei Arbeitsvermittlungen aller sozialpolitischen Gewerbevereine, speziell auch im vorliegenden Falle.

Das Kammergericht wies jedoch die Revision St. zurück und führte durch den Mund des Präsidenten Lindenberg aus: Die vom Oberstaatsanwalt erwähnten Ausführungen des Regierungskommissars könnten nur gelten für Vereinigungen, die nur für ihre Mitglieder und nur unentgeltlich solche Institutionen in Betrieb hielten. Hier sei aber den Nichtmitgliedern die Arbeit vermittelt worden, und man habe von ihnen Gelder in Empfang genommen, die wieder für den Verein verwendet worden seien. Es sei nicht nötig, daß der Arbeitsvermittler außer dem Gehalt etwas davon hätte, sondern es genüge, wenn die Gemeinschaft etwas davon habe. Das sei hier bei der „Freien Vereinigung“ der Fall. Darin könne man aber sehr wohl eine Gewerbmäßigkeit sehen. Sturm hätte deshalb ohne Genehmigung nicht die Stellenvermittlung besorgen dürfen.

Der Regierungskommissar, der es für selbstverständlich hielt, daß die Stellenvermittlung der gewerblichen Vereinigungen keiner Genehmigung bedürfen, hat sich also wieder einmal als zu optimistisch erwiesen. Es kommt sehr oft vor, daß die Herren Juristen in der Regierung ihre Kollegen in den Gerichten so ungerecht optimistisch beurteilen und dadurch gesetzliche Vorschriften verhindern, die das optimistische Vertrauen überflüssig machen würden.

Die Verhältniswahl zum Gewerbegericht soll in Posen eingeführt werden. Man fürchtet dort einen baldigen Sieg der freien Gewerkschaften. Auf Grund einer Petition der Hirsch-Dunderschen, die in ihrer Stimmenzahl hinter den freien Gewerkschaften zurückstehen, hat der Magistrat in sehr kurzer Zeit einen Entwurf zu einem solchen neuen Gerichtsstatut vorgelegt.

Für den Sechshr-Postschluß haben die Handels-Hilfsarbeiter Nürnberg eine Bewegung ins Werk gesetzt. Der Umstand, daß die Posthalter an den Werktagen bis abends 8 Uhr und an den Sonntagen nachmittags von 5 bis 7 Uhr geöffnet sind, wird von den Unternehmern dazu benützt, die ohnehin schon schlecht genug gestellten Handels-Hilfsarbeiter noch mehr auszubenten, indem sie alle während des Tages zur Verladung bestimmten Pakete bis abends liegen lassen und dann kurz vor Schalterschluss den Hilfsarbeiter mit einer ganzen Ladung zur Post jagen, wo er infolge des großen Andrangs stundenlang warten muß, bis er abgefertigt wird. Um dies unmöglich zu machen und auch die sehr beliebte Sonntagsarbeit einzudämmen, haben die Handels-Hilfsarbeiter die Vorstandschaft ihrer Organisation beauftragt, bei der Generaldirektion der bayerischen Posten und Telegraphen vorstellig zu werden, damit sie eine Verfügung erlasse, durch die der Schluß der Schalter für Pakete an Werktagen um 6 Uhr verfrüht und die Sonntags-Schalterzeit überhaupt befristet wird. Die Gewährung dieser Bitte liegt auch im Interesse der Postangestellten. Bei der Bahn ist der Sechshr-Schluß schon längst durchgeführt und hat sich gut bewährt.

Versammlungen.

Der Verband der Stukkateure (Zentrale Berlin) hielt am Montag bei Franke, Sebastianstraße, eine Generalversammlung ab, in der zunächst vom Kassierer die Abrechnung erstattet wurde. Im Anschluß an den Kassierbericht wies der Vorsitzende darauf hin, daß im dritten Quartal dieses Jahres fast die doppelte Summe wie im dritten Quartal vorigen Jahres an die Hauptkasse abgeführt werden konnte. Ähnlich günstig haben sich auch die finanziellen Verhältnisse der Berliner Filiale, deren Mitgliederzahl auf 911 gestiegen ist, gestaltet, ein Beweis, daß innerhalb des letzten Jahres für die Organisation recht gute Erfolge erzielt worden sind. — Dem Bericht über den Verbandstag in Köln folgte eine längere Diskussion, in der sich die Redner im allgemeinen mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklärten und für und gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, über die demnächst eine Abstimmung stattfinden soll, aussprachen.

Nachdem nach kurzer Beratung beschlossen worden war, die geplante Seidenstunde wegen verhältnismäßig zu geringer Beteiligung an den Karten und den zu hohen Kosten vorläufig nicht einzurichten, wurde über die Fensterfrage und Verstärkung der Arbeitszeit verhandelt. Nach längerer Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, nach der so wie im Vorjahre überall die Forderung gestellt werden soll, daß die Baupolizei-Verordnung vom 1. Oktober 1901, den Schluß der baugewerblichen Arbeiter betreffend und wonach vom 1. November bis 1. April die Arbeitsstellen auf den Bauten zugfrei sein sollen und keine Coatslöfen aufgestellt werden dürfen, zur Durchführung gelangt. Falls es innerhalb zur Arbeitseinstellung kommen muß, so ist borem dem Vorstände hiervon Kenntnis zu geben. Ferner wurde festgestellt, daß die Lidarbeit unter allen Umständen unterbleiben und die Arbeitszeit nicht länger als die der Rouler dauern darf. Lebhaft kritisiert wurde hierbei, daß auf dem Bau von Wertheim beständig Uebersunden gemacht werden und auch bei der Firma Kreischmar im Schauspielhause länger gearbeitet worden ist, nachdem schon ein Teil der Stukkateure wegen Mangel an Arbeit entlassen worden war.

Die Deputate (Zentrale III) Berlins hielten am 15. Oktober ihre Quartals-Generalversammlung ab und berichtete der Vorsitzende, daß im vergangenen Quartal drei Vorstandssitzungen, zwei Filialversammlungen und zwei kombinierte Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Nach dem Bericht des Filialkassierers hat die Filialkasse einen Bestand von 51,44 M., die der Arbeitslosen-Unterstützungskasse 820,46 M., die der freiwilligen Kranken-Zuschußkasse 1205,18 M. und die des Streifonds 1000 M. Für den in voriger Versammlung gewählten Delegierten für das Agitationskomitee nahm an dessen Stelle der Kollege Paul Zillmann das Amt an.

Erklärung. Zu dem Bericht der Schlächterversammlung in Nr. 248 vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu erwidern: Ra. dem vorliegenden Bericht hat der Schlächter Club behauptet, daß die Zustände in den Schlächtereien des Rabatt-Sparvereins „Süd-Ost“ für die dort beschäftigten Arbeiter elende sind, die jeder Beschreibung spotten. Soweit uns bekannt, war G. nie in einem dieser Betriebe beschäftigt, und müssen wir daher annehmen, daß er Gewährsmänner für seine Behauptungen hat. Zur Aufklärung bekommen wir folgendes: Die Schlaf- und Arbeitsräume sind durchaus gute und bitten wir, uns eine Instanz anzugeben, welche gutachtlich darüber gehört werden kann. Soweit die Schlafräume nicht den billigen Anforderungen entsprechen, sind Veränderungen frühzeitig getroffen worden, so daß Klagen nicht mehr vorgebracht sind. Ebenso steht es mit der 16—17stündigen Arbeitszeit und der schlechten Behandlung. Was nun den Vorwurf der Mangelregulierung organisierter Schlächtereien betrifft, wollen wir folgendes feststellen: In unserer Schlächtereier Manteuffelstr. 55 war ein Mitglied vom Centralvorstand beschäftigt und wurde Anfang August entlassen. Gründe: Derselbe behauptete bei einer Besprechung, daß dieser Betrieb mit einem größeren Manto arbeite. Diese Kenntnis der Sachlage machte uns stutzig und stellte sich bald heraus, daß der organisierte Schlächter recht hatte, indem wir beobachteten, daß er den Hausflur mit dem Postkeller verwechselt hatte. Statt die Schalterblätter im Keller auszubehalten, lagerten dieselben hinter der Haustür, um bei eintretender Dunkelheit diese verschwinden zu lassen. Wenn die Begriffe zwischen Wein und Dein so verwechselt werden, mühte das voraus-gesagte Defizit sicher eintreten. So sieht also die „Mangelregulierung“ aus. Daß Arbeiter deswegen entlassen worden sind, weil sie der Organisation angehörten, erklären wir für die kompletteste Unwahrscheinlichkeit. Die Entlassung ist erfolgt, wenn triftige Gründe dafür vorlagen. Unter diesen Umständen konnten wir den Geschäftsleitern, welche Kaution gestellt haben und für das event. Manto hatten, nicht zumuten, sich bei der Entscheidung über Annahme und Entlassung der Arbeiter Fesseln anlegen zu lassen. Ein ganz besonderer Grund, Arbeiter von privaten Vermittlern einzustellen, besteht für den Geschäftsleiter darin, daß die Organisation es nicht fertig brachte, auch das nötige weibliche Personal zu beschaffen. Der Vermittler erklärte aber, daß wir die Mantsells auch dort beziehen könnten, wo die Gesellen entnommen werden. Das kümmerte aber die Organisation nicht, sie beharrt auf ihrem Standpunkt, obgleich uns die Bedienung im Laden fehlte. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß wir die Organisation aufgefordert haben, uns ihre Wünsche schriftlich zu unterbreiten, was bisher nicht geschehen ist. Wenn die Organisation sich jetzt dabei macht und eine Arbeitsordnung ausarbeitet, so nehmen wir an, daß diese bei allen (auch den Privatbetrieben) eingeführt werden soll, damit nicht die Erfolge einzelner gefährdet wird.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“, G. m. b. H.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 23. Oktober. (Welding des Reuterschen Bureaus.) Wegen Kriegsbeschränkungen sind die Prämien für Versicherungen von Schiffen, die nach dem fernen Osten gehen, von Lloyd's seit gestern verdoppelt worden.

Rom, 23. Oktober. (W. T. B.) Wie die Blätter melden, betraute der König Giolitti mit der Bildung des Kabinetts. Giolitti habe indessen, obwohl er erklärte, daß er sich zur Verfügung des Königs halte, zwei oder drei Tage Bedenkzeit aus-gegeben, bevor er endgültig den Auftrag annehme.

Shanghai, 23. Oktober. (Welding des Reuterschen Bureaus.) Das diplomatische Corps in Peking befahl einstimmig, daß die verhafteten Redakteure des Eingeborenen-Blattes „Supao“ von einem gemäßigten Gerichtshof in Shanghai unterzünftig abgeurteilt werden müssen.

Parteigenossen, beteiligt Euch Sonntag früh acht Uhr Mann für Mann an der Flugblatt-Verbreitung zu den Landtagswahlen!

Mitteilungen

für Wähler und Wahlmänner.

Wir veröffentlichen früher schon die für die Landtagswähler und Wahlmänner nötigen Winke und Mitteilungen. Es dürfte aber willkommen sein, das Wichtigste nochmals im Zusammenhange vorzutragen.

Was sind Urwahlbezirke?

Urwahlbezirke sind die Bezirke, in denen der Urwähler die Wahlmänner wählt. Jeder Wahlkreis zerfällt in eine Anzahl Urwahlbezirke von je 750 bis 1749 Einwohnern nach Maßgabe der letzten Volkszählung (1900). Diese Bezirke werden von den Verwaltungsbehörden (Landräten oder Magistraten) abgegrenzt.

Die Klasseneinteilung.

Jeder Urwahlbezirk wird nach Maßgabe der von seinen Urwählern zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen — gemeinhin Klassen genannt — geteilt.

Diese Teilung geschieht in folgender Weise:

Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Bezirks- und Provinzialsteuern in der Ordnung der Ordnenung bezeichnet, daß mit dem Namen des Höchstbesteuererten angefangen wird, dann derjenige folgt, welcher nächst jenem die höchsten Steuern entrichtet, und so fort zu denjenigen, welche die geringste Steuer zu zahlen haben. Zuletzt sind diejenigen Urwähler einzutragen, welche nicht zu direkten Staatssteuern veranlagt sind, und für welche an deren Stelle der Betrag von drei Mark in Ansatz zu bringen ist. So direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staate veranlagten, aber nicht erhobenen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Das heißt: den Inhabern von größeren Grundbesitzteilen werden auch diejenigen Steuern angedreht, die sie nicht zahlen! Nachdem die Urwähler in dieser Ordnung in die Liste eingetragen sind, wird die Gesamtsumme der von den Wählern des Urwahlbezirks zu entrichtenden Steuern berechnet. Alsdann wird die Grenze der Abteilungen dadurch gefunden, daß man die Steuersumme der einzelnen Urwähler so lange zusammenrechnet, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesamtsumme aller Steuern erreicht ist. Die Urwähler, auf welche das erste Drittel fällt, bilden die erste, diejenigen, auf welche das zweite Drittel fällt, die zweite, die übrigen die dritte Abteilung. Diese Abteilungen nennt man auch Klassen. In die erste bezw. zweite Abteilung gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur teilweise in das erste bezw. zweite Drittel fällt.

Ergibt sich nach vorstehendem, zum Beispiel in einer armen Landgemeinde, daß Urwähler, welche zu einer Staatssteuer nicht veranlagt sind, in die zweite oder erste Abteilung gelangen würden, so sind dieselben gleichwohl der dritten Abteilung zuzuteilen und die für sie in Ansatz gebrachten Steuerbeträge von der für die erste und zweite Abteilung berechneten Steuersumme abzuziehen. Diejenigen Urwähler, auf welche die erste Hälfte der übrigbleibenden Summe ganz oder teilweise entfällt, bilden dann die erste, die übrigen, nicht zur dritten Abteilung gehörigen Urwähler die zweite Abteilung. Kein Wähler kann zwei Abteilungen zugleich angehören.

Können bei gleichen Steuerbeträgen nicht entscheiden, welcher unter mehreren Wählern zu einer bestimmten Abteilung zu rechnen ist, so giebt die alphabetische Ordnung der Familiennamen, bei gleichen Namen das Los, den Ausschlag. Noch zu bemerken ist, daß, falls die Gewerbesteuer von einer Handwerks-Gesellschaft entrichtet wird, diese Steuer beifalls Bestimmung, in welche Abteilung die Gesellschafter gehören, zu gleichen Teilen auf dieselben zu verteilen ist.

Durch diese Dreiteilung in den kleinen Urwahlbezirken können die eigentümlichsten Widersinnigkeiten entstehen. In dem einen Urwahlbezirk in Berlin konnte z. B. im Jahre 1893 jemand, der nur 12 M. Steuern zahlte, in der ersten Klasse wählen, weil seine Witwählerin am, während der früheren Reichsanzler, Graf v. Caprivi, trotz seines Gehalts von 54.000 M., in der dritten Wählerklasse zu wählen hatte, weil er in der Gegend von Millonien wohnte. Neulich lag es 1898: in dem Bezirk Behrenstraße wählten alle, die unter 88 081 M. Jahressteuer zahlten, in der dritten Wählerklasse, in der Köpferstraße hingegen konnte man bereits bei 24 M., in der Falkensteinstraße bei 25 M. Jahressteuer Wähler erster Klasse sein.

Zur Frage der Wahlberechtigung.

Da die Wählerlisten abgeschlossen sind, ist es jetzt nicht mehr erforderlich, die Voraussetzungen des Wahlrechts zu wiederholen. Es sei nur ein besonderer Hinweis hier noch gemacht: Wer in der Wählerliste Aufnahme gefunden hat, obwohl er nicht wahlberechtigt ist, macht sich keiner strafbaren Handlung schuldig, wenn er dennoch wählt. Es fehlen stets in Wählerlisten viele Wahlberechtigte, die verkannt haben, rechtzeitig Einspruch einzulegen, so daß es sich empfiehlt, daß andererseits alle eingetragenen Wähler wählen. Auch wer Ausländer ist und aus Versehen in die Wählerliste aufgenommen ist, darf wählen.

Die Wahlkomitees wollen sich Unregelmäßigkeiten jeder Art zwecks späteren Wahlprotokolls notieren.

Wählen die Urwähler die Abgeordneten selbst?

Rein; das Wahlverfahren ist ganz anders als bei der Reichstagswahl, nämlich so: Die Wähler wählen nicht selbst den Abgeordneten, sondern wählen in Urwahlbezirken Wahlmänner. Die so gewählten Wahlmänner desselben Wahlkreises treten an einem späteren Tage (im Jahre 1903 am 20. November, während die Urwähler am 12. November zu wählen haben) zusammen und wählen ihrerseits den oder die Abgeordneten.

Wie erfolgt die Wahl der Wahlmänner durch die Urwähler?

Jede der, wie oben beschrieben, nach der Höhe des Einkommens gebildeten Klassen wählt für sich Wahlmänner. Für je 250 bis 499 Einwohner des Urwahlbezirks ist ein Wahlmann, für jeden Wahlbezirk also 3 bis 6 Wahlmänner zu wählen. In jeder Klasse sind, wenn 3 oder 6 Wahlmänner zu wählen sind, gleich viel (1 oder 2) Wahlmänner zu wählen. Sind 4 Wahlmänner zu wählen, so wählt die zweite Klasse 2, die übrigen je einen Wahlmann. Sind 5 zu wählen, so wählt die erste und dritte je 2, die zweite einen.

Die Wahl der Wahlmänner wird in folgender Art vorgenommen: Im Wahllokale wird jeder Wähler — die der dritten Klasse zuerst — einzeln (nicht durch Stimmzettel) aufgerufen, tritt an den Wahlisch und giebt öffentlich seine Stimme für so viel Wahlmänner ab, als in der Abteilung zu wählen sind. — Die Namen der zu wählenden Wahlmänner kann der Wähler sich vorher aufschreiben oder aufschreiben lassen und dann ablesen.

Wer nach Eröffnung der Verhandlung kommt, meldet sich beim Vorsitzenden und kann an der noch nicht geschlossenen Wahl teilnehmen.

Im Wahllokale dürfen nur die Stimmberechtigten bleiben, indes kann der Wahlvorstand nach seinem Ermessen vorübergehend die Anwesenheit gestatten.

Die dritte Abteilung wählt zuerst. Es ist deshalb durchaus erforderlich, auf die Minute pünktlich zu erscheinen. Ist die Wahl der dritten Klasse geschlossen, so haben die Mitglieder derselben das Wahllokale zu verlassen. Es folgt dann die Abstimmung der zweiten Klasse.

Hat sich die absolute Mehrheit auf die zu wählende Anzahl Wahlmänner vereinigt, so sind diese gewählt. Ist eine absolute Mehrheit nicht bei allen Wahlmännern erreicht (ist z. B. bei einer Wahl von drei Wahlmännern nur auf einen Wahlmann die Mehrheit gefallen), so kommt in die engere Wahl die doppelte Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner (bei unserm Beispiel also vier). Ueber diese vier wird abermals abgestimmt und diese Prozedur so lange fortgesetzt, bis die erforderliche Anzahl Wahlmänner mit absoluter Mehrheit gewählt ist. Erst dann können die zur Wahl erschienenen Urwähler abtreten.

Es ist daher erforderlich, daß jeder Urwähler genau weiß, wem er die Stimme zu geben hat, daß ferner der leicht stattfindenden Stichwahlen halber der Urwähler so lange im Lokale bleibt, bis die Stichwahlen erledigt sind.

Wahlmänner.

Der Wahlmann muß im Urwahlbezirk wohnen, Urwähler desselben Urwahlbezirks sein, wie seine Wähler. Er kann aber Wähler einer andern Klasse sein, als von der er gewählt wird. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß die Wahlvereine sich zeitig nach geeigneten Wahlmännern umsehen. Nach dem Rainzer Parteitag-Beschluß dürfen nur socialdemokratische Wahlmänner von unsrer Partei aufgestellt werden.

Diejenigen Wahlmänner-Kandidaten, welche bei den Urwahlen gewählt worden sind, müssen, wenn sie im Wahllokale bei Verkündigung ihrer Wahl antworten, sofort erklären, ob sie die Wahl annehmen. Sind sie nicht antwortend, so haben sie binnen drei Tagen, nachdem die Wahl ihnen angezeigt ist, die Erklärung abzugeben.

Jede Ablehnung bedingt für die betreffende Abteilung eine neue Wahl an Stelle des Ablehnenden. Erfolgt die Ablehnung am Schluß der Wahlhandlung für die betreffende Abteilung, so ist sofort zur Neuwahl zu schreiten, andernfalls muß der Wahlvorsteher einen neuen Wahltermin ansetzen und zwar so früh, daß der neu zu wählende Wahlmann noch an der Abgeordnetenwahl teilnehmen kann.

Stichwahlen bei Urwahlen.

Kommt es bei Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall unserer Kandidaten liberale Kandidaten solchen anderer Parteien gegenüberstehen, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein, wenn dieselben erklären, auch gegebenenfalls einen socialdemokratischen Kandidaten zum Abgeordneten wählen zu können.

Da solche Erklärungen nicht erst während der Wahl selbst gefordert und gegeben werden können, so ist es erforderlich, daß schon vor der Wahl die geeigneten Vorkehrungen getroffen werden.

Wie wählen die Wahlmänner den Abgeordneten?

Die aus den drei Abteilungen der verschiedenen Urwahlbezirke desselben Wahlkreises gewählten Wahlmänner wählen in gemeinsamer Wahl den oder die Abgeordneten ihres Wahlkreises. Der Wahlort ist durch Gesetz festgelegt. Die Wahlmänner erhalten vom Wahlkommissar eine schriftliche Einladung oder sie geschieht sofort im Urwahltermin mittels ausgefüllter Formulare. Auch diese Wahl geschieht durch öffentliche Stimmabgabe. In 106 der 256 preussischen Wahlkreise ist je ein, in 125 sind je zwei und in 26 Wahlkreisen je drei Abgeordnete zu wählen.

Die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner ist keine Klassenwahl, wie in der Urwahlbezirken. Vielmehr ist der Wahlort folgender:

Zunächst werden ein Protokollführer und drei bis sechs Beisitzer auf Vorschlag des Wahlkommissars von den Wahlmännern gewählt. Die Wahlmänner haben keinen Anseh, ohne weiteres die Vorschläge des Wahlkommissars gutzuheißen. Wenn einzelne der Vorgesetzten einen Teil der Wahlmänner ungeeignet erscheinen, so ist geforderte Abstimmung über die Wahl der einzelnen zu verlangen. Insbesondere aber ist darauf zu sehen, daß alle Wahlmänner wirklich in der Lage sind, an der Wahl teilzunehmen; es ist Sache des Wahlkommissars, das erforderliche Lokal zu diesem Zweck zu beschaffen oder einen sonstigen den Zweck erfüllenden Weg aufzufinden.

Danach läßt der Wahlkommissar über die Gültigkeit der Wahlmänner abstimmen, deren Wahl er beanstandet.

Andere Erörterungen oder Beschlußfassungen sind auch bei der Abgeordnetenwahl unzulässig. Nichtstimmberechtigte dürfen auch bei dieser Wahl nicht anwesend sein.

Die Wahl erfolgt, indem der nach der Reihenfolge des Verzeichnisses aufgerufenen Wahlmann an den zwischen der Wahlversammlung und dem Wahlkommissar aufgestellten Tisch tritt und den Namen desjenigen nennt, dem er seine Stimme giebt. Sind mehrere Abgeordnete zu wählen, so hat jeder Wahlmann sogleich anzugeben, wem er an erster, zweiter oder dritter Stelle zum Abgeordneten wählt.

Es ist nicht unzulässig, für jede Stelle denselben Namen zu nennen. Dabei ist streng auf die Reihenfolge zu achten, da bei der Auszählung die an erster, zweiter oder dritter Stelle genannten Namen gefordert werden.

Gewählt ist, wer die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der für das betreffende Abgeordnetenmandat abgegebenen gültigen Stimmen) erhalten hat. Ergiebt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so findet zwischen denjenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt; bei dieser ist jede Wahlstimme, welche auf einen andern als die in der Wahl gebliebenen Kandidaten fällt, ungültig. Erhalten bei der engeren Wahl beide Kandidaten gleichviel Stimmen, so entscheidet zwischen diesen das Los, welches durch die Hand des Wahlkommissars gezogen wird. Ist zweifelhaft, wer auf die engere Wahl zu bringen ist, weil bei der ersten Abstimmung auf zwei oder mehr Kandidaten gleichviel Stimmen gefallen sind, so entscheidet zwischen diesen gleichfalls das Los.

Nur keine Kraftverschwendung!

Mit den vorhandenen Mitteln und Kräften das zu halten ist ein Gebot, das vor der einzelnen in allen Lebenslagen beizubehalten sollte. Das gilt aber ganz besonders bei politischen Agitationen. Dadurch, daß die Wahlen zum preussischen Landtage öffentliche Stimm-

abgabe vorschreiben, sind eine sehr große Menge Wähler — insbesondere Arbeiter in abhängiger Stellung — namentlich Arbeiter in den Staatsbetrieben und Staatswerkstätten — aber auch Lehrer, Beamte usw. — nicht in der Lage, öffentlich für einen Socialdemokraten stimmen zu können. Diese thun dann am besten, ihr Wahlrecht nicht auszuüben, um nicht den Gegner zu stärken. Um so nötiger ist aber, daß alle diejenigen, die keine Rücksichten zu nehmen haben, ihr wichtigstes Bürgerrecht ausüben.

Vielfach wird es aber nicht möglich sein, selbst in denjenigen Wahlkreisen, in welchen die Partei mit Aussicht auf Erfolg in die Wahltagung eingetreten ist, in allen Bezirken die nötigen Wahlmänner zu finden. Denn wie oben ausgeführt wurde, müssen die Wahlmänner in dem Wahlbezirk wohnen, in dem sie gewählt werden sollen. Es wäre also thöricht, wollte man in Bezirken, in denen wir keine Wahlmänner vorzuschlagen vermögen, Geld und Zeit für die Agitation verwenden.

Das dürfte ganz besonders häufig in Wahlkreisen mit starker ländlicher Bevölkerung vorkommen. In diesen Wahlkreisen wird es oft Ortschaften geben, in denen wir nicht einen Wahlmann aufstellen können. Hier wie in allen ähnlichen Fällen unterlasse man also die Agitation und wende Zeit und Kraft auf diejenigen Wahlbezirke, in denen die Aufstellung von Wahlmännern möglich geworden ist.

Die Aufstellung von Wahlmännern in den einzelnen Wahlbezirken der Wahlkreise ist aber eine ganz besonders zeitraubende Arbeit. Es kann also hier gar nicht früh genug mit der Organisation und der Ausfindigmachung von Wahlmanns-Kandidaten vorgegangen werden. Es ist dieses sogar die erste Thätigkeit des Wahlkomitees, weil hiervon in hohem Grade die übrige Agitation in dem Wahlkreise abhängt.

Auch hat das Wahlkomitee dafür Sorge zu tragen, daß es sofort nach Schluß der Wahl über das Resultat der Wahlmännerwahlen Kenntnis erhält. Das Gesamtergebnis eines Wahlkreises ist alsdann sofort und zwar nicht bloß in Bezug auf die Wahlmänner unsrer Partei, sondern auch für die gegnerischen Parteien dem Central-Wahlkomitee (Adresse: J. Kuer, Kreuzbergstr. 30, SW. Berlin), mitzuteilen.

Hierbei ist genau anzugeben, wie viel Wahlmänner in jeder Klasse auf die einzelnen in Frage stehenden Parteien kommen.

Da am 12. November die Wahlmänner-Wahlen stattfinden haben, so ist keine Zeit mehr zu verlieren. Auf zur Arbeit!

Nach dem Parteitage.

Aus Mehrings Rechtfertigungsschrift geben wir heute die Abschnitte über die Angelegenheit mit Schoenlant und Mehrings Mitarbeit an der „Zukunft“ ohne Kürzungen wieder. Der Erörterung des „Falles Schoenlant“ geht eine Einleitung voraus, die Mehrings Stellung zu Garden im Anfang der neunziger Jahre darstellt. Er verweist darin für ausführlichere Darstellung auf seine Broschüre „Herrn Gardens Habeln“ aus dem Jahre 1899 und die spätere zweite Auflage der Schrift und fährt dann fort:

„Es löst mich auch heute nicht die geringste Ueberwindung, zu sagen, daß ich mich damals lebhaft für Garden interessiert habe. Seine uniprincipiell großen, schriftstellerischen Anlagen waren nicht so verwahrloht, wie sie heute sind; er besaß einen ästhetischen Geschmack und literarisch-historische Kenntnisse, die sehr respektabel waren und mir um so mehr imponierten, als ich damals gerade mit meinem Buch über Lessing beschäftigt war; seine ökonomische und politische Bildung war freilich, wie er selbst sagte, „minimal“, aber er gab sich als Gesinnungsdemokrat und Gesinnungssocialist, und daran wurde ich auch nicht irre, als ich im Januar 1892 hinter seine Schwärmerei für Bismarck kam. Er selbst erläuterte sie als ästhetisches Behagen an einer mächtigen Menschengefalt, während er zugleich versicherte, daß er mit politisch ganz nahe stehe und mit Vergnügen gratis für den „Vorwärts“ schreiben würde. Siehe die Beweise dafür in Gardens Habeln. Wie ich damals über ihn dachte, habe ich ganz offen in der „Neuen Zeit“, 10. Jahrg., 2. Bd., S. 668, in einem Aufsatz über Nietzsche mit den Worten ausgesprochen:

„Noch nützlicher ist der Nietzscheanismus für den Socialismus in einer andern Beziehung. Ohne Zweifel sind Nietzsches Schriften verführerisch für die paar jungen Leute von hervorragenden literarischen Talent, die etwa noch in den bürgerlichen Klassen aufzuwachen mögen und zunächst in bürgerlichen Klassenvorurteilen befangen sind. Für sie ist Nietzsche aber nur ein Durchgangspunkt zum Socialismus. Von ihm zurück auf Eugen Richter und Paul Lindau können sie nicht; dazu ist Nietzsche denn doch ein zu bedeutender und zu genialer Mensch. Bei Nietzsches stehen bleiben können sie auf die Dauer aber auch nicht, denn mit einer genügend großen Reize kann man wohl in der Einsamkeit der Hochalpen den „Uebermenschen“ spielen, aber im Prang und Stampf des wirklichen Lebens paßt ihnen die ökonomische Dialektik solche Schrülen gründlich aus. So mauern sie sich allmählich zu Socialisten. In diesem Manierungsprozeß befindet sich beispielsweise Herr Garden, wenn er noch in den Saltingen platonischer Bewunderung für den „Uebermenschen“ Bismarck hängen bleibt, aber daneben unter ernsthaften Cybern einen nützigen Kampf gegen die kapitalistische Verhorrung führt.“

Kurzum, ich sah damals in Garden eine von der kapitalistischen Zeladung vielfach angegriffene, von den Laumeltränken Nietzsches befeuchtete, aber im Kerne reiche und tüchtige Natur, von der ich hoffte, daß ihr der rettende Sprung aus dem kapitalistischen Sumpf auf die feste Erde des proletarischen Klassenkampfes gelingen werde. In dieser Hoffnung habe ich ihn nach bestem Wissen und Gewissen beraten.

In dem Kampfe, den wir damals gemeinsam führten, haben wir neben unsern persönlichen Verlehr auch Briefe gewechselt, von denen Garden nunmehr in seiner Zeitschrift und in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ andeutet, daß er darin „gute Waffen“ gegen mich besitze. Ich stelle zunächst fest, daß diese Briefe geschrieben worden sind in einem Kampfe, für den mich Garden zu Hilfe gerufen hatte, um seine Ehre und seine Interessen zu schützen; ich stelle ferner fest, daß diese Briefe von freundschaftlichem Wohlwollen für Garden diktiert worden sind, wofür ich fernherhin noch ein beweiskräftiges Zeugnis beibringen werde. Wenn er mir dennoch mit ihrer Veröffentlichung drohen zu können glaubt, so muß deshalb, weil er anzunehmen scheint, daß Urtelle, die ich in diesen — ich wiederhole, zum Schutze seiner Ehre und seiner Interessen geschriebenen — Briefen über dritte Personen gefällt habe, mir unangenehm werden könnten, wenn sie heute veröffentlicht würden. Ob seine Annahme zutrifft, kann ich mit absoluter Sicherheit heute weder bejahen noch verneinen; so sicher ist der allgemeinen Tendenz dieser Briefe hin, so wenig kann ich mich nach elf Jahren auf jeden Satz oder gar jedes Wort befinden.“

Jedoch stehe ich keinen Augenblick an, zu erklären, daß ich den Herrn zur Veröffentlichung meiner, in den Jahren 1891 und 1892 an ihn gerichteten Briefe ermächtigt, vorausgesetzt erstens, daß die Briefe in ihrem vollen Wortlaut und in ihrem richtigen Zusammenhange veröffentlicht werden und zweitens, daß er mich ermächtigt, auch seine, in jenen Jahren an mich gerichteten Briefe unter der gleichen Voraussetzung zu veröffentlichen. Sollten dadurch dritte Personen verletzt werden, so werde ich für mein Teil mich mit ihnen abzufinden wissen; daß der Briefwechsel selbst, wenn er vollständig vorliegt, mir nur zur Ehre gereichen wird, weiß ich. Sollte jedoch Schaden fortwähren, mit vagen Andeutungen über den Inhalt dieser Briefe sich zu drohen, oder durch einzelne, aus dem Zusammenhange gerissene Bruchstücke mich zu verdächtigen, so will ich von vornherein erklären, daß er das Gewerbe der Revolverpresse treibt, indem er Waffen, mit denen ich ihm einst geholfen habe, heimtückisch veräußert, um sie in verleumderischer Absicht gegen den einstigen Helfer zu lehren.

So viel im allgemeinen! Und nun zu den Waffen dieses Kalibers, die Harden dem gegen mich geschmiedeten und auf dem Dresdener Parteitage explodierten Komplott geliefert hat.

Der Fall Schoenlant.

Es sind ihrer zwei. Am 15. September erzählte der mehrerwähnte Bernhard dem Parteitage:

Rehring ist gar nicht berechtigt, gerade über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu schreiben, da er noch im Sommer 1891 an Harden einen Brief schrieb, in dem er ihn bat, Schoenlant Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zu verschaffen, weil die sozialdemokratische Presse so schlecht bezahle. (Hört! hört!) Gerade Rehring darf meines Erachtens nicht gegen mich schreiben, weil der Charakter dieses Mannes, wie er in allen seinen Artikeln hervortritt, sich stets gleich geblieben ist. Am 11. September 1892 hat Rehring an Harden eine Karte gerichtet, deren Original ich gesehen habe. Auf dieser Karte heißt es: „Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schoenlant für angemessen oder notwendig halten, so wenden Sie sich vertrauensvoll nur an mich. Ich weiß diesen Lummel schon zahm zu machen.“ (Hört! hört!) Lebhaftige Bewegung. Zurufe: Wo haben Sie das her? Wo ich das her habe, kann Ihnen egal sein.

Schoenlant siedelte im Herbst 1890 von Nürnberg nach Berlin über. Er war in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes Mitarbeiter der Berliner „Volkszeitung“ gewesen, und in der Zwischenzeit, es zu bleiben, neben seiner Tätigkeit für den „Vorwärts“, hatte er seine Uebersiedelung bewerkstelligt. Kaum war er einige Wochen in Berlin, als ich von der „Volkszeitung“ geholt wurde, wonach auch Schoenlants Mitarbeit zerfiel. Eine erweiterte Tätigkeit am „Vorwärts“ konnte ihm nicht gewährt werden; ich habe selbst der Unterredung beigewohnt, in der Viechnacht ihm diesen Wunsch abspiegeln oder abschlagen mußte. So wünschte Schoenlant eine wissenschaftliche Arbeit über Kartelle, die ihm sehr große Mühe gemacht hatte, in irgend einer bürgerlichen Wochenschrift unterzubringen. Harden war ständiger Mitarbeiter an der „Nation“ und ich fragte bei ihm an, ob er die Aufnahme von Schoenlants Arbeit in die „Nation“ vermitteln könne. Er that auch irgend welche Schritte in dieser Richtung, kam aber mit der Kunde zurück: Es wird nicht gut gehen; Schoenlant hat in der „Volkszeitung“ einmal Schrader sehr scharf kritisiert. Das ist durch Heinrich Braun herumgeflackert worden: Sie wissen ja, wie empfindlich diese Leute sind. Daß ich bei diesem Anlaß auch von der schlechten Beziehung der sozialdemokratischen Presse gesprochen oder geschrieben haben soll, ist sehr wohl möglich; auf keinen Fall ist es in dem häßlich entstellenden Sinne geschehen, wie Bernhard die Sache in Dresden vortrug. Es wüßte wieder auf Schoenlant noch auf mich einen Schatten, wenn er wünschte und ich ihm dabei behilflich war, für eine wochen- oder gar monatelange, aber wenig umfangreiche Arbeit auf etwas höheres Honorar bedacht zu sein, als die sozialdemokratische Presse zahlen kann. Ein wissenschaftlicher Aufsatz Schoenlants war von andrem Kaliber als die Artikelchen, die von den Bernhard und Göhre in die Berliner „Morgenpost“ oder die „Zukunft“ gestiftet worden. Die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Aufsatzes über Kartelle in der „Nation“ wäre übrigens auch nach dem Dresdener Beschluß erlaubt; zur Vorsicht will ich jedoch hinzufügen, daß ich nie, seitdem ich für die Parteipresse thätig bin, für bürgerliche Blätter auch nur eine Zeile geschrieben habe.

Dann die Postkarte vom 11. September 1892! Schoenlant hatte den Krieg, den Harden und ich führten, von Anfang an mitgemacht, Feuer und Flamme, wie er bei solchen Sachen zu sein pflegte. Eine Reihe von Aufsätzen, die er bis in den Sommer 1891 hinein im Reuilleton des „Vorwärts“ veröffentlichte, lieferte dafür den Beweis. Als Harden in dem September d. J. mich um meine Hilfe anging, beendete mich Schoenlant auch zufällig und erklärte sich wiederum zur Unterstützung bereit. Gleich darauf wurde er aber von Heinrich Braun als Mitredakteur des „Sozialpolitischen Centralblattes“ engagiert, wonach eine Erkaltung unserer Beziehungen eintrat. Dazu trat eine Differenz in Parteiangelegenheiten, über die ich mich nicht verbreiten will, da sie in diesen Zusammenhänge eben nur soweit gehört, als sie uns noch weiter auseinander brachte. Dann kam der letzte Stoß dadurch, daß Harden mir im November 1891 schrieb, er habe Schoenlant in einem Restaurant der Leipziger Straße zu seinem sprachlosen Entsetzen mit unfern intimsten Feinden von Lindauringe an demselben Aneupische sitzen sehen; er, Harden, sei so bestürzt gewesen, daß er sofort das Lokal verlassen habe, aber Schoenlant, der ihn wohl erkannt habe, sei offenbar auch betroffen gewesen. Nun fragte ich bei Schoenlant an, was daran wahr sei, und erhielt die kurze Antwort, er verbeäte sich jede Kontrolle seines Abendessens.

Das war denn nun der Krieg, und es wurde hinüber- und herübergeschossen. Namentlich als Hardens Plan, eine neue Zeitschrift herauszugeben, ruckbar zu werden begann, gab seine Bismarckschärmererei zu mehr oder minder bosshaften Redereien auf mein Konto die willkommenen Gelegenheiten. Nicht am wenigsten Nütz war dabei Schoenlant, der inzwischen in die Redaktion des „Vorwärts“ eingetreten war. Ich habe damals einen christlichen Jern auf ihn gehabt, und noch viel erboster war Harden. Der gab sich immer noch als angehender Sozialdemokrat, wollte mich erst zum Mitredakteur geben, dann zum bevorzugten Mitarbeiter seiner neuen Zeitschrift haben, lag mir stets in den Ohren, ich möchte doch Bebel und Viechnacht, auf deren Mitarbeit er den höchsten Wert legte, über die Reinheit seiner Absichten aufklären. Dazu bot sich mir eine Gelegenheit, als im September 1892 irgend jemand von London mit Grüßen von Engels kam und eine größere Zusammenkunft im Hofbräu in der Leipziger Straße stattfand. Die Circulare der „Zukunft“ waren eben verhandelt worden, und ich wurde weidlich damit aufgejogen, habe mich aber tapfer für Herrn Hardens Belmont, namentlich auch gegen Bebel und Viechnacht, die beide anwesend waren, ins Zeug gelegt, während Schoenlant, der am entgegengesetzten Ende der langen Tafel saß, unerschöpflich in Scherzen über die neue publizistische Gründung war. Ganz ohne Wirkung waren die kritischen Bemerkungen über Herrn Hardens zwiespältige Natur auch nicht an mir vorübergegangen; aus diesen widerstreitenden Stimmungen heraus schrieb ich dann am übernächsten Tage die Karte an Harden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 11. Septbr. 92.

Lieber Kollege! Mit B. und V. habe ich vorgestern gesprochen, doch fand ich sie schon durch Schll. mit dem Gift der Lindaurique infiziert. Unbekannt, woher die Fonds, Bismarckidolatrie usw. Von anderer Seite hörte ich den neuesten „Wit“ des Herrn Brahm: Die „Zukunft“ hätte nur drei Mitarbeiter. Sie, mich und Bismarck. Ich ließ Brahm erwidern, die Hiebe für diesen „Wit“ würde er zur rechten Zeit am rechten Ort mit derjenigen Vogelmajestät erhalten, durch die ich ihm stets meine besondere Verehrung bezeugte. B. und V. habe ich natürlich aufgeklärt. Ich teile Ihnen dies mit, obwohl ich sehr wohl weiß, daß Sie augenblicklich dergleichen nervöse Anregungen nicht gebrauchen können, doch halte ich es für notwendig, daß Sie im 1. Heft der „Zukunft“ sich über das Quis? Quid? Ubi? Quibus auxiliis? mit möglichster Deutlichkeit auslassen. Der Name B. (Bismarcks) ist in dieser Beziehung

— und nach meiner Ansicht auch mit Recht — zu scheußlich verurufen, als daß Sie diese bequem Handhabe des Lindauringes nicht ablegen möchten. Sollten Sie einmal eine besondere Abrechnung mit Schll. für angemessen und notwendig halten, wenden Sie sich nur vertrauensvoll an mich. Ich weiß diesen Lummel zahm zu machen.

Besten Gruß, Rehring.*)

Schon der Wortlaut dieser Karte zeigt, daß sie aus dem Kampfe gegen den Lindauring heraus geschrieben ist. Sie ist nicht an einen Parteigegner gerichtet, denn sie berichtet gerade über meinen, auf Hardens Wunsch unternommenen Versuch, Bebel und Viechnacht von der Unbefolgenheit der „Zukunft“ zu überzeugen. Ebensonenig richtet sich die Schlußbemerkung gegen Schoenlant als einen Parteigenossen, sondern vielmehr als einen Bundesgenossen der Lindaurique, den ich damals in ihm sah. Ich sprach zu einem Manne, der in dem Lindauring treu geblieben war, gegen einen Mann, der uns in diesem Kampfe verlassen hatte. Dies war die Situation, aus der heraus ich die Karte geschrieben habe. Im übrigen lag ihr Schwerkernicht nicht in der Schlußbemerkung, sondern in dem Satz, den ich durch gesperrten Druck hervorgehoben habe, was, wie sich gleich zeigen wird, niemand besser verstanden hat, als Harden selbst.

Mit Schoenlant selbst habe ich mich über die Sache auseinandergesetzt, als er sich im Jahre 1895 an mich um meine Mitarbeit an der „Leipziger Volkszeitung“ wandte. Ich war mit andren Arbeiten überhäuft und schlug ihm eine mündliche Rücksprache vor, die dann auch stattfand, als er zum Reichstage nach Berlin kam. Da haben wir die alten Geschichten durchgesprochen, beide froh, sie hinter uns zu haben, er in dem Wirkungskreise, den ihm die Leipziger Genossen eröffnet hatten, ich in der Arbeit an meiner Parteigeschichte. In der Parteiangelegenheit, die den tiefsten Grund unfres Zerwürfnisses gebildet hatte, gab er mir recht und erklärte sein Verhalten durch seinen krankhaft überreizten Zustand; daß er in seiner Berliner Zeit schwer zu leiden hatte, habe ich schon in dem Nekrolog hervorgehoben, den ich ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb. Dagegen meinte er, ich hätte unrecht gehabt, ihm in dem Lindauring eine Ueberläuferei vorzuwerfen; sein Zusammentreffen mit unfern Gegnern sei ganz zufällig geschehen, veranlaßt durch den Besuch eines Studienfreundes; zu „sprachlosem Entsetzen“ sei gar kein Anlaß gewesen; Harden habe die Sache aufgebauscht, und ich hätte ihn, Schoenlant, gleich so schroff zur Rede gestellt, daß er auch schroff hätte antworten müssen; seine Wibe über die „Zukunft“ seien doch berechtigter gewesen, als mein harmloses Gottvertrauen in die angehende Parteizugehörigkeit Hardens. Alles das gab ich ihm gern zu und verhehlte ihm auch nicht, daß ich mich zu Harden heftig über ihn ausgelassen hätte, wozu er schon anderweit gehört hatte. Ich fragte nur, ob er etwa in diesem Punkt ein reines Gewissen hätte, worauf er lachend meinte, wir wollten den alten Quark begraben.

Dann habe ich für die „Leipziger Volkszeitung“ gearbeitet, anfangs sporadisch, später, nach Abschluß meiner Parteigeschichte, ziemlich fleißig. Als Harden mich in den Prozeß mit Delbrück verstrickte, sprach ich mich sofort zu Schoenlant dahin aus, Harden würde, wenn ich mit ihm zusammenstiehe, Schoenlants und meinen alten Streit aufwärmen. Schoenlant glaubte es nicht annehmen zu sollen, doch erwiderte sich, daß ich meinen Zappenhelmer besser kannte. In seiner Replik auf die erste Auflage meiner Fabeln rückte Harden mit einer faulstidigen Anspielung auf die oben gedruckte Karte vor; in der zweiten Auflage habe ich ihm darauf offen geantwortet, habe gesagt, daß es sich um eine lange ausgeglichene Differenz zwischen Schoenlant und mir handle, wie Schoenlant das gleiche zu Leipziger Genossen gesagt hat, die ihn darum befragten. Damals schweig Harden auf meine Abfertigung, obgleich Schoenlant noch lebte und die Sache hätte auflären können, wenn ich Unwahreres behauptet hätte. Heute, wo Schoenlant tot ist, droht Harden mit Fingern Schoenlants, die an ihn gerichtet seien und mich compromittieren sollen; seine jungen Leute haben schon auf dem Parteitage herumgeflackert, daß Schoenlant meine Proskription gegen Harden in einem Briefe an diesen gemißbilligt haben soll.

Davon weiß ich nichts, und es geht mich auch nichts an. Mir hat Schoenlant niemals gesagt, daß er mit Harden in dreifachem oder persönlichem Verkehre stände, obgleich ich las, daß Schoenlant die überladenen Komplimente, die ihm Harden — soweit ich sie bemerkt habe — seit dem Herbst 1898 in der „Zukunft“ machte, in der „Leipziger Volkszeitung“ mit andren Komplimenten erwiderte, durch deren reichhaltige Mißbilligung ich Schoenlants Verbruch erwiderte, so daß wir uns zwar nicht wieder persönlich verfeindeten, aber doch unsere gemeinsame Arbeit im Jahre 1899 aufgaben. Mir hat Schoenlant geschrieben, als mein Streit mit Harden begann, er werde sich vollkommen neutral verhalten, was ich nach Lage der Dinge für richtig hielt und was Schoenlant in der „Leipziger Volkszeitung“ auch ausgesprochen hat. Seine etwaigen Korrespondenzen mit Harden sind mir unbekannt, und ich muß diesem Herrn überlassen, seine Kriegszüge auf einem Grabe aufzuführen, wenn ihn anders nach den grab-schänderischen Lorbeerern des Heinrich Braun geküßt. Mir genügt es, daß ich bereit war, ihm wegen jener Karte Rede und Antwort zu geben, als Schoenlant lebte.

Erst nach Schoenlants Tode, da er selbst nicht mehr zeugen kann und mich die Rücksicht auf einen Toten an einer ganz erschöpfenden Aufklärung hindert, ist die Karte vom 11. September 1892 ausgegraben, aus ihrem Zusammenhänge gerissen, bis auf den letzten Satz verstümmelt worden, um aus einem klüftigen Worte heftigen Unmuts eine berechnete Persiflage zurechtzufälschen. So wie die Sache in den Parteitag geworfen wurde, mußte sie ihn gegen mich einnehmen, aber durch die Form, in der sie ihm vorgelesen wurde, ist der Parteitag getäuscht worden.

Meine Mitarbeit an Hardens „Zukunft“.

Nicht minder raffiniert wurde der Parteitag durch andre Bruchstücke aus meinen Briefen an Harden geäuscht. Bernhard erzählte: Rehring stellt es so dar, als habe er Harden von vornherein „richtig eingeschätzt“ und die Mitarbeit an der „Zukunft“ abgelehnt. Schon der — von Rehring nicht widerlegte — Artikel der „Zukunft“ vom 4. März 1899 ergibt, daß das falsch ist. Darnach hat zum Beispiel Rehring im September 1892 an Harden geschrieben: „Das Bedenken, das ich gegen eine Mitarbeit habe, habe ich Ihnen ganz offen angegeben: es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft“ doch wendet. Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit, und gern bereit. Sie brachen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir völlig unbekanntem Grunde den persönlichen Verkehr ab.“ (Hört! hört!) Dann weiter: „Was meine Mitarbeit an der „Zukunft“ betrifft, so war ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine halbe Stunde für mich übrig hatten, um eventuell über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrages zu sprechen, so neigt sich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich darin nur bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie sich endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie überzeugen mögen.“ (Hört! hört!)

Es ist zunächst eine Lüge des Bernhard, daß ich den Artikel der „Zukunft“ vom 4. März 1899 nicht widerlegt haben soll; diese Widerlegung findet sich in der Nachschrift zur zweiten Auflage der Fabeln, die dem Bernhard bekannt ist, wie er in dem Inserat der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ zugegeben hat.

In dieser Schrift lasse ich mich auch über meine Mitarbeit an der „Zukunft“ aus. Ich sage da, die Vorbereitungen über die Herausgabe dieses Blattes seien in die Zeit gefallen, wo Harden mich verschärft habe, er sehe mir politisch ganz nahe und ziehe mit dem „Vorwärts“ an einem Strange. Harden habe mich unausgesetzt be-

*) Ich drucke diese Karte so ab, wie sie von Bernhard in einem Inserat der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht worden ist. Die Wahrheitsliebe dieses Genossen tritt glänzend hervor in den Worten, die er dem Abdrucke hinzufügt: „Rehring verächtigt vor dem Parteigegner Harden nicht nur Schoenlant, sondern auch Bebel und Viechnacht der Korruption.“

stärkt, bevorzugter Mitarbeiter des Blattes zu werden: wie seien ja in allem wesentlichen einig, seine künstlerische Verumbarung Bismarcks bilde doch kein Hindernis politischen Zusammenwirkens. Darauf hätte ich gemeint: Bismarck ist kein Künstler, sondern ein Politiker; Sie können nicht seine Person bewundern und seine Politik angreifen; wenn wir an einem Strange ziehen sollen, so studieren Sie einmal erst Marx und Lassalle (von denen Harden außer Lassalles Proskription gegen die liberale Presse nichts kannte), dann wollen wir uns wieder sprechen; so lange Sie für Bismarck und Reichswehr schwärmen, können wir persönliche Freunde bleiben, aber nicht politische Zeitgenossen werden. Ich sagte dann fort: „Von diesem Standpunkt persönlicher Freundschaft aus habe ich ihm einige geringfügige Gefälligkeiten bei Gründung der „Zukunft“ erwiesen; die wesentlichste war, daß ich das Blatt taufte; ich sagte im Scherz: da Sie bisher bei der Gegenwart geblieben sind, so nennen Sie das Blatt doch „Zukunft“, und es war auch ein wenig Ernst dabei, wenn ich hinzufügte: der Titel ist ja auch ganz passend, da Sie doch zur Sozialdemokratie kommen werden. Sonst habe ich noch einen oder zwei Briefe nach auswärts geschrieben, um auf das Erscheinen des Blattes aufmerksam zu machen. Meine Mitarbeit habe ich übrigens auch nicht in irgend einer katonischen Weise abgelehnt; daß ich kein „eifriger Mitarbeiter“ geworden wäre, ergab sich schon aus meinem Verhältnis zur „Neuen Zeit“, die mir in bekränkten Tagen einen mich vollumfänglich beschreibenden Wirkungskreis geöffnet hatte. Jedoch den einen oder den andren Artikel hätte ich wohl geschrieben, um etwa Herrn Harden über die Schwierigkeiten des Anfangs fortzuhelfen, wenn nichts dazwischen gekommen wäre.“ So meine Darstellung in Hardens Fabeln, an der Harden in seiner Replik auch nicht ein Titelchen hat verdrücken können.

Was nun aber dazwischen kam, das muß ich hier ausführlicher schildern, als in meiner früheren Schrift, um die Lüge zu widerlegen, als hätte ich gelogen, die Mitarbeit an der „Zukunft“ „von vornherein“ abgelehnt zu haben. Ich werde die Briefe hier abdrucken, die mir zuerst die Augen über Harden geöffnet haben, und zwar werde ich nicht mit Bruchstücken aus diesen Briefen Taschenspielerkunststücke à la Harden machen, sondern die Briefe vollständig mitteilen, mit Auslassung einzig der Worte und Satzbrüche, die wegen ihrer rüpelhaften Form schwer druckbar sind. Es ist nämlich eine Eigentümlichkeit desselben Herrn Harden, der mit einzelnen heftigen und schroffen Worten aus meinen Briefen häutert, sich selbst in seinen vertraulichen Briefen in der zügellosesten Weise gehen zu lassen. So gern ich also bereit bin, unter den von mir schon angelegenen Bedingungen seine an mich gerichteten Briefe auch wörtlich abzuabdrucken, so will ich die hier wiederzugebenden Briefe vorerst nur mit den formellen, den Sinn nicht berührenden Auslassungen abdrucken, die durch die gute Sitte geboten sind.

Auf meine Postkarte vom 11. September 1892 antwortete Harden wie folgt:

W. O. Köhnerstr. 27.
18. September 92.

Verehrter und lieber Herr Doktor!

Für Ihre freundliche Bemühung und für die gültigen Zeilen sage ich erlichen Dank, der durch eine fünfjährige Reise veripstet ist. Bebel, Viechnacht, Cronheim, Schoenlant hatte ich zur Mitarbeit aufgefordert, keiner hat geantwortet — die Höflichkeit revolutionärer Parteibonzen. Wohl aber haben Bollmar und Wille, die ich beide wiederholt angegriffen habe, sofort in lebenswürdiger Weise geantwortet. Sabor: Das läßt tief blicken. Es ist mir neu, daß man verpflichtet ist, Fremden die Herkunft der Fonds anzugeben, aus denen ein Unternehmen begründet wird; jedenfalls denke ich nicht daran, das zu thun. Sie berechte und liebe ich, und Ihnen sage ich deshalb: meine Brüder Witting, London 40 Canonstreet, geben mir auf Lebensversicherungssicherheit 20 000 Mark. Die erste Rate ist eben eingetroffen, und ich kann Ihnen die Provenienz jeden roten Hellers allsmähig mit Postanweisung und Brief beweisen. Dadurch bin ich im Stande, mit Stille Halbpast zu machen. Der Unfall, mich als Neptil zu betrachten, ist doch gar zu läppisch. Ich kann ohne die äußerste Unabhängigkeit überhaupt nicht leben, ich habe für diese Unabhängigkeit gehungert und werde das jederzeit gern wieder thun, wenn es sein muß. Dächte und vermöchte ich anders, dann sähe ich heute im warmen Rest bei Mosse oder Lesing, die sich beide dringlich um mich bewerben. Es giebt auch Goldgräber des Proletariats; und kommt so ein . . . Schoenlant, . . . und will mich verdächtigen, der ich weiß Gott meine Existenz ganz einfach und ärmlich drangeklopft habe, dann kann mich das nur erheitern. Ich werde auch im nächsten Jahre äußerlich eingeschränkt leben müssen, und ich kann sagen, wenn ich Erfolge habe, so danke ich sie mir. Bismarck als Geldgeber ist eingeschoben eine neue gloriose Idee. Aber diese Weltanschauung können sich nicht vorstellen, daß man uneigennützig und überzeugt handeln kann. Ich halte Bismarck für einen ganz wunderbaren und großartigen sterblichen Menschen, den die Skottezeit, Erbärmlichkeit und Kellnerhaftigkeit der deutschen Nation vielfach verdorben hat, dem wir aber, und besonders auch das Proletariat, unendlich viel verdanken. Ohne 64, 66, 70 gab es keine Möglichkeit der proletarischen Emanzipationsbewegung, der mein Herz gehört, wenn ich auch die Möglichkeit des Marxigen Abheilmittels schmerzlich verneinen muß. Das alles ist nicht auf vier Seiten zu erschöpfen. Aber ich werde fortfahren, gegen die meines Erachtens blüh-dumme Bismarck-Legende zu kämpfen. Wer die jetzigen Verhältnisse erhalten wünscht, konnte nur wie er handeln. Ohne ihn werden wir Krieg und neues Sozialistengesetz erhalten, ohne ihn ist unsere politische und wirtschaftliche Festigkeit schon jetzt erschüttert. Daß ich nicht blind für ihn bin, habe ich bewiesen; daß ich nie auch nur einen Schatten von Abhängigkeit ertragen werde, weiß niemand besser als er. Wir sind aber drei Tage lang durch die Wälder von Bargin geirrt und haben uns gründlich ausgeprochen. Bebel hätte mich nicht eingeladen, nachdem ich so rüchloslos über ihn geschrieben, wie ich im zweiten Apostata über Bismarck. Was ich will und wofür ich kämpfe, namentlich aber wegen, das wissen Sie. Ich halte den Kampf gegen die Allmächtigen Richter, Ridert, Rosse, Ronader oder wie sie sonst heißen, heute für wichtiger, als das Gezeret gegen den machtlosen Bismarck. Hoffentlich lerne ich noch recht viel und kann noch manchen „Gefinnungswechsel“ erleben. Wenn die Herren Sozialistenführer, denen zum erstenmal in einem von bürgerlichen Klassen gelesebenen Blatte absolute Freiheit geboten wird, darauf nur mit . . . Verdächtigungen antworten: mir ist's recht. Vermutlich halten sie es für billiger, die schon Ueberzeugten täglich vor dieselbe Kerbe zu führen, als publizistisch zu werden und zu gewinnen. Habeant sibi. Daß es aber schändlich ist, mit Bismarck jetzt freundschaftlich zu verkehren, sollten wenigstens die Freunde des . . . nicht behaupten. Ich wünsche, ich hätte Sie und Bismarck zu Mitarbeitern, dann bräuhete ich kaum noch andre, denn drei Weltanschauungen wären durch drei stärkste Persönlichkeiten vertreten. Aber es scheint fast, als müßte ich aufhören, auf Ihre Hilfe zu rechnen; und das wäre mir so un-gesähr das Bedauerlichste. — Wenn Schoenlant es noch drei Monate so weiter treibt, wird kein Mensch von einigem Geschmack den „Vorwärts“ mehr anrühren können. Aber die Herren sind blind und taub; ich bin überzeugt, im tiefsten Herzen sind sie auch Ihnen alle neidisch. Viechnacht

Immer Ihr getreuer Verehrter H a r d e n.

Auf diesen Brief Hardens habe ich am 10. September, nach seiner Angabe im „Vorwärts“ vom 6. Oktober 1903, geantwortet:

Lieber Kollege!

Sie sind wirklich, was Carlisle ein dünnhäutiges Individuum nennt. Ich habe doch wahrhaftig noch nie in meinem Leben den geringsten Zweifel an Ihrer Integrität geäußert und gehabt; wozu also gegen mich diese empfindlichen Versicherungen? . . . Was meine Mitarbeit an der „Zukunft“ betrifft, so war ich mir bisher nicht klar, ob Ihre Aufforderung von persönlicher Freundschaft und Höflichkeit oder von einem redaktionellen Bedürfnis diktiert war. Da Sie wochenlang nicht einmal eine arme halbe

Stunde für mich übrig hatten, um eventuell über Thema, Umfang usw. eines von mir zu liefernden Beitrags zu sprechen, so neigte mich meine Vermutung zu dem ersten Teil jener Alternative, und Ihre freundlichen Zeilen von gestern haben mich vollends darin bestärkt. Ich wünsche Ihnen herzlich den besten Erfolg, danke für Ihre freundliche Aufforderung und hoffe im übrigen, daß Sie endlich einmal sich von meiner Freundschaft für Sie überzeugen und mir nicht mehr so empfindlich schreiben mögen.

Auf diesen Brief antwortete Harden unter demselben Datum (im „Vorwärts“ beliebt es ihm, die Reihe umzudrehen und meinen vorstehenden Brief als Antwort auf seinen nachfolgenden anzugeben):

Berlin W. O. 27 Nöthenstraße,
den 19. September 1892.

Verehrter und Lieber Herr Doktor!

Ihr heutiger Brief hat mir so ziemlich die peinlichste Ueber-
raschung bereitet, die mir in dieser schmerzlichen Zeit begegnen konnte. Nicht mit einer Silbe bin ich gegen Sie empfindlich geworden; ich habe Ihnen aufrichtig und herzlich gedankt, denn ich fand es sehr freundschaftlich, daß Sie mir . . . mitteilten. Und das habe ich gethan, obgleich ich ganz genau weiß, daß Sie vom ersten Tage unserer Bekanntschaft an stets an mir gezweifelt haben; gegen das Zeugnis jedes Elcho mühte ich mich reinigen. Das kann ich verstehen. Wenn aber Bebel und Liebknecht hofliche Zuschriften unbeantwortet lassen, wenn sie von jedem . . . sich vor-
schützen lassen, ich sei ein Bismarck-Reptil, so kann ich bedauern, daß so ehrenwerte Herren demachen . . . sind, aber ich lehne es weit und scharf ab, vor dem süßen . . . zu zeigen, ob ich auch keine Wäsche trage. Ihnen, an dem mir liegt, den ich liebe und bewundere, für den ich mit meinen besten Freunden mich auf Tod und Leben gekannt habe, Ihnen breite ich auch willig meine Leibwäsche aus; andern nicht. — Ich bedauere es schmerzlich, daß Sie mir heute bittere und höhnische Worte schrieben. Meine Schuld ist es nicht, denn ich bestritte, daß in meinem letzten Briefe auch nur ein Buchstabe gegen Sie ge-
deutet werden kann. Ich schreibe nur, was ich denke, und ich habe nur gut an Sie gedacht. — Bismarck hat meines Erachtens weder die Großgrundbesitzer noch die Großbourgeoisie hinter sich. Hammerstein, Stamm, „National-Zeitung“, alles hat sich längst von ihm losgesagt. Ich halte ihn auch nicht entfernt für den schlimmsten Förderer der Freikorruption, aber durchaus nicht, trotz Offizientum, ohne das nie eine Regierung der heutigen Gesellschaftsform auskommen kann. Ich suche ihn historisch zu begreifen, ich bewundere in ihm eine Kraft und eine Intelligenz, eine nie rastende, eine Arbeits- und Lernfähigkeit und tausend andre Dinge, die mir einfach wundervoll scheinen. Andre denken anders; sie mögen es sagen und mich überzeugen, der Raum steht offen. Durch das blödsinnige Geschimpfe des „Vorwärts“ wird nichts bewiesen, und wenn wir 93 oder 94 den großen Krieg haben, dann, hoffe ich, werden einige Redaktionen gelindert. Aber Sie finden, ich sei ein dummer, grüner Junge, der von politischen und socialen Fragen keine Ahnung hat. Ich finde dagegen, daß alle socialdemokratischen Schriftsteller keine Ahnung einer histori-
schen Auffassung haben, daß sie durch Sentenzen, gleichförmige Scheinlappenspolitik und allmählich zum Ueberdruß werden. Sie sind der einzige; und Sie hoffen die andern, deshalb werden Sie vom „Vorwärts“ gelegentlich auch tadelvoll erwähnt. Sie schrieben neulich, ich müßte in Nr. 1 sagen, quibus auxiliis. Ja, soll ich mich lächerlich machen und sagen: Ich habe nicht etwa, wie Ihr denkt, von Bismarck Geld bekommen? Lieber das Schwärzen von Bebel und Liebknecht trötet mich nicht der Weisfall Bismarcks und Willes, sondern das gute Gefühl, daß ich den Herren loyal entgegentrat und daß sie eine freundliche Einladung auf Grund dummen Gestaltens grüßlich ignorierten. In die Superiorität solcher Leute glaube ich nicht. Und was das jahr-
zehntelange Hungern betrifft, so kann man auch aus Unfähigkeit hungern. Herr Schoenlant behauptet vielleicht auch, er habe aus Ueberzeugung gehungert.

Was Sie über Ihre Mitarbeiterschaft sagen, hat mir doch weh gethan. Sie suchten und suchten noch Ausflüchte, statt offen Nein zu sagen. Nach der Art, wie ich Sie, als den Ersten, förmlich flehend gebeten habe, wie ich Ihre Frau noch zur Hilfe rief, wie ich sagte: „ar keinem andern liegt mir so viel“, können Sie da ernstlich sagen, Sie hätten gemeint, ich wollte Sie nur aus persönlicher Freundschaft und Höflichkeit auffordern? Ich kam nicht, um Ihnen nicht lästig zu fallen. Sie nicht zu be-
drängen, und auch, weil es mir doch schmerzlich war, daß gerade Sie es als eine Schande zu betrachten scheinen, mit mir auf den Ausgang zu treten. Ich wiederhole: In keinem liegt mir so viel, von keinem hat mir die Ablehnung so weh gethan. Aber ich ehre Ihre Gründe und schweig.

Ich werde Sie stets lieben und hochhalten. Meinem Unter-
nehmen aber können Sie nach Ihrer Anschauung ernstlich Erfolg nicht wünschen. Und darum sollten Sie es auch nicht höflichst-
halber thun. Ein Mensch, der seit 2 Jahren mit politischen und socialen Ansagen Lärm verübt und dem noch die socialen und politischen Fragen „vollkommen fremd“ sind, ein solcher Mensch verdient keinen Erfolg, und Sie sind für conventionalle Klagen au gut und zu stark.

In aller Ergebenheit Harden.

Für mich ist jede Ueberzeugung respektabel, für Sie doch eigentlich nur die eigene — da liegt der Gegenfah; Sie können nur durch meine völlige Unkenntnis meine Bewunderung für Sie erklären. Ist auch Carlisle, Hering, Hädel, Bülow, Schläger, Henze und wer weiß ich noch, völlig ungebildet?

Hierauf habe ich nach der Angabe Hardens — siehe „Vorwärts“ vom 6. October — folgendes geantwortet:

Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeit habe, habe ich Ihnen ganz offen angegeben: es war mein böser Ruf in der bürgerlichen Welt, an die sich die „Zukunft“ doch wendet. . . . Ab-
gesehen von diesem Bedenken bin ich bereit und gern bereit (das Wort „gern“ ist von Rehring unterstrichen). Sie brauchen aber, ebenso wie im Frühjahr, aus mir unbekanntem Gründen, den persönlichen Verlebe ab. Sie erklärten, wegen der Vor-
bereitungen zur „Zukunft“ keine Minute Zeit für mich zu haben. . . . Wenn Sie mich einmal besuchen wollen, so sind Sie mir allemal herzlich willkommen. Ich würde Sie sogar darum bitten, wenn ich nicht allzu trübe Erfahrungen mit solchen Bitten gemacht hätte. Dagegen möchte ich Ihnen, noch mehr mit Rücksicht auf Ihre als meine Zeit vorzulegen, die Kor-
respondenz über diese Dinge nicht fortzusetzen. Brieflich kommen doch immer neue Mißverständnisse vor. Also: wenn Sie mögen, kommen Sie doch einmal heran. Meine Freundschaft für Sie ist unverändert dieselbe.

In aller Gesinnung Ihr Rehring.

Zu diesem Briefe gehört offenbar, nämlich wie der Inhalt er-
gibt, auch ein Buchstabe, das Harden schon am 4. März 1892 in der „Zukunft“ veröffentlicht hat. Es lautet:

Weder an Ihrer Bildung, noch an Ihrem Charakter äußere ich den geringsten Zweifel, wenn ich sage, daß Ihnen politische und sociale Fragen vollkommen fern stehen. Ich stelle Ihre Bismarck-Bewunderung auch keineswegs auf dieselbe Stufe wie die Bismarckerei der Bülow und Genossen. . . . Sie sind jung, kerngesund, kernfähig und gerade durch die Redaktion der „Zukunft“ werden Sie vieles lernen. Deshalb darf ich — und ich thue es von Herzen — Ihnen das schlaueste Gedächtnis Ihres Unternehmens wünschen. Dies Recht giebt mir meine Freundschaft für Sie, aber ebenso freilich auch das Recht des Bedauerns darüber, daß Sie einen Umweg machen wollen, der Sie viel Zeit und Kraft kosten wird. . . . Meine Freundschaft für Sie ist unverändert dieselbe.

In aller Gesinnung Ihr Rehring.

Aber auch die ersten Sätze des Buchstabs, das Harden im „Vorwärts“ am 6. October d. J. veröffentlicht, hat er schon in der „Zukunft“ vom 4. März 1892 mitgeteilt. Hier lauten sie: „Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeit hatte, habe ich Ihnen ganz offen angegeben. . . . Abgesehen von diesem Bedenken war ich bereit und gern bereit.“ In „Vorwärts“ citirt Harden aber:

„Das Bedenken, das ich gegen meine Mitarbeit habe, habe ich Ihnen ganz offen angegeben. . . . Abgesehen von diesem Bedenken bin ich bereit und gern bereit.“ Dieser Rehring macht meine Briefe nicht nur sinnlos, indem er ihre einzelnen Sätze auseinanderreißt und sie bald hier, bald dorthin gerireut, sondern zur größeren Sicherheit seines Rugs und Trugs fälscht er auch noch den Wortlaut dieser Zeilen.

Geantwortet aber hat er am 20. September wie folgt:

B., 20. September 92.

Lieber Herr Doktor!

Weder gegen Sie noch gegen Bebel und Liebknecht habe ich maßlose Vorwürfe geschleudert; Ihnen habe ich fast aufbrüchliche Liebeserklärungen gemacht und die beiden Herren halte ich für durchaus ehrenwert. Nur imponieren sie mir nicht; ein Partei-
führer und radikalster Socialkritiker, der . . . ist eine bedauerliche Erscheinung in meinen Augen. Ueberhaupt habe ich für L. außer Hochachtung vor seinem Charakter nichts übrig; was ich von ihm las, ist seine Emser Depesche, ist einfach. . . . Wie ich über Bebel denke, habe ich xmal gedruckt. Also auch diesen Herren habe ich keine maßlosen Vorwürfe gemacht. Keine Achtung vor ihnen kann nicht dadurch erhöht werden, daß sie . . .

Daß Wille im Fall Lindau gegen Sie war, höre ich zum erstenmal. Ich weiß nur, daß er sich Zil. von Schabelsch gegen-
über sehr freundlich zeigte und Bräun zum Tempel hinanzufuhr, um mich für die Vollsühne zu gewinnen. Soweit meine Wahr-
nehmungen reichen, hat er Positives in den letzten Jahren geleistet, als Liebknecht. Ich kenne ihn nicht, halte Ihre grausame Charakteristik aber für irrtümlich; er soll ein etwas unklarer, sehr wohlmeinender, schwärmender Anarchist sein, ein stiller und sehr angenehmer Mensch. So sagte auch Schönhoff mir nichts. Uebrigens halte ich es für einen reinen Zufall, daß Liebknecht, aus Freundschaft für Sie, da und dort für mich ein freundliches Wort sagen ließ. Wäre Schoenlant schon in heutiger Verfassung gewesen, dann wäre es nicht geschehen. Und der „Vorwärts“, den ich mit Schrecken täglich lese, hat ja die ganze Sache gerade so einzig zu Parteizwecken ausgebeutet, wie die „Kreuz-Zeitung“, die heute die Annahme eines Inserates für die „Zukunft“ verweigerte. So die Junter gegen das Bismarck-Reptil, und derselbe Hammerstein, dessen „Tapferkeit“ ich viel rühmte.

Ihre Mitarbeit habe ich, ich wiederhole es, erlieht. Sie betweifelten sie, wie mir schien und scheinen mußte. Daß mich das fränkte, darf Sie nicht wundern; ich hätte es nie für möglich gehalten, daß ich ohne Sie ins Treiben gehen müßte. Aber der Gedanke, etwa gar Bismarck als Kollegen zu haben, schredte Sie ab.

Eine Vergnügungserreise habe ich nicht gemacht. Ich mußte nach Kosen, und ich hielt es für nötig, die Einladung nach Warzin zu folgen, obwohl mir jede Minute kostbar sein mußte. Sie selbst aber hatten mir geschrieben: „Am Tage verliert man zu viel Arbeitszeit“ und mir gesagt, ich könnte kaum noch fertig werden.

Nicht die formelle Unhöflichkeit der Herren hat mich ge-
leant; ich habe an L. schon drei Dantbriefe geschrieben, ohne je einer Antwort gewürdigt zu werden. Auch das finde ich im Grunde tief unanständig, aber —! Jetzt bietet zum erstenmal in Deutschland ein nicht socialdemokratischer Schriftsteller jeder Ueberzeugung Unterhalt, und wie auf Kommando schweigen die sämtlichen Herren und Leiden ihr Ohr abnehmen Verleumdungen. Ich muß das Proletariat beklagen, wenn das seine Wörter sind: das sind höchsten Bischöfe. Lieber Bismarck giebt es keine Einigung. Ich liebe ihn. Auch Sie haben anständige und kluge Menschen mir als einen rücksichtslosen, verschlagenen Erfolgsmann geschilbert, mit allerlei Scheinbeweisen. Ich mußte und weiß, daß es unwar ist. Ich kenne auch Bismarck, ich habe ihn leben gesehen, und ich liebe ihn. Das macht mich gewiß nicht blind gegen seine graujugigen Fehler. (folgt ein längeres Citat aus Renan, wonach einen großen Mann nicht nur seine Vorzüge, sondern auch seine Schwächen machen.)

Daß ich Marx ungenügend kenne, ist leider wahr. Sie dürfen glauben, daß es mich schmerzt und daß ich es so bald wie möglich nachhole. Vom „Alheilmittel“ sprach ich nur in der Eile, ohne zu ahnen, daß Bismarck je so etwas gesagt hat. (Geistes-
träge finde ich ihn nicht, er dürfte so etwa der gebildetste Deutsche sein!) Aber ist es wirklich so falsch? Daß Besitz verdirbt und Besitzunterschied deprimiert und Verbrechen schafft, mußte man von je; daß durch Aufhebung des Besitzes und der Besitzunter-
schiede die menschliche Bestie gebessert werden wird, glaube ich nicht. Das ist eine Religion, wie andre auch. Ich selbst hätte, wenn ich mich in die Materie prüfte, nie etwas erreicht, wenn ich nicht gezwungen gewesen wäre, für eine Frau Brot zu schaffen. Und Gleichheit! Gleichheit giebt es ja gar nicht, nie, nirgends. Mit diesen banalen Worten will ich nur andeuten, was ich Banales mit dem Alheilmittel meinte. Daß damit die Größe von Marx nicht entzerrt erschüttert wird, weiß ich genau. Aber Goethe und Shakespeares haben auch gelebt und haust ist mit Nietzsche und gegen Marx. (Nur der erwirbt sich Freiheit und das Leben, und täglich sie erobern muß.) Sage mir, wer dich am meisten haßt, und ich werde dir sagen, ob ich dich lieben kann. So heißt's bei mir. Einen Mann, der sein Leben lang Richter als erbittertsten Gegner hatte, den alle beschnitten und un-
beschnittenen Juden in den Pfuhl verdammen, den kann ich lieben. Die Socialdemokratie ist eine Macht für sich; sie will — und ich habe gewiß nichts dagegen — die Grundlagen stürzen; sie muß den Mann haßen bis aufs Messer, der ihrer Striegführung mit brutaler Faust entgegenzart.

Ich bitte Sie, an meiner herzlichen Verehrung für Sie nie zu zweifeln. Daß ich immer mit größter Freude zu Ihnen kam, brauche ich doch eigentlich nicht zu sagen. Man muß einander ja schließlich doch glauben. Es giebt kaum einen Menschen, den ich lieber höre, von dem ich lieber lerne, als Sie. Ist's denn ein Verbrechen, wenn ich daneben auch für den . . . verabschiedete Bismarck etwas übrig habe? Wäre er in der Nacht, das sagte ich am Mittwoch, dann sähe ich wahrscheinlich wegen Bismarck-
Beleidigung.

In herzlichster Treue grüßt Sie und Ihre verehrte Frau —
todmüde —

Ihr immer dankbarer Harden.

Auf diesen Brief Hardens habe ich nicht mehr geantwortet, und damit hat unsre Verbindung — bis auf einen Zwischenfall, den ich weiterhin erwähnen werde — überhaupt aufgehört. Seine elenden Schimpfereien über Bebel und Liebknecht, nur weil sie seine Auf-
forderung zur Mitarbeit an der „Zukunft“ nicht beantwortet hatten, enthielten mir in freierem Maße seine kallos-kranthafte Eitelkeit, wie mir seine blöden Bemerkungen über Marx, Goethe, Shakespeare, Nietzsche in steigendem Maß seine bodenlose Unwissenheit auf poli-
tischen und socialen Gebiete enthielten, und der Schwach über Bismarck nunmehr den Verdacht in mir erweckte, daß er sich an Bismarck verkauft habe oder verkaufen wolle. Aber ein Verdacht ist noch lange kein Beweis; Harden hatte diese Briefe in Tagen drängendster Arbeit geschrieben; er war mir seit zwei Jahren befreundet und bekundete mir in brünstigster Weise seine Liebe und Verehrung. So habe ich gethan, was ich unter gleichen Umständen wiederum thun würde. Ich habe auf seinen ersten Brief die Mitarbeit an der „Zukunft“ ab-
gelehnt, unter höflichen Ausflüchten, die er, wie seine Antwort zeigt, als solche erkannte, und ich habe ihm, wie seine übertriebenden Bemerkungen über meine „bitteren und höhnischen Worte“, über den „grünen dummen Jungen“ bekunden, noch einmal den Kopf zurecht-zusetzen gesucht. Ich habe auf seinen zweiten Brief wieder höfliche Ausflüchte gebraucht, um der Mitarbeit an der „Zukunft“ zu ent-
gehen, den aufrichtigen Wunsch ausgesprochen, daß ihn die praktische Redaktionsarbeit doch noch auf den richtigen Weg stößen werde, und übrigens ihm vorgeschlagen, mit diesem zweifelsvollen Briefwechsel auf-
zuhören. Ich habe ihm dann auf seinen dritten Brief schweigend be-
stätigt, daß er den wirklichen Grund, weshalb ich nicht an der „Zukunft“ mitarbeiten wollte, richtig mit den Worten getroffen hatte: der Gedanke, etwa gar Bismarck als Kollegen zu haben, schredte Sie ab.

Somit entsprach es der reinsten Wahrheit, wenn ich gesagt habe, ich hätte von vornherein die Mitarbeit an der „Zukunft“ abgelehnt, weil ich Harden im Verdacht gehabt hätte, daß er sich an Bismarck verkauft habe oder verkaufen wolle. Um diese Wahrheit in eine Lüge umzulagern, reißt Harden — und ihm nach seine Spiegelgellen — meine höflichen Ausflüchte, die er selbst sofort als solche erkannte hat, aus dem Zusammenhange und schreibt sie als meine wirkliche Meinung aus.

Es ist mein hartes Schicksal, es diesen wohlwollenden Gönnern niemals recht machen zu können. Wenn ich die Wahrheit sage, so schreiben sie, daß ich lüge, und wenn ich einmal dem Verhängnis des Goetheischen Wortes verfallte: Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist, so schrieben sie auf diese Lüge wie aufs Evangelium.

Aus dem übrigen Inhalt der Broschüre werden wir morgen das Besondere mitteilen.

In der „Leipziger Volkszeitung“ wird ein längerer Auszug aus einem Artikel der „Zukunft“, dem Organ der russischen socialdemokratischen Arbeiterpartei, gegeben. Dieser, die deutschen Parteiverhältnisse vom russischen Standpunkt aus behandelnde Artikel wendet sich gegen die „ameradischlichen Formen in der Polemik“ und hält es für nötig, daß die Orthodoxen (so nennt sich der revolutionäre Flügel der russischen socialdemokratischen Partei) die Revisionisten bis aufs Messer bekämpfen müssen, wenn sie nicht ihre eigene Sache verraten wollten.

Der sehr richtige und selbstverständliche Gedanke, daß die Meinungsfreiheit in einer Partei als freiwilliger Gemeinschaft Gleich-
gesinnter nicht zu vergleichen ist mit der Meinungsfreiheit in einem Staatswesen, wird in dem Artikel zu der nur aus Unkenntnis erklä-
lichen Hyperbel erweitert, daß es für die deutsche socialdemokratische Partei sehr nützlich gewesen wäre, wenn sie Bernstein gleich beim Erscheinen seiner „Vorlesungen“ mit Verachtung aus ihrem Reihen hinausgeworfen hätte.

Mit dem Hinanzurufen ist man in der deutschen Socialdemo-
kratie doch nicht ganz so vorzeitig.

Im „Stettiner Volksboten“ wird die grundlose Ver-
hauptung aufgestellt, daß in den letzten Tagen Bestrebungen in der Partei aufgetaucht wären, die dahin zielten, die Partei ins anarchische Fahrwasser zu ziehen. Es sei an verschiedenen Orten die getrenntschätliche und die genossenschaftliche Vethätigung als ver-
werflicher Revisionismus bezeichnet worden. Eine Gruppe von Hyperaditalen wolle die Genossenschaften und Genossenschaften zer-
stören. Ans ist trotz aufmerksamstem Studium der Parteipresse von solchen Bestrebungen nichts bekannt geworden. Wohl sind im Verlaufe der Diskussion über den Parteitag hier und da auch Urteile über den Wert der Genossenschaftsbewegung ausgesprochen worden, die von einander abweichen, nirgends aber ist meines Wissens die Absicht hervorgetreten, die Genossenschaften oder die Genossenschaften zu zerstören, nirgends ist meines Wissens ausgesprochen worden, daß diese Zweige der Arbeiterbewegung schädlich seien, und daß gar anarchische Bestrebungen hervorgerufen wären, widerlegt der „Volksbote“ wohl am besten selber dadurch, daß er den Hyper-
radikalen den „Wahn“ unterstellt, sie erachteten die „politische Vethätigung in Staat und Gemeinde“ für ausreichend.

In der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ hat sich eine Polemik zwischen Elm und der Redaktion ange-
spannen, die sich um die Frage der Meinungsfreiheit dreht, ausgehend von den Thatsachen, daß Elm seine Meinung über den Parteitag in den „Monatsheften“ sagte, daß dieser Artikel in der „Schleswig-Hol-
steinischen Volkszeitung“ zunächst nicht, dann aber doch noch auf ausdrückliches Verlangen von Parteigenossen ab-
gedruckt worden. Dazwischen hinein spielte dann die Frage des Abdrucks der Hardenschen Artikel in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, welche Hardens Rechtfertigung gegen Bebel nicht abgedruckt hatte, die Stellungnahme Bebel's zu Harden und die Mitarbeit an der „Zukunft“. In diesem Zusammenhange sagt Elm in einer neuen Erklärung:

„Aber weiter, wenn Bebel selbst erklärt, sein Urteil über Harden revidieren zu müssen, ja, wenn er ihn für würdig hält, vor einem Partei-Schiedsgericht als Zeuge aufzutreten, kann dann das Urteil bezüglich der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ noch in demselben Umfang aufrecht erhalten werden? Ist Harden kein Schurke, keiner, dessen Vergangen-
heit gewissermaßen gleich ist, dann das Urteil über die Parteigenossen, die einige Artikel für sein Blatt geschrieben haben, aufrecht zu erhalten, waren dann wirklich diese Genossen, wie Bebel erklärte, „moralisch so tief gesunken“, daß ihnen für ein solches Vorgehen ein „kräftiges Buß“ gebühre? Mich dünkt, die Darstellungen Hardens in seinem dritten Artikel sind geeignet, wider Urteil bezüglich der Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ vollständig revidieren zu können. Das Urteil, welches ich in meinem Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ über Hardens „Zukunft“ unter dem Eindruck der Debatten des Dresdener Parteitages ab-
gegeben, ich sehe nicht an zu erklären, ich halte es heute, nachdem ich alle von Harden angeführten Thatsachen geprüft habe, für falsch.“

In der „Brandenburger Zeitung“ äußert sich die Redaktion „In eigener Sache“ zu den ihr in verschiedenen Veranlassungen ihres Verbreitungsbezirktes gemachten Vorhaltungen. Sie erklärt, daß sie theoretisch durchaus auf marxistischem Boden stehe, wenn-
gleich sie nicht anerkennen könne, daß es unmöglich sei, den Marxismus in einigen Einzelheiten fortzubilden. Auf praktischen Gebiete, dem der Fakt, sei die Redaktion durchaus mit der in Dresden angenommenen Resolution einverstanden. Es heißt da in der Erklärung:

Nicht deshalb haben wir die Gegenwartsaufgaben betont, weil uns das Endziel nichts und die Bewegung alles ist, sondern weil wir das Endziel und die Bewegung wollen, eine Bewegung, welche die Arbeiterkraft auf allen Gebieten, an denen sie mit ihrem Wohl und Wehe beteiligt ist, vorwärts bringt dem Endziel zu, das unverrückbar bestehen bleibt, da wir nicht nur Demokraten, sondern auch Socialisten und Kommunisten sind und bleiben.“

Aus Industrie und Handel.

Oberschlesisches Kohleisen-Syndikat. Die Verhandlungen betref-
fend die Verlängerung des Ende 1904 ablaufenden ober-schlesischen Kohleisen-Syndikats sind, wie aus Oberschlesien gemeldet wird, bis nach der Entscheidung über die bekanntlich in der Schwere befindlichen Ver-
handlungen wegen Bildung des großen deutschen Stahlwerkverbandes vertagt worden. Man hofft, daß diese Entscheidung so getroffen werden wird, daß die betref-
fende Kohleisen-Syndikats dann weiter zu führenden Verhandlungen Anfang nächsten Jahres wieder werden aufgenommen werden.

Der Allgemeinen Electricitätsgesellschaft ist vom Magistrat der Stadt Schwerin in Mecklenburg die Ausführung der maschinellen Anlagen eines Electricitätswerkes mit Generator-Gasbetrieb über-
tragen worden. Die Ablaßleistung, Montage usw. ist bei diesem Auf-
trage nicht einbezogen, sondern soll noch einmal öffentlich aus-
geschrieben werden.

Erhöhung der Lederpreise. Der württembergische Gerberverein hat ange-
sichts der andauernden Steigerung der Preise für Rohmaterialien eine Erhöhung der Lederpreise von 5 bis 10 M. für den Centner beschlossen.

Zur wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Aene Horvating Company, eine der größten ameri-
kanischen Rohwoll-landwirtschaftlicher Geräte, hat sich genötigt ge-
sehen, ihre Geschäfte in die Hände eines Gläubigertrusts zu legen und um Stundung ihrer Verbindlichkeiten nachzusuchen. Die Aktien der Gesellschaft werden auf 4 Millionen Dollar geschätzt.

Der englische Eisenmarkt zeigt sich bereits im Gegenfah zum deutschen Inlandsmarkt vielfach von den amerikanischen Verhältnissen beeinflusst, wenn auch von einer eigentlichen Depression noch kaum gesprochen werden darf. Der „Frankfurter Zeitung“ wird darüber geschrieben:

Auf zur Flugblatt-Verbreitung!

Parteigenossen und Genossinnen! Die Bedeutung der Landtagswahlen soll der Bevölkerung von neuem in einem Flugblatt veranschaulicht werden, das am Sonntag in der Frühe verbreitet wird.

In Berlin selbst beginnt die Flugblatt-Verbreitung acht Uhr, während in den Vororten zum Teil ein früherer Termin angesetzt ist.

Erster Wahlkreis: Hahn, Stralauerstr. 48. Weichardt, Grünstraße 21. Glawe, Krausenstr. 18. Ranzel, Dorotheenstr. 69. Wolff, Rauerstr. 50. Rabitz, Flensburgerstr. 24.

Zweiter Wahlkreis: O. Kuntze, Bülowstr. 50. Wötcher, Steinmeyerstr. 29. Niderst, Steinmeyerstr. 35. Marsch, Alvenslebenstr. 15. Nähnelt, Blumenhofstr. 5. W. Gruns, Wilmbergstr. 146. F. Ohnesorge, Markgrafenstr. 102. R. Augustin, Lindenstr. 69. F. Lehmann, Friederichstr. 10. G. Stömer, Zimmerstr. 24. Wieprecht, Schlegelstr. 15/19. J. Sasse, Hornstraße 2. R. Werner, Hagelbergstraße 2. F. Reichtach, Hagelbergstraße 23. F. Kreuz, Velle + Alliancestr. 74a. Borgfeldt, Arndtstr. 35. J. Thomsen, Weisenaustraße 30. E. Seidel, Wittenwalderstraße 16. Paul Scholz, Postenstraße 1. Ede Voratherstraße. Jul. Fischer, Boedstraße 7. F. Ewald, Schönleinstr. 6. Patzsch, Gräferstr. 31. E. Lindemann, Moritzstr. 9. Schulz, Wasserthorstr. 14.

Dritter Wahlkreis: Schmeber, Admiralstr. 21; Krüger, Raunynstraße 54; Hild, Simeonstr. 23; Jacharowich, Brandenburgerstr. 49; Straman, Ritterstr. 123; Wendt, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Sebasianstr. 7. Keller; Komuk, Pringenzstr. 59; Lenz, Alte Jakobstraße 90; Achterberg, Waldbergstr. 62.

Vierter Wahlkreis: 1. Abteilung: Kausch, Winkstr. 12; 2. Abteilung: Hahn, Katharinenstraße, Ede Landwehrstraße; 3. Abteilung: Knösch, Dittenstr. 10; 4. Abteilung: Rait, Dragonerstr. 15; 5. Abteilung: Birth, Auguststr. 51; 6. Abteilung: Wittchow, Allee Hamburgerstr. 27, Ede Elbasserstraße; 7. Abteilung: Schlig, Luisenstraße 26.

Im vierten und sechsten Wahlkreis erhalten die Parteigenossen das Material in den bekannten Bezirkslokalen.

Preis: 7 1/2 Uhr bei Weniger, Werderstr. 27.

Charlottenburg: 8 Uhr bei Waade, Keringstr. 25. Pasche, Potsdamerstr. 44. Müller, Kofenstr. 3. Gimpel, Dönanbrüderstraße 4. Dörre, Wallstr. 90. Watsch, Seeseheimerstr. 11. Fischer, Pestalozzistr. 84. Nötiger, Leibnizstr. 3. Stolzenburg, Lutherstr. 43.

Friedenau: Treffpunkt 7 1/2 Uhr bei Grube, Kaiser-Allee und Stubenrauchstraße.

Friedrichshof: 8 Uhr bei Boffe, Luisenstr. 20, und Satrowski, Karlsruhstr. 22.

Grünau: Treffpunkt 8 Uhr an der Grünen Ede.

Köpenick: 7 Uhr bei Köchly und Stippelohl.

Nieder-Schöneeweide: 7 1/2 Uhr bei Franz.

Nixdorf: 7 1/2 Uhr an den bekannten Stellen.

Schöneberg: 7 1/2 Uhr bei Ständer, Hohenstaufenstraße 79.

Schilling, Kyffhäuserstraße 16. Krüger, Grunewaldstraße 110.

Döring, Merseburgerstr. 7. Obst, Reiningenstr. 8. Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8. Reimer, Hohenriedbergstr. 20. Hoffmann, Cheruskerstr. 16. Ruitenberg, Frey Mutterstr. 3. Röll, Spohnholzstraße 34.

Schmargendorf und Kolonie Grunewald: 7 1/2 Uhr im Wirtshaus Schmargendorf.

Steglitz: 7 1/2 Uhr: 1. Bezirk: Schellhase, Hornstraße 15a.

2. Bezirk: Wolf, Schildhornstraße. 3. Bezirk: Lech, Florastraße.

4. Bezirk: Krüger, Heelestraße. 5. Bezirk: Kramer, Marksteinstraße. 6. Bezirk: Kratoch, Potsdamerstraße 7.

Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde. 8 Uhr: Tempelhof: Martin Müller, Berlinerstr. 41/42. Dreibrodt, Ringbahnstr. 12.

Mariendorf: G. Reichardt, Chaussee 16. — Marienfelde: Dietmann, Großbeerstraße. — Hafenselde: Kühner, Hafenselde 89.

Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr: 1. und 2. Bezirk bei Ratusch, Umlandstraße 71. 3., 4., 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40. 6. Bezirk bei Rudloff, Bruchsalstr. 13. 7. Bezirk bei Hipert, Kurfürstendamm 120.

Treptow-Baumhuleneweg: 8 Uhr: Riefholzstr. 6. Neue Krug-Allee Nr. 62 und Baumhulenestr. 84—85.

Weißensee: 8 Uhr bei: Scorzewski, König-Chaussee 19. Garz, König-Chaussee 55. Korb, Behderstr. 122. Schubert, „Zur Flora“, Gustav-Doberstr. 142.

Ein Nachspiel zur China-Expedition.

Halle, den 23. Oktober.

Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand heute der Reichstags-Abgeordnete Fritz Kunert unter der Anklage, das deutsche ostasiatische Expeditionscorps öffentlich beleidigt zu haben.

Des weiteren hatte Kunert zunächst geltend gemacht, daß der am 15. Juni 1903 vom Kriegsminister mit dem Ersuchen um äußerste Beschleunigung des Verfahrens gestellte Strafantrag nicht zu Recht bestehe, da das Expeditionscorps damals bereits aufgelöst war, mithin auch kein militärischer Vorgesetzter das Recht mehr besitze, Strafantrag für eine nicht vorhandene Korporation und für ehemalige Mitglieder derselben zu stellen.

Der weitere Verlauf der Angelegenheit, soweit er der heutigen öffentlichen Verhandlung vorausgeht, ist nicht ohne Interesse. Zunächst ist das Gericht auf den Antrag, die kriegsgerichtlichen Akten einzufordern, nicht eingegangen; dann wurde auch der Antrag auf Ladung von 39 Zeugen, den Kunert gestellt hatte, mit der Begründung abgelehnt: der Umfang der Beweisaufnahme werde in der mündlichen Verhandlung festgelegt werden.

Bekanntlich ist bei den drei China-Prozessen gegen den „Vorwärts“, bei denen die Rechtsanwälte John, Robert Schmidt und Schröder zu 7, 6 und 4 Monaten

Gefängnis verurteilt worden sind, der im Hauptprozeß angetretene Wahrheitsbeweis dadurch unnützlich geworden, daß das Gericht die behaupteten Tatsachen für „Arteile“ erklärte und nur wegen formaler Beleidigung auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches verurteilte.

Den Vorsitz in der heutigen Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Fromme; die Verteidigung ruht in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Heinemann-Berlin und des Justizrats Herzfeld-Halle.

Die Zeugen.

Beim Zeugenaufmarsch erschienen auch die elf von der Verteidigung geladenen Zeugen.

Vorsitzender: Ich kenne diese Zeugen nicht. Das Gericht hat nur die drei Zeugen Reibert, Kohl (die beiden Polizeibeamten) und Büchöl (der Vorsitzende der Versammlung) geladen. Die anderen Zeugen existieren für mich vorläufig nicht. (Die Zeugen verlassen wieder den Saal.)

Verteidiger Heinemann: Ich habe diese elf Zeugen geladen und dem Gericht und der Staatsanwaltschaft davon Mitteilung gemacht.

Vorsitzender: Was soll damit werden?

Verteidiger: Ich beantrage Ihre Vernehmung.

Vorsitzender: Verzichtet der Angeklagte auf die Vernehmung der übrigen Zeugen, die er noch namhaft gemacht hat?

Kunert: Nein!

Vorsitzender: Dann geht das nicht, daß wir diese elf Zeugen jetzt vernehmen. Wir haben doch hier Strafprozeß und nicht Zivilprozeß. Ich habe unterm 10. Oktober verfügt: Der Antrag auf Aufhebung des Termins vom 23. Oktober wird abgelehnt. Die Vernehmung der Zeugen bleibt einem späteren Termin vorbehalten.

Verteidiger: Ich habe diese Verfügung ein paar Tage vor dem Termin erhalten, als die Zeugen längst geladen waren.

Vorsitzender: Ich habe genau so gehandelt, wie das Gesetz vorschreibt. Wenn das Gericht überhaupt den Wahrheitsbeweis für notwendig erachtet, so kann auf die Vernehmung der anwesenden Zeugen nur dann eingegangen werden, wenn der Angeklagte auf die anderen Zeugen verzichtet, denn sonst muß die Sache vertagt werden und die heutige Vernehmung wäre pro nihilo.

Damit schließt dies kleine Vorspiel.

Die „Beleidigung“.

Der Angeklagte erklärt hierauf, wie in der ersten Verhandlung, dem Sinne nach gesagt zu haben: „Soldaten der Infanteriedivision, zu der auch unsere Soldaten gehört haben, haben in China Verwüstungen, Plünderungen und Schändungen geschlechtlicher Art verübt.“

Vorsitzender: Der Zwischenfall, der sich auf die deutschen Soldaten bezieht, sollte wohl nur rein geschichtlich festgestellt, daß sie mit zu den Infanteriedivisionen gehört haben, ohne daß damit behauptet werden sollte, daß sie zu denen gehört haben, die Schändungen und Plünderungen vorgenommen haben?

Kunert: Ich habe schon in der vorigen Verhandlung ausdrücklich erklärt, daß ich dabei auch an deutsche Soldaten in bestimmtem Umfang gedacht habe.

Vorsitzender: Sie haben daran gedacht, daß deutsche Soldaten dabei beteiligt sein könnten, aber Sie haben nicht erklärt, daß Sie diesen Gedanken in der Versammlung zum Ausdruck gebracht haben.

Die Vernehmung der beiden Polizeibeamten, die nunmehr erfolgt, ergibt einen gewissen Widerspruch. Kommissar Reibert behauptet nämlich, daß er sich sofort folgenden Wortlaut der Äußerung notiert habe: „Unsere Soldaten haben dort das Land verwüstet, geplündert und die Frauen geschändet.“

Kunert: Ich habe schon in der vorigen Verhandlung ausdrücklich erklärt, daß ich dabei auch an deutsche Soldaten in bestimmtem Umfang gedacht habe.

Vorsitzender: Sie haben daran gedacht, daß deutsche Soldaten dabei beteiligt sein könnten, aber Sie haben nicht erklärt, daß Sie diesen Gedanken in der Versammlung zum Ausdruck gebracht haben.

Die Vernehmung der beiden Polizeibeamten, die nunmehr erfolgt, ergibt einen gewissen Widerspruch. Kommissar Reibert behauptet nämlich, daß er sich sofort folgenden Wortlaut der Äußerung notiert habe: „Unsere Soldaten haben dort das Land verwüstet, geplündert und die Frauen geschändet.“

Während Kommissar Reibert zuerst meint, die Äußerung könne auch den Wortlaut gehabt haben, den der Zeuge Kohl behauptet, erklärt er schließlich, daß der Satz doch nur so gelautes habe, wie er ihn sofort nachgeschrieben habe, und daß ihm die stärkere von Kohl behauptete Fassung nicht entgangen wäre, wenn sie der Redner gewähnt hätte.

Der Angeklagte bestreitet, so unglücklich sinnlos Zeug gesprochen zu haben. . . .

Vorsitzender: Diese Ausführungen sind Sache des Plaidoyers.

Während die beiden Polizeibeamten übereinstimmend erklären, daß Kunert in diesem Zusammenhang nicht von der Infanteriedivision im allgemeinen, sondern ausdrücklich von den deutschen Truppen gesprochen habe, erklärt der Zeuge Büchöl, der als Leiter der Versammlung unmittelbar neben dem Redner gesessen hat, daß dieser von den Infanteriedivisionen im allgemeinen gesprochen habe und daß er eine Äußerung, wie sie die Polizeibeamten behaupten, nicht gehört habe. Die übrigen Vorstandsmitglieder hätten die gleiche Wahrnehmung wie er gemacht.

Beweisanträge.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen bemerkt der Vorsitzende: Soweit war das vorige Mal verhandelt worden. Der Staatsanwalt hatte den Strafantrag gestellt. Da erklärte der Angeklagte: Wenn das Gericht annehmen sollte, daß ich eine Äußerung getan habe, die geeignet ist, deutsche Soldaten zu beleidigen, dann sehe ich mich genötigt, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Bei diesen Worten wollte mir der Angeklagte ein großes Aktenkonvolut überreichen. Ich habe darauf gesagt: Das geht nicht. Wenn das Gericht dazu kommen sollte, den § 186 in Betracht zu ziehen, dann haben Sie den Beweis der Wahrheit selbst zu führen. Ich gebe Ihnen drei Wochen Frist, Ihre Zeugen zu nennen. Innerhalb dieser drei Wochen hat der Angeklagte 39 Zeugen namhaft gemacht, die in aller Welt zerstreut leben und unmöglich alle zu laden sind und deren kommissarische Vernehmung sehr weitausläufig ist. Bevor aber hierüber die Entscheidung fällt, muß ich durch einzelne konkrete Fragen die Persönlichkeit derjenigen Zeugen ermitteln, die der Angeklagte bisher nicht genau benannt hat.

Diese Feststellung wird vorgenommen. Dabei ergibt sich, daß der Angeklagte den Namen des chinesischen Kriegsreporters der „Frankfurter Zeitung“ bisher nicht ermitteln konnte.

Seitens des Vorsitzenden werden der Verteidigung zur Vervollständigung der Zeugenliste, im Falle daß das Gericht den Wahrheitsbeweis beschließen sollte, zwei weitere Wochen Frist gegeben. Nachträglich wird von der Verteidigung noch als Zeuge benannt Schriftsteller Frederik Cormik in Peking, Amerikanische Gesandtschaft.

Die Plaidoyers.

Der Staatsanwalt führt aus, nach Ansicht der Anklagebehörde habe der Angeklagte den Satz in der Form ausgesprochen: „Unsere Soldaten haben das Land dort verwüstet, geplündert und die Frauen geschändet.“ Diese Beleidigung beziehe sich auf alle deutschen

Soldaten, die an dem chinesischen Feldzuge teilgenommen haben. Es werden ja häufig die allerunwahrscheinlichsten Behauptungen aufgestellt, nur um Stimmung bei einer urteillosen Jähresversammlung zu machen. Der Angeklagte hat die Mitglieder der chinesischen Expedition in Grund und Boden verdammen wollen, sie als Menschen darstellen wollen, die nichts begangen hätten als Verbrechen. Da alle Soldaten als betroffen zu betrachten sind, so ist ein Wahrheitsbeweis unerheblich. Es kann höchstens bewiesen werden, daß der oder jener Mann in irgend einem Bataillon, irgend einem Regiment sich irgend etwas hat zu Schulden kommen lassen, daß aber die unendliche Mehrzahl der Truppen sich brav gehalten hat. Deshalb ist der Wahrheitsbeweis als unerheblich abzulehnen. § 193 Wahrung berechtigter Interessen kommt gar nicht in Frage. Bezüglich der Frage, ob der Strafantrag des Kriegsministers formell berechtigt ist, führte der Staatsanwalt aus, nicht das Expeditionscorps als solches sei beleidigt, sondern die einzelnen Mitglieder desselben. Diese aber seien entnommen aus sämtlichen Truppenkontingenten, hauptsächlich aus dem preussischen und den Preußen unterstellten Kontingenten. Für diese Soldaten, die zum großen Teil wieder in die Armee zurückgeführt seien, sei der Strafantrag des Kriegsministers durchaus rechtmäßig. Angesichts der Vorstrafen des Angeklagten und der Gräueltaten der Beleidigung beantrage er wieder eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und Publikationsbefugnis für den Kriegsminister.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann legt dar, ein rechtmäßiger Strafantrag liege nicht vor. Die Äußerung vom Bewußtsein scheide als Beleidigung überhaupt aus, da der Krieg selbstverständlich Verwüstungen mit sich bringe. Bezüglich der Plünderung und der Schändung von Frauen habe Kunert mit seinem Worte gesagt, daß die Soldaten diese Taten in Ausübung ihres Dienstes begangen hätten. Danach sei der Kriegsminister nicht zur Stellung des Antrages berechtigt gewesen. Auch falle eine Beleidigung, die sich gegen eine bereits aufgelöste Körperschaft richte, nicht mehr unter die Antragsberechtigung des Vorgesetzten. Das Verfahren müsse deshalb eingestellt werden.

Ueber den Wortlaut der inkriminierten Äußerung, fuhr der Verteidiger fort, sind sich nicht einmal die beiden überwachenden Polizeibeamten einig gewesen. Er beantragt, auch die übrigen Mitglieder des Vorstands in jener Wahlversammlung darüber zu befragen. Redner lehnt aber jede weitere Interpretation des Satzes ab und erklärt sich bereit, den Wahrheitsbeweis zu führen für die Äußerung, wie sie die Anklagebehörde als gethan annimmt. Die Zeugen werden befragen, daß unsere Soldaten in China geschändet, geplündert und verwüstet haben. Die Auffassung des Staatsanwalts, daß man die Wahrheit der Behauptung nur für einzelne Soldaten annimmt und deshalb zu einer Verurteilung kommt, ist rechtlich unmöglich. Die ordnungsmäßig geladenen Zeugen müssen unter allen Umständen vernommen werden, mag das Gericht ihre Aussagen für erheblich halten oder nicht. Darüber läßt das Gesetz keine Wahl. Die Zeugen müssen gehört werden! Ich beantrage prinzipiell, das Verfahren einzustellen, eventuell weitere Zeugen über den Wortlaut der Äußerung des Angeklagten zu vernehmen und endlich, Zeugen zu vernehmen über die Wahrheit der Behauptung selbst.

Der Vorsitzende richtet hierauf an Rechtsanwalt Dr. Heinemann die Frage, ob die Verteidigung für den Fall, daß die heute von ihr geladenen Zeugen das Beweisthema bestätigen, auf die Vernehmung der übrigen von ihr namhaft gemachten Zeugen verzichte.

Dr. Heinemann verneint diese Frage, falls nicht das Gericht zu einer Freisprechung gelange.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld führt aus: Die Äußerung ist in der von Kunert selbst behaupteten Form als richtig anzunehmen. Dafür kommt auch in Betracht, daß er von 50 000 Soldaten gesprochen hat, während das deutsche Expeditionscorps nur aus 20—25 000 Soldaten bestand hat. Eine genaue Feststellung des Wortlautes wird nicht mehr zu erreichen sein; selbst stenographierte Reden müssen später ja häufig noch berichtigt werden. Aus welchen Motiven hat der Angeklagte seine Äußerung gethan? Er ist seiner politischen Stellung nach ein Gegner des Krieges und des Militarwesens und möchte von denselben Ideen geleitet sein, die auch Berta von Suttner in ihrem Buche: „Die Waffen nieder!“ ausgesprochen hat. Vielleicht wollte der Angeklagte sagen: „Selbst die deutschen Soldaten haben trotz ihrer Nüchternheit und Disziplin in China geraubt, geplündert und geschändet, da sehr für die verwerlichen Wirkungen des Krieges!“ Danach würde der Angeklagte ohne weiteres strafrei angesehen werden. Er hat auch keineswegs sagen wollen, daß jeder einzelne Soldat es getan habe, sondern: „So etwas ist leider Gottes auch bei uns vorgekommen.“ Ich halte den Wahrheitsbeweis ebenso wie der Staatsanwalt für absolut überflüssig, denn die Wahrheit dieser Thatsache würde ohne weiteres angenommen werden müssen. Es ist von vornherein nicht anzunehmen, daß die 20 000 nach China eingeschifften deutschen Soldaten lauter Engel gewesen sein sollten, im Kriege wieder immer wieder Raub und Plünderung vorzunehmen, dagegen hilft alle Disziplin nichts. Hingzu kommt noch das angedeutete Beispiel, das vielleicht die andern Heere, zum Beispiel die englischen Soldaten gegeben haben. Aus rechtlichen und thatsächlichen Erwägungen muß man schon heute zur Freisprechung des Angeklagten gelangen.

Der Angeklagte bestreitet, daß er alle deutschen Soldaten habe beleidigen wollen; er habe nur eine unbestimmte Anzahl von Mitgliedern gemeint. Eine solche Unterstellung wie die des Staatsanwalts, daß alle Soldaten gemeint seien, sei ihm noch nicht vorgekommen. Es sei schlagend erwiesen, daß das Verfahren auf seiner gesetzlichen Basis beruhe. Kriegsminister von Goehler, der den Strafantrag gestellt habe, müsse aus den kriegsgerichtlichen Strafakten wissen, daß deutsche Soldaten in China geplündert, verwüstet, geschändet und chinesische Frauen und Mädchen geschändet haben. Wie kam ein Antragsteller unter diesen Umständen einen Strafantrag mit dem Ersuchen um Beschleunigung des Verfahrens stellen, wo ihm doch aus den Akten bekannt sein muß, daß ich die Wahrheit gesagt habe?

Vorsitzender: Ich ersuche den Angeklagten, nur über das zu reden, was Gegenstand der Verhandlung und der Beweisaufnahme ist. Ich ersuche Sie, zur Sache zu reden! Sie haben Vermutungen ausgesprochen, die uns ganz gleichgültig sein können. Ich kann das nicht nachprüfen.

Angeschuldigter: Ich werde auf diesen Punkt zurückkommen bei dem Beweisantrag, diese Strafakten einzufordern.

Vorsitzender: Ich muß bitten, mir spezifizierte Aktenstücke anzugeben, sonst bin ich nicht in der Lage, dem nachzugehen. Wenn Sie Akten vorgelegt wissen wollen, so bitte ich, mir die Akten zu benennen.

Angeschuldigter: Das mir vorliegende Material wird sicher die Wahrheit der mir zugeschriebenen Behauptung beweisen. Ich habe hier eine größere Anzahl von Briefen, die China-Krieger geschrieben haben. Ich habe meine Äußerung gethan, fußend auf Ausführungen deutscher und ausländischer Schriftsteller, wie der Kriegsberichte der „Frankfurter Zeitung“, der „Kölnischen Zeitung“, der „Kölnischen Volks-Zeitung“ usw. Ich habe als Zeugen geladen u. a. die Kriegs-Verichterstatter Dr. Wegener und Jabel, beide mit genauer Adresse.

Vorsitzender: Mit Rücksicht auf die Differenz, die zwischen dem Staatsanwalt und dem Angeklagten über den Sinn von „unsere Soldaten“ besteht, frage ich den Verteidiger, ob er durch die benannten 40 Zeugen nachweisen will, daß diese Taten in einem größeren Umfang stattgefunden haben sollen.

Dr. Heinemann: Ja, in einem sehr großen Umfang. Vorsitzender: Daß unter 20 000 Soldaten einzelne sind, die so gehandelt haben könnten, würde für den Entlastungsbeweis nur dann wesentlich sein, wenn man unter „unsere Soldaten“ nur „einzelne Soldaten“ versteht.

Kunert: Wir halten den Antrag aufrecht, die Strafen gegen die Soldaten einzufordern. Nach Mitteilungen von Soldaten in die Heimat müssen zahlreiche Bestrafungen in China stattgefunden haben. Kapitän Langreuther vom „Norddeutschen Lloyd“ hat auf seinem eignen Schiff einer kriegsgerichtlichen Sitzung beigewohnt, in der gegen einen Frauenschänder, einen deutschen Soldaten, verhandelt wurde. Auch die Bestrafung des Kriegsministers Gohler im Reichstag vom 10. Februar 1900 deutet auf die Existenz solcher Strafen hin, ebenso die Äußerung des Generals v. Kessel in einem fälschlichen Prozeß, wonach schwere Prozesse gegen Offiziere und Gemeine geschwiebt haben. Wegen Plünderung in China ist ein Krankesträger zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ein Wäcker Alwin Wode erhielt 5 Jahre Gefängnis wegen Plünderung, ein Soldat des Expeditionscorps Wilhelm Grünberg 12 Jahre 6 Monate Zuchthaus wegen Totschlags und Körperverletzung. Joseph Sierpinski wurde wegen Diebstahls in Feindesland mit 9 Jahren 8 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft. Hermann Schierling aus Elbing ist wegen Verletzung — es handelt sich hier auch um Tötung eines Chinesen — mit 3 Jahren bestraft worden. Die Zeugen, die ich mitgebracht habe und die vor der Thür stehen, werden das, was ich gesagt habe, in Dutzenden von Fällen bestätigen können. Es liegt doch nichts im Wege, das kriegsgerichtliche Aktenmaterial einzufordern, soweit es sich auf Verwüstung, Plünderung und Schändung bezieht. In jedem Bataillons-Appell, in jedem Compagnie-Appell wurden den Leuten Bestrafungen, die erfolgt waren, als abschreckendes Beispiel mitgeteilt. Es ist von mir bereits genannt worden der Kommandant des Expeditionscorps, Herr v. Kessel. Außer diesen beantrage ich auch Kriegsminister v. Gohler als Zeugen zu laden. Ueber Verwüstung, Plünderung und Schändung steht mir ein reiches Material zur Verfügung. Auch ausländische Zeugen können erweisen, daß Hunderte und Tausende von Mädchen und Frauen in China geschändet, vergewaltigt worden sind und daß daran unsere deutschen Soldaten bis zu einer gewissen Grenze partizipieren.

Der Wahrheitsbeweis wird geführt!

Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Nach längerer Zeit verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: Innerhalb 14 Tagen sind nach den heute beregten Angaben die Beweisunterlagen zu vervollständigen bei Vermeidung späterer Nichtberücksichtigung. Weiter soll vom Kriegsministerium eine amtliche Auskunft erbeten werden darüber, welchen Umfang die Stellung des Kriegsministers zum ostasiatischen Corps hatte, namentlich ob sie sich nur bezog auf die preussischen Mitglieder desselben oder auf alle. Auch über die Größe des Infanteriecorps soll das Kriegsministerium um amtliche Auskunft ersucht werden. Es soll ferner ersucht werden, alle Akten einzureichen, in denen gegen Mitglieder des ostasiatischen Corps wegen Raub, Plünderung oder Schändung Verfahren geschwiebt haben. Außerdem sollen die weiteren Vorstandsmitglieder der betr. Wählerversammlung als Zeugen vernommen und ebenfalls sämtliche bereits vom Angeklagten benannten Zeugen vor Gericht geladen werden. Die ausländischen Zeugen sollen vor dem neuen Verhandlungstermin konmissarisch vernommen werden. — Damit schließt die Verhandlung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Köpenick. Das Parteiprotokoll kann für 10 Pf. vom Kassierer Ahring, Gartenstr. 14, in Empfang genommen werden.

Grünau. Der Wahlverein feiert heute Abend im Lokale des Herrn Duhauffour sein Stiftungsfest.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute Abend bei „Franz“ seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. In derselben gelangen die Protokolle des Parteitages zur Ausgabe.

Schmargendorf und Grunewald. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Restaurant „Sanssouci“, Kuhlaerstr. 20, eine Volksversammlung statt mit einem Vortrag des Stadtverordneten Genossen Baake über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie im preussischen Landtage“. Zahlreicher Besuch, auch der Frauen, wird erwartet.

Rixdorf. In der Volksversammlung in der „Neuen Welt“ ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Der Verlierer kann sich dasselbe bei Genossen Böse, Kopstr. 28, abholen.

Lokales.

Die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Freisinn

hat sich in der letzten Stadivernordneten-Sitzung wieder einmal in ihrem wahren Lichte gezeigt. Die Beschlußfassung über die Bestellung der Aktenwagen für die städtischen Bureaus ist, wie unsere Leser aus dem Bericht der Freitagnummer erfahren haben, zunächst noch um acht Tage hinausgeschoben worden, aber es ist wirklich nicht das Verdienst des Freisinn, daß diese Vorlage nun noch einmal unter die kritische Lupe genommen werden kann. Keiner der Freisinnigen hatte sich daran gethan, daß der Unternehmer, der bei der öffentlichen Ausschreibung die Mindestforderung gestellt hatte und den Zuschlag erhalten sollte, seinen Kutschern nur 18 M. Wochenlohn zahlen will. Man hatte die Absicht, unbedenklich den Wunsch des Magistrats zu erfüllen und diesem Unternehmer den Zuschlag zu erteilen. Wieder einmal war es uns Socialdemokraten vorbehalten geblieben, auf diesen heißen Punkt hinzuweisen.

Auch als die Vertreter des Freisinn auf die geringe Höhe des Kutscherslohnes aufmerksam gemacht worden waren, als unser Redner Genosse Singer die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss gefordert hatte, war man noch entschlossen, sie auf der Stelle so anzunehmen, wie sie war. Die Redner der Mehrheitsfraktionen hatten rasch erkannt, um was es sich handelte. Die Stadivernordneten soll sich einmischen in das Verhältnis der Unternehmer zu ihren Arbeitern, soll sich darum kümmern, wieviel Lohn die Arbeiter derselben Unternehmer erhalten, die mit der Stadtgemeinde Geschäfte machen wollen? **Beizeide nicht!** „Das ginge denn doch zu weit“, eiferte Herr Esman, der bekannte Zimmer- und Maurermeister usw., „das ginge zu weit“, bestätigte Herr Dove, der für die größte Gruppe der Versammlung, die „Alte Linke“, sprach. Die Männer der „Neuen Linken“ sagten nicht, was sie dachten. Aber nachher, als über den Antrag auf Ausschussberatung abgestimmt wurde, schlug der größte Teil dieser stumm gewordenen „Arbeiterfreunde“ sich auf die Seite der Esman und Konsorten.

Als dann Singer dagegen Einspruch erhob, daß auf die erste Beratung sogleich die zweite folge, zeigte sich aufs neue, wie wenig dem Freisinn an einer gründlichen Prüfung der Sache lag. Der Vorsitzende Stellvertreter ließ hier gegen alle Gewohnheit noch durch Handaufheben feststellen, ob der Widerspruch auch wirklich von den erforderlichen 15 Mann unterstützt wurde. Er mochte sich sagen, daß diese Probe bei der schwachen Besetzung des Saales — die Sitzung neigte sich bereits ihrem Ende zu — vielleicht nicht ganz unnütz sei. Unsere Genossen waren noch in der Lage, die 15 Stimmen allein aufzubringen. Und die Freisinnigen? Ein einziger von ihnen gestellte sich den Socialdemokraten bei, ein einziger vermochte es über sich, mit dagegen zu protestieren, daß die Vorlage unbeschoren angenommen und der Zuschlag dem Unternehmer erteilt werde, der seine Kutschern mit wöchentlich 18 Mark

entlohnt. Und selbst dieser eine ließ noch die Hand sinken, als die Auszählung vorgenommen werden sollte, und wurde erst durch Zurufe unserer Genossen veranlaßt, sie aufs Neue zu erheben.

Herr Michels, der Vorsitzende-Stellvertreter, ist ein sehr korrekter Herr. Manchem treibt er seine Sucht, „korrekt“ zu sein, so weit, daß er ins Gegenteil umschlägt und sich blamable Inkorrektheiten zu Schulden kommen läßt. Diesmal aber danken wir ihm für seine Genauigkeitsucht. Der Eigensinn, mit dem er das Handaufheben forderte, hat zu einer Festsetzung freisinniger „Arbeiterfreundlichkeit“ geführt — gegen seinen Willen, aber ganz nach Vorschrift.

207 Kilometer in der Stunde. Der elektrische Siemens-Wagen hat am Freitag seine letzte Glanzleistung (201 Kilometer) noch übertraffen: er fuhr stellenweise mit der schier ungläublichen Geschwindigkeit von 207 Kilometer per Stunde! Die Herren Arnold und Wilhelm v. Siemens, sowie die Geheimräte Lachner, Zimmermann und v. Dorries, Regierungsbaumeister Denninghoff von der Studien-Gesellschaft u. a. machten die Fahrten mit. Der Schnellmotor legte die Strecke bis Posen zweimal zurück, das eine Mal feuerte ihn Oberingenieur Dr. Reichel, das andre Mal Ingenieur Eshardt. Auf der Station Dahlewitz hatte sich wieder ein zahlreiches Publikum eingefunden, darunter auch, unter Führung eines Ingenieurs der Firma Siemens u. Halske, die beiden belgischen Eisenbahntechniker, welche im Auftrage ihrer Regierung die elektrische Zugförderung in Berlin studieren sollen. Dahlewitz hat zwar keine Wartezimmer, aber keine Erfrischungstation; in Erwartung des Schnellmotorwagens aber hält das Publikum trotzdem stundenlang auf dem zugigen Bahnsteig aus. Man kam von hier aus nach Posen zu etwas über zwei Kilometer, nach Berlin zu über 4 1/2 Kilometer, zusammen also rund eine Meile der ziemlich geraden Bahnstrecke übersehen. Diese ganze Strecke legte der Siemens-Wagen in nicht ganz 1 1/2 Minuten zurück, so daß der Leser sich das Schauspiel ungefähr ausmalen kann, das sich hier dem Beobachter bei Vorüberfahrt des Schnellmotors bietet. Freilich muß man in den 1 1/2 Minuten scharf aufpassen. Wenn das Hornsignal des Militärpostens ertönt, dauert nur noch Augenblicke und der Schnellmotor ist am Horizont als flüchtiges Licht; dann aber nimmt er an Umfang und Deutlichkeit „zusehends“ zu: man bemerkt das elektrische Feuerwerk der Oberleitung, man hört ein brausendes Fahrgeräusch und im Nu saust er an uns vorüber, wie die Sturmbräute, im Nu ist er wieder im Verschwinden begriffen. Das Ueberwältigende für den nahestehenden Beobachter liegt in der wahrhaft unheimlichen Vergrößerung des Lokos bei dessen Annäherung; der Beschauer wird an die Zeiten erinnert, da er vor dem plötzlichen Annähern und Wachsen der „Zauberbilder“ zurückschreckte. Es gehört schon ein geübtes Auge dazu, um Personen an den Wagenfenstern sehen zu können — an ein Erkennen derselben ist natürlich gar nicht zu denken. Ein unheimliches Gefühl beschleicht den Beobachter im Moment des Vorbeifahrens, eine respektvolle Stille greift Platz, alles steht wie gebannt, überwältigt von der unheimlichen Macht der elektrischen „Elemente“. Der „wilden, verwegenen Jagd“ wird nunmehr aber eine längere Ruhepause folgen, welche Versuchsfahrten zu rein wissenschaftlichen Zwecken gewidmet sein soll; denn nur so können die bedeutungsvollen Erprobungen der elektrischen Zugförderungs-Versuche für die Praxis verwertet werden.

Der Berliner Katseller ist völlig umgebaut worden und soll heute dem öffentlichen Verkehr wieder übergeben werden. Es sah in den alten Räumen, wo nach überstandener Sitzung auch unsere parteigenössigen Stadtverordneten nicht selten zu finden waren, allerdings ein bißchen verdrängert aus, und so mag mit der Renovierung in diesem Falle gewiß dem ursprünglichen „tiefschulden Bedürfnis“ entsprochen worden sein. In seinem neuen Asteide hat sich der Katseller sehr zu seinem Vorteil verändert. Der Umbau hat vor allem zwei neue Hauptzüge angebracht, die die Königstraße geschaffen, welche über Freitreppe hinweg und durch geräumige Windfänge in die Restaurationsräume führen. Hierbei sind besondere Vorkehrungen für die Abführung des Tagewassers an den Freitreppe getroffen worden. Die Trennung der Bierabteilung für echte und hiesige Biere ist in Fortfall gekommen. Die Südbühne ist nunmehr durchweg dem Saal, die Nordseite dem Sambrinus geweiht. Die Notunde zwischen beiden Abteilungen kann je nach Bedarf der einen wie der andern Restaurationshälfte zugeschlagen werden. Auch die Bureauräume sind entsprechend dem Wachsen des Restaurationsbetriebes vergrößert worden. Für Ferngespräche ist ein eigener Raum installiert worden; ebenso ein solcher für eine kleine Aushilfe, in welcher die auswärtigen Gäste des Katsellerwirts über Verkehrsverhältnisse, Sehenswürdigkeiten usw. jederzeit informiert werden können. Ebenso hat man auch Gelegenheit genommen, die Bedürfnisanstalten mit angemessenen, gut entlüfteten Vorräumen zu versehen. Der Entwurf für den gesamten Umbau rührt vom Stadt-Quinspeltor Dylewski her, dem auch die Leitung der Ausführung oblag.

Trotz der nicht gerade niedrigen Pacht wird der Wirt unter den neuen Verhältnissen wahrlich nicht schlecht fahren, denn der Katseller gehört zu den Stätten, die man als Einheimischer und als Fremder „gesehen haben muß“.

Aber nicht immer scheint der Katseller auf die Berliner Anziehungskraft ausgeübt zu haben. Wir wissen nicht, ob zu Beginn des 18. Jahrhunderts das Ideal der Abstinenz in Berlin zur Wirklichkeit geworden war oder was sonst für Gründe vorgelegen haben; gewiss, als der Magistrat am 3. Januar 1711 eine Bekanntmachung behufs weiterer Verpachtung erließ und alle diejenigen einlud, „so etwas Belieben dazu haben, zu gewarten, wie mit dem Meistbietenden gegen gemessene Sicherheit auf einige Jahre geschlossen werde“, da erschien niemand mit etwas „Belieben zum Schließen“. Auch nicht als der Magistrat vier- oder fünfmal hintereinander die Bekanntmachung erlassen hatte. Erst am fünfzehnten Termin, der am 15. März 1711 abgehalten wurde, fand sich ein Pächter.

Werkwändig zahlreich waren die Bierorten, die damals im Katseller ausgehakt wurden. Es finden sich Grünau, Jerbitz, Axtbuser, Krossener, Zebuser, Bernauer, Ruppiner, Brandenburger, Fürstentwälder, Küstriner, Carthäuser und Köpenicker Bier, außerdem noch Garleh, Ruffenbier, Weigbier und Gerstenbier. Am teuersten war das Jerbitz Bier, das 1 Groschen 8 Pf. das Quart kostete, am billigsten das Weigbier und Gerstenbier mit 5 Pf. für das Quart. Der Pachtzins war im 18. Jahrhundert um einiges niedriger als heute; der Koch Reibekeil zahlte von 1771 bis 1776 jährlich 112 Rthlr., während der Weinbändler Palmis außerdem noch für den Weinausschank 65 Rthlr. entrichtete. Uebrigens müssen zu damaliger Zeit die Berliner immerhin ganz beträchtliches im Alkoholkonsum geleistet haben, denn obgleich das Krossener und Axtbuser Bier von der Besteuerung gänzlich befreit war, sind in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts von dem Rentanden der Nathausischen Getränke-Einlage durchschnittlich 9784 Rthlr. an Steuer eingenommen worden. Das ist für eine Stadt von noch nicht 150 000 Einwohnern unter den damaligen Geldverhältnissen gar nicht wenig.

Berücksichtigung der Ziele. Wie wir gestern mitteilten, sagt die „Berliner Zeitung“ über den am Sonntag von uns veröffentlichten Wahlaufsatz, daß er, wenn wir noch das Socialistengesetz hätten, infolge seiner Wägung unbeanstandet hätte in die Lande flattern können. Dies Urteil, so schreibt uns ein Leser, ruft eine Erinnerung nach, die wieder aufgefrischt werden möge. Bald nach dem Verbot der „Berliner Freien Presse“ im Jahre 1878 wurde unter einem beträchtlichen Aufwand von Kellern in den Straßen Berlins eine Zeitung ganz umsonst unter die Massen geworfen. Ihr Inhalt übertraf die Anhänger der Socialdemokratie sehr, denn man konnte sich kaum enträtseln, wie ein Blatt, das seinen scharfen Artikeln nach in der damaligen Zeit der Unterdrückung als socialistisch gelten konnte, vor den Augen der Behörde Gnade fand. Das ging trotz der Verfolgungswut der

Polizei eine ganze Weile so weiter; ein wunderbar feuriges Rot leuchtete aus den Spalten jenes Blattes hervor, das den Titel „Berliner Zeitung“ führte. Wie kam es, daß Tessenlof und seinem Socialistengesetz zum Trost die Blatt umgehindert erscheinen durfte? Gemach! Die Reichstagswahl von 1881 kam näher und näher, und einige Tage vor dem Wahltermin prangte auf der Titelseite des Blattes das Porträt Eugen Richters, des damaligen Kandidaten für den sechsten Berliner Wahlkreis. Als auch dieser mit gutem Vorbedacht feurig rot gefärbte „Wahlaufsatz“ konnte unter dem Socialistengesetz unbeanstandet durch die Lande flattern. Aber warum ein so feuriges Rot in einem Fortschrittsblatt? Nun es galt die Erbbschaft der „Berliner Freien Presse“ zu ranschen. Wenn der Plan nicht geglückt ist, die „Berliner Zeitung“ trägt keine Schuld daran!

Der Magistrat hat sich gestern eingehend mit dem Erlaß eines Ortsstatuts über die Errichtung einer Pflicht-Fortbildungsschule für die Stadt Berlin beschäftigt. Stadtschulrat Dr. Gerstenberg hielt einen längeren Vortrag und wurde daran anschließend das für und Wider ausführlich erwoogen und schließlich eine Kommission von neun Mitgliedern des Kollegiums mit der weiteren Vorberatung dieser Angelegenheit, die Magistrat und Stadtverordnete schon mehrfach im Frühjahr beschäftigt hat, betraut. Außerdem beschäftigte sich der Magistrat gestern mit dem Verkauf mehrerer städtischer Grundstücke. Zugestimmt wurde dem Verkauf einer Baustelle an der Hofmannstraße in Treptow an den Professor Dr. Blumenthal, einer Baustelle in der Oststraße in Moabit an den Maurermeister Koch und einer Baustelle an der Stralauer Allee, Ecke Warschauer Platz (ehemalige städtische Wasserwerke).

Ein unerwartetes Jubiläumsgeschenk ist einem Herrn B., dem Angehörigen einer hiesigen Kirchengemeinde, zu teil geworden, nachdem er seinen Arbeitern ein Vierteljahrhundert hindurch gedient hat. Es handelt sich um einen der sechs Leichenräger, die die Petrikirche auf ihren Begräbnisplätzen beschäftigt. Der Mann war im Oktober 1878 als Leichenräger für diese Kirchengemeinde fest angestellt worden und konnte also jetzt sein fünfundsiebzigjähriges Dienstjubiläum begehen. Da er in den 25 Jahren keine großen Reichtümer hatte zusammenbringen können, so richtete er im September an den Gemeinde-Kirchenrat ein Gesuch, in dem er auf sein bevorstehendes Jubiläum hinwies und um Gewährung einer Gratifikation bat, wie sie anderwärts, z. B. in der Luisenstadt-Kirchengemeinde, bei einer solchen Gelegenheit bewilligt worden sei. Als Antwort erhielt B. die Kündigung seiner Stelle zum 1. Januar 1904. In dem ihm zugegangenen Schreiben wurde die Kündigung begründet mit „neuerdings wieder vorgekommenen Unregelmäßigkeiten und Unfolgsamkeit im Dienst“. Zugleich wurde dem „unfolgsamen“ Leichenräger nahegelegt, seine Stellung schon jetzt zu verlassen. Wenn er dazu bereit sei, so wolle man ihm eine Entschädigung von 100 M. (Durchschnittsverdienst für ein Vierteljahr) zahlen; wenn er aber bis zum 1. Januar 1904 im Dienst bleibe, dann habe er zu gewärtigen, daß er bei der geringsten Unregelmäßigkeit sofort entlassen werde. Der jetzt zweiundsiebzigjährige Mann hat in den 25 Jahren seine Brotherrn, die Kirchengemeinde und ihre Organe, zur Genüge kennen gelernt. Er wußte, wessen er sich von ihnen zu versehen hatte, und zog es daher vor, die 100 M. anzunehmen und die Stellung sofort aufzugeben. Er leugnet nicht, daß er sich in seinem Dienst wiederholt hat „Unregelmäßigkeiten“ zu schulden kommen lassen. Es handelt sich dabei aber um Versehen, wie sie vielfach mit unterlaufen, um Verspätungen usw., sowie um Reibereien mit dem ersten Leichenräger, der eine Art Aufsichtsrat über die andern hat. Gemöhnlich wird von solchen Zwischenfällen kein großes Aufsehen gemacht, auch dann nicht, wenn diese Versehen sich wiederholen. Doch der Vorschrift gemäß reichten solche summierten Kleinigkeiten allerdings aus, einen Leichenräger aus seiner Stellung zu bringen. Der Gemeinde-Kirchenrat wird sich darauf berufen, daß dem Leichenräger B. nur sein Recht wurde, als man ihn entließ. Und auch, daß vertriehen gegen keine Vorschrift, daß dieser Entschluß jukt in dem Augenblick reifte, wo der Mann vor seinem fünfundsiebzigjährigen Dienstjubiläum stand und um eine Gratifikation bat. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß das Vorurteil doch etwas ungewöhnlich ist und durch die Wahl des Zeitpunktes der Kündigung einiges Auffsehen erregen muß. Haben die Herren Kirchenältesten und Geistlichen der Petriergemeinde dafür kein Empfinden gehabt?

Brückenbauten in Berlin. Die städtische Baudeputation II beabsichtigt, folgende Berliner Brücken in den nächsten Jahren umzubauen: die Grünstraßen-Brücke (Kosten: 380 000 M.), die Inlet-Brücke (670 000 M.), die Augusta-Brücke (400 000 M.), die Dranien-Brücke (440 000 M.), wobei die Entschädigungen, die eventuell den Anliegern zu zahlen sind, nicht mitgerechnet worden sind. Ferner sind folgende Neubauten von Brücken geplant: der über die Ringbahn im Zuge der Tharstraße führenden sogenannten „Schwarzen Brücke“ (350 000 M.), einer Brücke über den Spandauer Schiffsfahrts-Kanal im Zuge der Köpenickerstraße (285 000 M.), Neubau der Bogtowitsch-Brücke (560 000 M.), einer Brücke über die Spree im Zuge einer Straßenverbindung vom Kupfergraben nach der Dranienburgerstraße-Kranenstraße (318 000 M.), der Martensfel-Brücke (880 000 M.), zusammen über 6 Millionen Mark. Mit dem Neubau der Brücke am Kaiser Friedrich-Museum und dem Umbau der Eisernen Brücke ist schon begonnen worden. Diese letztere wird etwa 550 000 M. Kosten verursachen.

Der königlichen Porzellan-Manufaktur in Berlin ist es gelungen, ein neues Verfahren in der Porzellanmalerei herauszubilden, wodurch eine weit glänzendere Wirkung der Farben erzielt wird, als dies die bisherige Technik ermöglichte. Im Schaufenster des Verkaufslagers, Leipzigerstraße 2, ist gegenwärtig eine Anzahl von Schaustücken ausgestellt, die nach diesem neuen Verfahren hergestellt sind. Ueber die Einzelheiten des Verfahrens erzählt die „Vossische Zig.“ folgendes: Zur Verwendung gelangt eine eigenartige Porzellanmasse von besonderer Zartheit und Feinheit der Struktur, deren Zusammenziehung mühevollen Versuchen des verdienten Leiters der Manufaktur, Geheimrat Dr. Heineke entstammt. Die aus dieser Masse hergestellten, zur malerischen Ausschmückung bestimmten Gegenstände werden mit farblosler Glasur überzogen und vollständig wie das gewöhnliche Porzellan fertig gebrannt. Auf dieser Glasur schafft der Künstler mit Farben von besonderer Beschaffenheit, sogenannten Deckfarben, sein Gemälde, das er wiederholt übermalen kann, bis die von ihm beabsichtigte Wirkung erreicht ist. Nach Vollendung der Malerei wird eine zweite Glasur aufgetragen, woraus das Stück nochmals gebrannt wird; die Malerei befindet sich somit zwischen zwei Glasuren. Durch den zweiten Brand wird erreicht, daß die Malerei sich mit der Porzellanmasse zu einem einheitlichen Körper verschmilzt. Im Gegensatz zu den bisher angewandten Unterlagsfarben brennen die neuen Farben nicht weg, sie verändern sich gar nicht im Feuer; dagegen erscheinen sie weit leuchtender als die bisher gebräuchlichen sogenannten Puffelfarben. Die Konturen der Zeichnung treten geradezu plastisch hervor. Die ausgefeilte Sammlung umfaßt Teller und Platten mit Landschaften, ausgeführt von dem Malereivorsteher Riethe, welche durch das stimmungsvolle, weiche Kolorit ungemein wohlthuend auf das Auge wirken; ferner sehen wir Fruchtstücke, Trauben, Birnen, Äpfel, Ähren u. a., welche mit wunderbarer Feinheit der Zeichnung und Farbentönung eine so naturgetreue Darstellung verbinden, wie sie mit den bisherigen Mitteln nicht zu erzielen war; der ausführende Künstler ist der Maler Jädel; auch herrliche Köpfe, gemalt von Breuß, legen Zeugnis davon ab, welche Wirkungen mit dem neuen Verfahren erreicht werden können.

Die Konstant-Salo-Stiftung, unter städtischer Verwaltung stehend, hat den Zweck, bedürftigen und kränklichen, die Gemeindeschulen Berlins beluchenden Kindern beiderlei Geschlechts und ohne Unterschied der Konfession einen mindestens vierwöchentlichen Aufenthalt in gesunder, frischer Luft auf dem Lande oder an der See zu gewähren. Zur stiftungsmäßigen Verwendung blieben für

das Rechnungsjahr 1903 hat 7005,61 Mark verfügbar. Hier- von wurden 1900 Mark dem Frauen-Vereine für Kinderheilstätten an den deutschen Seelstätten zum Besten von 16 Kindern; 4250 M. dem Verein für Ferienkolonien zur Entsendung von 33 Kindern nach Seebad Svitowo i. M. und von 40 Kindern nach Eldenburg; 750 M. zur Unterbringung von 8 kränklichen Mädchen zu sechswochentlichem Sturgebrauche in Bad Salzbrunn überwiesen. Ferner wurden 405 M. zur Beschaffung fehlender Kleidungsstücke und Ausrüstung für arme Kinder behufs Aufnahme in Ferienkolonien unter Vermittlung des genannten Vereins verwendet. Insgesamt sind hiernach 7005 M. verausgabt worden.

Wozu sind die Streckenarbeiter der Stadt- und Ringbahn da? Die Fahrgäste der Stadtbahn können regelmäßig bald an dieser, bald an jener Stelle der Strecke Arbeiter in Thätigkeit sehen, die mit Hade und Schaufel emsig an Bahnlörper hantieren. Die Arbeiter, welche hier ausgeführt werden, dienen der Erhaltung des Bahnlörper und sind für die Sicherheit des Betriebes dringend notwendig. Bei der bekannten Sparamkeit, die der preussischen Eisenbahnverwaltung als oberstes Prinzip gilt, ist wohl anzunehmen, daß, wie in allen Zweigen des Betriebes, so auch für die Unterhaltung des Bahnlörper nur genau so viel Arbeiter angestellt sind, als zur Ausführung der betreffenden Arbeiten unbedingt erforderlich erscheinen. Es muß deshalb Verwunderung erregen, wenn Streckenarbeiter der Stadt- und Ringbahn zu Arbeiten herangezogen werden, für die sie eigentlich nicht bestimmt sind. In den letzten Monaten ist es mehrfach vorgekommen, daß Streckenarbeiter bei Bauarbeiten an der Eisenbahn, die von Privatunternehmern ausgeführt wurden, Hilfe leisten mußten. Als der Bahnsteig des Schlesischen Bahnhofes asphaltiert wurde, mußten Streckenarbeiter alte Eisenbahnswellen heranschaffen und zerhacken, um dem Asphaltur das für die Heizung seiner Asphaltsteine erforderliche Brennholz zu schaffen. Am Bahnhof Zoologischer Garten wurden Straßenpflasterungsarbeiten ausgeführt. Die hierzu erforderlichen Steine wurden mit der Eisenbahn angefahren, von Streckenarbeitern entladen, an die Arbeitsstätte geschafft, und die noch beendeter Arbeit übrig gebliebenen Steine ebenso zurückbefördert. — Für Maurerarbeiten, die am Bahnhof Jannowitzbrücke auszuführen waren, wurden einige Wagenladungen Mauersteine aus Sommerfeld bezogen. Man beförderte diese drei Locomotivfüllende Ladung aber nicht auf den nächsten Wege vom Schlesischen Bahnhof nach der Jannowitzbrücke, sondern eine merkwürdige bureaukratische Anordnung dirigierte die Steine nach dem Bahnhof Charlottenburg, wo sie von Streckenarbeitern umgeladen, auf der Stadtbahn nach der Jannowitzbrücke befördert und dort wieder von Streckenarbeitern entladen wurden.

In allen diesen Fällen zeigt sich das bei der Eisenbahn-Verwaltung herrschende Sparsystem, welches namentlich dort in die Erscheinung tritt, wo es gilt, Arbeitskräfte zu erübrigen. Anstatt für ungehörigste Arbeiten, wie Heranschaffung von Baumaterial und dergleichen, einige Arbeiter einzustellen, die stets zu haben sind, wenn man nicht gar zu sehr mit dem Lohn lauert, werden die Streckenarbeiter ihrer eigentlichen Thätigkeit zeitweise entzogen, was natürlich zur Folge haben muß, daß die Arbeiter bei den Unterhaltungsarbeiten am Bahnlörper, die doch nicht aufgehoben werden können, mehr als nötig angestrengt und überfordert werden. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß diese Folgen des Sparsystems von den Eisenbahn-Arbeitern, die darunter zu leiden haben, schwer empfunden werden. Wenn sie auch ihren Vorgesetzten gegenüber aus naheliegenden Gründen davon nichts merken lassen, so ist die Unzufriedenheit mit dem herrschenden System doch allgemein verbreitet.

Die entführte Marie G., die sich nach ihrem „Jagdabenteuer“ der Vermutung nach zu Verwandten nach Steintin begeben hatte, ist jetzt endlich in das Elternhaus nach Berlin zurückgekehrt.

Zu dem **Vorderruf** und dem **Verständigen** der Frau Martha Donat wird mitgeteilt, daß nach einem andern Briefe die Frau sich nicht glücklich in der Ehe fühlte. In dem Briefe heißt es: „Da ich mit Emil tief unglücklich lebe, habe ich beschlossen, mich und die Kinder zu töten.“ Die Frau bellagte sich über die Eifersucht ihres Mannes und führte ein Beispiel dafür an. In der vergangenen Woche habe ein fremder Mann auf dem Hofe des Hauses, in dem die Familie wohnt, dreimal den Namen „Martha“ gerufen. Das habe ihr Mann auf ihre Person bezogen und ihr zugerufen: „Schere Dich zu Deinem Kerl runter“. Andererseits wird die entflohenen Frau von ihrer Schwägerin als eine äußerst empfindliche Natur bezeichnet. Bisher ist ihr Verbleib nicht festgestellt. Nach dem Dafürhalten von Leuten, die mit dem Wesen der Verführerin bekannt waren, ist die Annahme, daß sie die That im Wahnsinn verübt habe, nicht zulässig. Das vergiftete Kind wird am Leben bleiben.

Cirkus Schumann. Heute Sonntag findet im Cirkus Albert Schumann das Debüt des berühmten Tierbändigers List mit seiner großen Raubtiergruppe statt.

Ein **Vortennoumaie** enthaltend die Sammelliste Nr. 675 (darauf gezeichnet 2,70 M.) ist verloren gegangen. Finder wird gebeten, das Vortennoumaie an Hans Böhmisch, Stargarderstr. 18, abzugeben.

Der dritte **Künstlerabend** der Neuen freien Volkshöhe findet am Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (SO, Engel-Nfer 15) statt. Gabriele Reiter, Wilhelm Hegeler und Karl Herold werden eigne Dichtungen lesen. Eintrittskarten für Mitglieder a 30 Pf. sind in den Zahlstellen und an der Abendkasse, Gastkarten a 50 Pf. außerdem in Amelangs-Buchhandlung, Potsdamerstr. 126 zu haben.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Montag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bringt Orgel-, Gesangs- und Violin-Kompositionen von Bach, Stradella, Beethoven, Mozart, Mendelssohn, Deert, Webe, Rich. Wagner und Duenel und wird ausgeführt von Musikdirektor Otto Dienel, Fräulein Feida Schramm-Kallner, einigen Kräften aus der Gesangschor von Fräulein Schramm-Kallner, dem Violinisten Herrn Ludwig Wagner, Herrn Paul Schnyder und Herrn Leopold Wehrden. Der Eintritt ist frei.

Theater. Am dem **Mag. Bruch-Abend**, den das **Schiller-Theater** als nächsten **Konkister-Abend** Sonntag, den 26. Oktober, im Bürgerkaale des Rathhauses veranstaltet, wirken die Damen Gertrud Fischer und Hedwig Kaufmann, sowie Herr A. R. Hagen-Müller (als Gesangsdirigier) mit, ferner Herr Otto Schmitt (Violin). Den einleitenden Vortrag hält Dr. Leopold Schmitt. — **Vellalliance-Theater.** „In Vertretung“, ein Soldaten-schauspiel in 3 Akten von Heinz Gordon, gelangt am heutigen Sonntagabend zur Aufführung. — Im **Central-Theater** ist heute die 25. Aufführung der Operette „Bruder Straubinger“. — **Reichshallen-Theater.** Das augenblickliche Repertoire der Stettiner Sänger bringt das komische Theaterstück „Tante Razbach aus Efferswerda“, die Burleske „Die Stadtkapelle von Fünzelhausen“ und die Parodie „Im musikalischen Lustballon“, also ein Programm, welches an Reichhaltigkeit alles Bisherige in den Schatten stellt!

Aus den Nachbarorten.

Ein **das Gemeinde-Wahlrecht der Aktiengesellschaften** und ihrer verfassungsmäßigen Vertreter betreffender Rechtsfall ist insbesondere deshalb von hervorragendem Interesse, weil jetzt immer mehr Fabriken von den Städten aufs Land verlegt werden. Im Gemeindebezirk Hohersheim bei Königs-Wusterhausen ist im letzten Jahres die Fabrikfirma Widau der Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals L. Schwarzlopf entstanden. In der neuen Kasse zählenden Gemeindevertretung sitzt bereits ein hervorragendes Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft (Baumeister Wülfel) und bei den letzten Gemeindevertreter-Wahlen legten auch die Direktoren Kumpf und Schreiberhart derselben Gesellschaft, welche in Berlin wohnen. Weider Mandate mühten auf Angehörige fallen. Sie beanspruchten nun beide, als Direktoren der in Niederlehme angelegten Aktiengesellschaft, An-

gehörigen gleichgeachtet zu werden, weil sie als verfassungsmäßige Vertreter der angelegten Aktiengesellschaft gewählt seien. Die Gemeindevertretung erklärte jedoch ihre Wahlen für ungültig, weil sie keine Angehörigen seien. Kumpf und Schreiberhart legten darauf gegen die Gemeindevertretung und beriefen sich auf die §§ 46 und 50 letzter Satz der städtischen Landgemeinde-Ordnung. — In letzter Instanz wurden jedoch ihre Wahlen auch vor dem Ober-Verwaltungsgericht für ungültig erklärt. Begründend wurde angeführt: Nach § 50 letzter Satz der Landgemeinde-Ordnung seien auch die Vertreter von Stimmberechtigten (§ 46) wählbar und zwar auch als Angehörige, wenn der vertretene Stimmberechtigte ein Angehöriger sei. Das sei ja nun hier bei der Aktiengesellschaft zweifellos der Fall. Zudem könne von mehreren verfassungsmäßigen Vertretern einer juristischen oder andern Person immer nur einer als Vertreter gemäß § 46 und 50 gewählt werden. Von mehreren Vertretungsberechtigten müsse bei der Wahl der, der vertreten solle, genau bezeichnet werden. Das sei hier unterlassen worden und deshalb seien beide Wahlen ungültig.

Der Wilmersdorfer Polizei sind dem „Zettower Kreisblatt“ zufolge in vergangener Nacht zwei Individuen übergeben worden, welche, mit Dietrichen und Einbrecherwerkzeug ausgerüstet, zweifellos die Absicht hatten, in der Gegend der Pfalzburgerstraße ihre Thätigkeit auszuüben. Um 7 Uhr wollten im Hause Pfalzburgerstraße 66 die kleine Tochter des Gastwirts Otto in das Privatzimmer gehen, um Schularbeiten zu machen. Die Thür war jedoch von innen verschlossen. Man fand beim Eindringen den Schreibtisch erbrochen und durchwühlt vor, während das Fenster, durch das die Spitzhaken einfließen konnten, offen stand. In später Stunde betrat dann ein Mann das Ottolohes Lokal, der dem Wirt sofort verdächtig vorlam. Als der Gast verschwand, ging Otto ihm nach; der Mann mit dem Einbrechergehalt“ gestellte sich zu einem andern und beide verschwanden in einem nahegelegenen Lokal. Otto ließ nach geraumer Zeit den Wirt heraufrufen, welcher Feiertag gebot. Auf der Straße wurden dann die beiden Individuen festgenommen und Schulpeuten übergeben. Beide sind mehrfach vorbestrafte Verbrecher.

Zur Schmargendorfer Wasserfrage. Die Charlottenburger Wasserwerke hatten vor einigen Tagen unsern Bericht über die Verletzung des Trinkwassers in der Schmargendorfer Gemeindegasse unter Androhung des § 11 des Preßgesetzes demontiert. Die Direktion ist recht bereitwillig gewesen, denn das Lehrkollegium verleiht heute eine Erklärung, in welcher es heißt: „Das Kollegium hat in einer konfessionellen Beschlusse, die Kinder vor dem Trinken des stark verunreinigten Wassers zu warnen. Klagen über die Beschaffenheit des Wassers seien sehr wohl erfolgt. Zum Schluß heißt es: „Wir müssen ganz ausdrücklich erklären, daß das Wasser seiner Zeit sehr stark verunreinigt war. Es hatte eine schmutzige, wechselnde Farbe, war gelb, auch wieder milchig weiß oder rostrot und ließ einen trüben Satz zurück.“ — Wie man uns mitteilt, hat die Aufsichtsbehörde sich bereits der Sache angenommen. Es wird besonders zu untersuchen sein, ob aus den Klosetts Spülwasser in die Wasserleitung gelangen kann, was für die Herstellung der vielumstrittenen Rohrunterbrecher sprechen würde.

Gerichts-Zeitung.

Eine Anzahl von Mitgliedern des „Donnerstags-Klubs“ war gestern vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I geladen, um Zeugnis in einem dort verhandelten Spieler-Prozesse abzulegen. Es schien sich um einen „großen“ Spieler-Prozess zu handeln, es sei aber gleich bemerkt, daß die Anklage in nichts zusammenfiel. Die auf gewerbmäßiges Glückspiel bezügliche Duldung desselben lautende Anklage richtete sich gegen zwei Rentiers, einen Schlichtermeister und den Delonomen eines Weinrestaurants in der Jägerstraße. Die ersten drei Angeklagten, die sich in sehr guten Vermögensverhältnissen befinden, sind eifrige Besucher der hiesigen und auswärtigen Kneipen, der Rentier S. ist sogar Besitzer eines kleinen Rennstalls und läßt selbst Pferde beim Wettrennen laufen. Er und die beiden Mitangeklagten gaben unumwunden zu, daß sie sich gern an einem Jeu beteiligen, wie es häufig im Anschluß an ein Kennen von Besuchern der Kneipen in Restaurationen oder Hotels arrangiert zu werden pflegt, und daß sie dabei mehrfach die Bank gehalten haben. Am ereignete sich im vorigen Jahre in Hamburg ein unangenehmer Vorfall. Im Anschluß an das Jubiläumss-Kennen fand daselbst in Streis Hotel ein geselliges Beisammensein mehrerer Kneipenbesucher statt und es wurde das schöne Spiel „Meine Tante — Deine Tante“ inszeniert. Der Angestellte Rentier A. und der Schlichtermeister B. hielten gemeinsam die Bank und ein Berliner Kaufmann W. verlor 660 M. Er glaubte bemerkt zu haben, daß A. unfair spielte und beim Abziehen der Tälchen betrügerische Manipulationen machte. Er ging dann einmal mit dem Angeklagten S. hinaus und machte ihm Mitteilung von seinem Verdachte. Die Folge davon war, daß S. sofort ankündigte, daß das Spiel ohne weiteres aufzuhören habe, da der Verdacht der Mogelei laut geworden sei. Der Verdächtige vertehrte sich entschieden gegen den Vorwurf, man hielt es aber für angemessen, Herrn W. sein verlorenes Geld zurückzugeben. Die Sache kam zur Kenntnis der Polizei und diese glaubte auf Grund ihrer Ermittlungen annehmen zu sollen, daß die drei ersten Angeklagten aus dem Glücksspiel ein Gewerbe machten. Bezüglich des Angeklagten S. wurde festgestellt, daß er auch wiederholt mit Mitgliedern des „Donnerstags-Klubs“ in Berlin gejezt und dort vielfach die Bank gehalten hatte. Der „Donnerstags-Klub“ ist eine Vereinigung wohlhabender Männer in angefehrer Lebensstellung, die sich in einem Weinklokal in der Jägerstraße des Donnerstags zum Stat zusammenfinden. Die vernommenen Teilnehmer an diesen Zusammenkünften leugneten nicht, daß hin und wieder an diesen Stat sich ein Glücksspiel angegeschlossen habe, bestritten aber die Behauptung des angeklagten Delonomen, daß dieser stets mit einem Verdor eingekritten sei, wenn er wahrnahm, daß es sich um ein Glücksspiel handelte. Dies hinderte nicht eine Fortsetzung des Spiels, wenn er sich wieder entfernt hatte. Dem ersten Angeklagten wurde das Zeugnis ausgefällt, daß er durchaus nobel und fair bei diesen Gelegenheiten sich benommen habe und ebenso wie die beiden andern Angeklagten absolut nicht gewerbmäßig spiele. — Auch der Vorfall in Hamburg konnte die Angeklagten nicht belasten, denn der Zeuge W. der seiner Zeit bei der Polizei mit großer Bestimmtheit behauptet hatte, er habe eine betrügerische Manipulation des A. gesehen, schränkte diese Behauptung gestern wesentlich ein und konnte nur behaupten: er habe „geglaubt“, solche Wahrnehmungen zu machen. Jemand eine Begründung dieses Glaubens vermochte er nicht zu geben. — Die Beweisaufnahme fiel derartig zu Gunsten der Angeklagten aus, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung derselben beantragte und die Verteidiger Rechtsanwältin Jarocznosky, Sudheim und Justizrat Bronke auf alle Entlastungszeugen verzichteten. — Bezüglich des angeklagten Weinwirts beantragte der Staatsanwalt 300 M. Geldstrafe, während Justizrat Dr. Stern nachwies, daß auch diesem keinerlei Schuld nachgewiesen sei. Der Gerichtshof war derselben Ansicht. Er sprach alle Angeklagten frei, indem er hervorhob, daß weder die Behauptung des gewerbmäßigen Glücksspiels, noch weniger aber des betrügerischen Spiels in dem Hamburger Fall aufrecht erhalten werden könne.

Wegen versuchter Erpressung und Beleidigung von Mitgliedern des Herrscherhauses wurde gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I gegen den 16-jährigen Kirchenerbsknecht Karl Stein verhandelt. Der Angeklagte muß ein verwohnter Kurhaise sein; er verhaftet zur Zeit eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls. Die jetzt gegen ihn vorliegende Straftat konnte nur bei verschlossenen Thüren erörtert werden. Wie aus der Urteilsverlesung hervorging, hatte der Angeklagte an ein Mitglied des königl. Hauses ein Schreiben gerichtet, worin er dem Adressaten vorwarf, perver-

Reigungen zu fröhnen. Er hatte bei seiner Vernehmung selbst gegeben, daß er nicht die geringste Unterlage für seine Behauptung gehabt habe. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Zusatzstrafe von 7 Monaten Gefängnis.

Verfammlungen.

Nieder-Schönweide. Am Sonnabend, den 10. Oktober, fand bei Franz die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Nach dem Bericht des Kassierers Kaiser betrug die Einnahme im letzten Vierteljahr inklusive 4,50 M. alten Bestandes 105,59 M., die Ausgabe 57,48 M., bleibt ein Ueberschuß von 108,11 M., welcher ordnungsmäßig an den Hauptvorstand geschickt wurde. Die Mitgliedszahl des Vereins beträgt zur Zeit 33. Da die Abrechnung von der Reichstagswahl im vorletzten Quartal nicht gegeben werden konnte, da noch einige Listen ausstünden, so wurde dieselbe jetzt gegeben. Die Einnahmen durch Listen und sonstige Zuwendungen betrugen 118,84 Mark, die Ausgaben 43,56 M., mithin verbleibt ein Ueberschuß von 75,28 M., welcher an den Hauptvorstand abgeliefert wurde. Die Lokalkommission konnte berichten, daß ihre Thätigkeit im letzten Vierteljahr erfolgreich war. Es sind die Lokale Drachenfels und Haffelwerder frei geworden. Im letzteren besitzen wir endlich einen größeren Versammlungsraum. Die Rembahlen des Vorstandes ergaben im wesentlichen keine Veränderungen. Nur ist anstatt des Genossen K. rone der Genosse Franz als zweiter Vorsitzender gewählt worden. Genosse Franz gab darauf den Bericht von der Generalversammlung des Kreises. Unter Verschiedenem wurde über die Landtagswahlen gesprochen. Es konnte mitgeteilt werden, daß der Ort in zwei Wahlbezirke eingeteilt ist. Der erste Bezirk umfaßt die Berlinerstraße von 1 bis 4 f., von 22 bis 40, Wasserstraße und Karlsbornerstraße, der zweite den übrigen Teil des Ortes. Im ersten Bezirk sind 4, im zweiten 5 Wahlmänner zu wählen. Es würden somit für die dritte Abteilung, die dank der steuerkräftigen Fabrik- und Lokalbesitzer für uns nur in Betracht kommen kann, im ersten Bezirk einer, im zweiten zwei Wahlmänner zu wählen sein.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Aula der 68. Gemeindegasse, Kleine Frankfurterstr. 6: Verammlung Freireligiöser Botschaft. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Du sollst nicht töten“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Eine Eisenbahnkatastrophe wird aus London gemeldet. Der Expresszug Leeds-Manchester entgleiste in einem Tunnel infolge eines Zusammenstoßes mit einem andern Zuge. Die Wagen des Expresszuges wurden an den Tunnelmauern zertrümmert. Der Schnellzug von Leeds nach Manchester stieß in der Nacht, nahe bei der Sowerbybrücke, mit einer leichteren Lokomotive zusammen, die auf dem Geleise stehen geblieben war. Die Lokomotive wurde vom Geleise heruntergeschleudert. Der Zug fuhr dann in den Tunnel hinein, wo ein Teil des linken Schienensystems über beiden Geleisen lag, und entgleiste an dieser Stelle. In demselben Augenblick fuhr der in entgegengesetzter Richtung kommende Schnellzug, von Manchester nach Leeds, in den festgefahreinen Zug hinein und wurde dabei ebenfalls demoliert. Der ganze Tunnel war mit Trümmern angefüllt. Die Lokomotiven, Wagen und Passagiere lagen in furchtbarem Durcheinander. Es wurden sofort mehrere Unterstützungskolonnen und Kräne herbeigebracht. In späteren Meldungen wird der Zusammenstoß nicht so schwer dargestellt. Es sind zwar mehrere Personen ernstlich verletzt, aber keine getötet worden.

Bei einem Brande in Elberfeld sind vier Personen umgekommen und zwar die 23-jährige Frau eines Monteurs, deren Kind sowie zwei Kinder einer andern Familie. Eine Frau und ein Kind erlitten Brandwunden und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. Der Brand brach im Erdgeschoß, wo der Fußboden geölt war, aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit nach den oberen Kammern. — Die aus Orient gemeldet wird, brach auf einem Gehöft in dem Dorfe Serquolet eine Feuersbrunst aus, wobei sechs Kinder der im Hause wohnenden Familie Kotoher in den Flammen umliefen. Die Mutter stürzte sich in das brennende Haus, um die Kinder zu retten, in demselben Augenblick stürzte das brennende Dach ein, wobei die Frau so schwere Brandwunden erlitt, daß sie kurz darauf verstarb. Der Vater der Kinder konnte nur gewaltsam davon abgehalten werden, sich gleichfalls in die Flammen zu stürzen.

In Halberstadt ist, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, ein Ober-Gefangenenaufseher wegen bedeutlicher Vorfälle in der Frauenabteilung des dortigen Gefängnisses verhaftet worden.

In der Sittlichkeitsrettung hat die sächsische Justiz sich benommen demüht. Ein im Jahre 1901 bei Adolf Brand erschienenen Werk von Elfar v. Kupffer „Lieblingstunne und Freundesliebe in der Weltliteratur“ ist jetzt nach drei Jahren plötzlich in Leipzig der Konfiskation verfallen.

Ueber Prägelpädagogik in einem Rettungshause bringt ein in Posen erscheinendes Blatt folgende Mitteilungen:

Zwei der im hiesigen Rettungshause untergebrachten Waisensmädchen hatten beim Schluß weniger genügende Censuren erhalten, was zur Folge hatte, daß die Oberlehrerin die beiden Kleinen, als sie sich zur Ruhe begaben, mit einer Klopffische züchtigte. Eines der Kinder stellt den Vorfall in einem Briefe an seine Verwandten so dar: „Es gab am Mittwoch Zeugnisse. Gertrud hatte leider eine IV mit nach Hause gebracht. Dafür verdiente sie wohl eine Strafe. Aber als die Kinder zu Bett waren, kam Schwester Eugenie herauf in den Schlafsaal, ging erst zu einer andern, die noch eine IV hatte, erteilte der 56 Schläge, hernach ging sie zu Gertrud und hieb ihr mit der Klopffische 82 Schläge, so daß die Blutstropfen zu sehen sind. Da wollte ich Sie bitten, daß Sie heute herauskommen und sich das ansehen. Ich schreibe dies unter heißen Thränen. Sie ist vor Schmerz in ein andres Bett gesprungen.“ Leider fand der Vorwand des betreffenden Kindes, als er von dem Vorgang Kenntnis erhielt und sich in das Rettungshaus begab, die Angaben des Briefes nur zu sehr bestätigt; das Kind war am ganzen Rücken braun und blaue Schlägen, besonders der eine Schulterhoden zeigte die deutlichsten Spuren der empfangenen Schläge. Der Vormund verlangte, daß ihm das Kind zur ärztlichen Untersuchung mitgegeben werde, erhielt aber hierzu nicht die Erlaubnis.

Für frohe Fester. In Grünberg ist die Weinlese beendet. Als höchster Preis wurden für das Viertel Trauben (500 Pf.) 90 M. erzielt. Für Champagnertrauben wurden stellenweise 15 M. mehr gegeben. Das Rohgewicht betrug 76–80 Grad Dechle, was einem Jadergehalt von 19–20 Proz. gleichkommt. An Säure wurden 9–11 Proz. ermittelt.

Die Cholera in Bethlehem. Aus Jerusalem wird berichtet: Durch strenge Isolierung der Cholerastricken in Bethlehem ist die Ausbreitung der Krankheit verhindert worden. Die Gesamtzahl der Todesfälle beträgt acht. Da der Ort jetzt als seuchenfrei betrachtet wird, ist die militärische Bewachung heute zurückgezogen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Woll. In der öffentlichen Bibliothek und Zeitschale, Alexandrinenstr. 26, finden Sie (soweit die hiesige wie die sozialistische Zeitschriften-Literatur ziemlich vollständig ausliegen). — **W. S.** Man schreibt nach der neuen Orthographie: Der Tod. — **H. V.** Andern. — **G. M. I.** Der Waisensverein für den Wahlkreis Stralund-Franzburg-Aigen tagt jeden Sonntag nach dem 1. vormittags 10 Uhr, bei Ramlow, Schönhauser Allee 136.

G. S. Z. Genosse A. F. ist bestrafte, indem er persönlich von der Erklärung Kenntnis genommen hat, daß Sie ihm Unrecht getan ist. Eine Verzeihung erübrigt sich dadurch.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Lohengrin.
Schaubühne. Am bunten Rod.
Deutsches. Geschäft ist Geschäft.
Berliner. Lucifer.
Festung. Der Sturmgefelle Sotras.
Westen. Indine.
Vened. Salome. Vorher: Der Kammerjäger.
Reibens. Das große Geheimnis.
Central. Bruder Straubinger.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Die Ehre.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Stützen der Gesellschaft.
Belle-Alliance. In Vertretung.
Kleines. Radstiel.
Luisen. Krieg im Frieden.
Carl Weisk. Die Maschinenbauer von Berlin.
Trianon. Biscotte.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingstanz. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neues! Neues! Neues!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängerkreis.
Palast. Genießet das Leben. — Specialitäten.
Urania. Zandstraße 48/49.
Um 4 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Kletternde Gewächse.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Um 4 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
(Kleine Preise).
Um 8 Uhr im Hörsaal:
Kletternde Gewächse.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Indianer-Riese
Mianko Karoo
Die zusammengekauften
Lebend. Schwestern! Lebend.
Bären-Riese
Andres Venter,
ehemal. Leibsoldat des Präsi-
denten Paul Krüger von
Transvaal.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Universitätsstrasse.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.
Olga Wohlbrück,
Spott- und Geissellieder.
Der Todessprung
des Hundes.
14 erstklassige Nummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater
67/68 Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem
Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akte.
von Adolf Philipp.

Residenz-Theater
Direktion E. Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Das grosse Geheimnis.
Aufspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.
Deutsch von Max Schönauf.
Vorher und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Lutti.

Apollo-Theater.
Zum 18. Male:
Frühlingslust.
Operette in 3 Akten
von weiland Josef Strauss.
Im **Blütenhochzeit.**
3. Akt: Ballett von Louis Gundlach.
Ferner:
Die glänzenden Specialitäten
und Messers Biophon.
Neue Bilder-Serie.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr: **Matinee der**
Internat. Artisten-Loge.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Joseph. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.

Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —
Etabl. Buggenhagen
Moritzplatz. Im Kaffeehaus:
Künstler-Orchester
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-
eröffnung 6 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Bons hab. Gälligkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
In den unteren Sälen Dienstag und
Donnerstag: **Pragmatisch-Konzert.**
Sonntag und Sonntag: **Görlich-**
Konzert. Bons haben Gälligkeit.

Reichshallen
Stettiner Sängerkreis
(Reibel, Bietze, Britton,
Stiehl, Böhme, Böz-
mann, Plätzner,
Schneider u. Gierino.)
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
San Marcos Tochter.
Ein romantisches Trauerspiel in fünf
Aufzügen von Arthur Ziller.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Ehre.
Montagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Gerdt
Hofen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Montagabend 8 Uhr:
Die Ehre.

Cirkus Schumann.
Heute, Sonnabend, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
High-life-Soirée.
Erstes Debit. Herr List mit seiner **Erstes Debit.**
„Aylla“, trischer Ballad, geritten von Direktor Alb. Schumann.
Die elektrischen Spiegel-Terrassen
und die **6 ungarischen Jucker** des Direktors Alb. Schumann.
25 männliche Abessinier-Löwen des Herrn Seeth.
Vorher, Sonntag, nachmittag ein Kind frei, die beliebte Clow-
Vorstellung. In beiden Vorstellungen: Herr List, Raubtiergruppe,
Leb's Affen, 25 Löwen.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strasse 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.
Die verganbene Frühling.
Kindermädchen u. Gef. v. Hugo Feilz.
Abends 8 Uhr:
Dir. Carl Weiss als Franz v. Bandler
in
Amor in Zürich.
Sonntag nachmittag 3 Uhr, Parfett
60 Pf.: **Die Schule des Lebens.**
Abends 7 1/2 Uhr: **Die Maschinen-**
bauer von Berlin.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Vorstellung zum Besten d. Knabenhort.
Wenn Frauen weinen.
Singvögelchen. Solovorträge.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, den 29. Oktober 1903
Wilhelm Tell.
Statisten werden hierzu verlangt.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater,
Schönhauser Allee 148.
Vorher: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit
so großem Beifall aufgenommenen
Norddeutschen Sängers.
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Jeden Dienstag und Freitag:
Gastspiel Berl. Volks-Theater.
Jeden Mittwoch:
Grosser Elite-Familienabend,
Norddeutsche Sängers u. Ball.
Entrée 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.

Palast-Theater früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Nur noch kurze Zeit!
Genießet das Leben.
Das ideale Oktober-Programm.
Sonntag, den 25. Oktober 1903,
nachmittags präcise 3 Uhr:
Maria Stuart.
Loge 1 R., Sperrst. 60 Pf., Parfett
40 Pf., Entrée 30 Pf.

Bernhard Rose-Theater
Geleisendamm, Badstrasse 58.
Sonnabend:
Keine Vorstellung.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Sonntagabend 7 Uhr:
Preciosa.
Sansouci.
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Soirée:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Königstadt-Kasino.
Dolzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Ganz neues Programm.
Zum Schluss die Gefangs-Posse
ä g'teiltes Los.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: **Tanz-**

WINTER GARTEN
Saharet australische
Tänzerin.
The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vor-
stellung vor Sr. Majestät Kaiser
Wilhelm II.
Smith u. Doroteo Excentrics
Theresa Renz Schulkreiterin
Die drei Luppas Rockturner
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die Agout's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
O. K. Sato komischer Jongleur.
Miss Emeline Trapezkünstlerin.
Die Jahrmarktsprinzess Ballett.
Der Biograph.

Königsberger-
Geld-Lotterie.
Ziehung:
11.-10. November
200000
50000
20000
10000
Hauptgewinn: Mark
Originallose à 3 Mark
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W. Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 16a.
SO. Oranienstr. 177.

Spottbillig!
Anzugstoff-
Paletotstoff-
Damen-Kostümstoff-
Damen-Paletotstoff-
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Hossstr. 2,
Koch & Seeland.
Reste!
Die Zweck-Umwandlung in Vor-
zugsfällen unserer Gesellschaft seiner
Zeit bei und eingehendsten Studie
nebst Dividendenrechnung können vom
23. d. M. ab bei den betreffenden
Hinterlegungsstellen gegen Rückgabe
der erteilten Quittungen wieder in
Empfang genommen werden. Gleich-
zeitig erfolgt die Umstellung der zu-
gehörigen Gewinnanteilscheine.
Berlin, den 22. Oktober 1903.

Strassenschilder auf 50 Meter
Entfernung zu erkennen ist für das normale Auge
über dem Kurz-
sichtigen ist es möglich, wenn jene
paßende Bilder fertiger sind.
angeprobte Weisen und Nummer erhält man zu sehr
geringen Preisen in dem allbetannten Institut für
Präzisions-Optik von
Carl Buttendorf, Berlin N., Weinbergsweg 15b,
4. Ober vom Rosenkranz Tor.
Bitte genau auf Haus No. 15b u. n. Laden vom Rosenk. Tor zu achten.
Ridel-Grillen u. Klemmer: .. von 21. 1.50 — 4.00
Double 3.50 — 18.00
Gold 8.00 — 40.00
Für außerhalb Wohnende: Probezeit zum Selbstbestimmen der
Erbsicht und Kostgale über
Berlin, Nummer. Geringswer zu. Kostenlos.

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
130 Sänger. Chorleiter: Alexander Weinbaum. M. d. A.-S.
Sonntag, den 25. Oktober, in Louis Kellers Festsälen,
Koppenstrasse 29:
Konzert.
Mitwirkende: Alfred Wittenberg (Violinvirtuos), Vera Goldberg (Sopran),
Paula Weinbaum (Alt), Heinrich Grahl (Tenor), Eugen Brieger (Bass).
Anfang präcise 6 1/2 Uhr. — Eintritt 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Nachdem: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf.
Eintrittskarten sind in der Musikalienhandlung von Richard Kaun,
Grüner Weg 17; in der Papierhandlung von B. Wolter, Neue König-
strasse 72; im Ostend-Restaurant, Grosse Frankfurterstrasse 18;
im Restaurant Augustin, Druckerei des „Vorwärts“, Lindenstr. 69;
in den Cigarengeschäften von Paul Ihm, Wrangelstr. 58; Köpke,
Tilsiterstr. 35; Horsch, Gewerkschaftshaus; Emil Schulz, Mittenwalder-
strasse 2; Gustav Schürer, Lindenstr. 97/98 und Alexandrinenstr. 15
sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen erhältlich.
Der Vorstand.

Cirkus Busch.
Sonnabend den 24. Oktober 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Mademoiselle de Holstein.
Dr. Burkhardt Footitt, Schulkreiter.
Miss Claire Heliot, Löwenbraut.
Paul Münder: Todessprung.
Gine Hirschjagd, geritten mit
30 Weiß- und Halbblut-Pferden.
Direktor Busch:
Reubressuren:
4 ostpreuss. Rappen; 2 Perfer-
hengste. Großes Pommes-
Tableau: 12 Gefanten, 3
Bebros, 50 Pferde; der Elefant
als Chauffeur.

Berliner Winterfreunden
Humorist. Wanege-Schauspiel.
Avis! Sonntag, den 25. Okt. 1903:
2 große Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr und abends
7 1/2 Uhr.
Nachmittags 4 Uhr: **1 Kind frei,**
sonst es ein Angehöriges ist.
In beiden Vorstellungen:
Miss Claire Heliot, Löwenbraut.
Paul Münder: Todessprung.

Nathan Wand,
129 Stallierstr. 129.
Die schönsten 20515*
Herren-Winter-Paletots
und Anzüge in neu,
letzte Special
Monats-Garderobe
von Kavallieren getragene Sachen,
selt neu, für jede Figur passend,
und in großer Auswahl stets zu
hauend billigen Preisen zu haben.
129 Stallierstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuserthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter.
(Verwaltung Berlin E.)
Sonntag, den 25. Oktober 1903,
vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1903.
2. Wahl eines Kassierers.
3. Kasienangelegenheiten und Ver-
schieden.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht.
1903 Die Ortsverwaltung.

Central-Franken- u. Sterbe-
kasse der Tischler
und anderer gewerblicher Arbeiter.
(Verwaltung Berlin E.)
Sonntag, den 25. Oktober 1903,
vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1903.
2. Wahl eines Kassierers.
3. Kasienangelegenheiten und Ver-
schieden.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen ersucht.
1903 Die Ortsverwaltung.

Häkim-
Cigaretten
sind nach dem
einstimmigen Urteil aller Sachverständigen
die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten!**
Höchste Leistung!

Accumulatoren- und Elektrizitäts-
Werke Aktiengesellschaft
vormals W. A. Böse & Co.
Hönl! Unvergleichlich. Deutscher
verf. die 10 Zündboje zu 7,00 RM, 5 Pf.
4,30 RM. franco. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof
Auguststr. 10, Lindenbg.*

Theater.

Berliner Theater. „Lucifer“. Drama in vier Akten von E. A. Butt. Deutsch von Otto Erich Hartleben und Ottomar Pils. — Wer da geglaubt hatte, die Ueberseerhaft Hartlebens deute auf eine Wahlverwandtschaft des Italieners mit dem Hartleben, der das „Studententagebuch“, die Humoresken, die frivolen graziösen „Sittliche Forderung“ und die sportsunkelnde Komödie „Die Erziehung zur Ehe“ geschrieben, wurde gründlich enttäuscht. Nichts, nicht ein einziger flüchtig aufblühender Zug erinnert an den Umfang jener Stimmungen, aus denen Otto Erich, mit dem Motto wider die Philister, seine besten Dichtungen geschöpft hat. Wenn nicht der Zufall die Wahl geleitet, scheint sie ein Anzeichen von inneren Wandlungen. Schwermütig-resignierender Ernst spricht aus dem Drama Buttis. Es sind bedeutende Konfession, an die er rührt; aber er rührt auch eben nur an sie. Von einer fünfzigjährigen Durchdringung des Problems ist er so weit entfernt, daß die Uebertragung, nach Gesichtspunkten artistischen Interesses beurteilt, sich in keiner Weise würde rechtfertigen und verstehen lassen. Hartlebens hochentwickelter und klarer Formensinn kann sich dem nicht verschließen haben. Der Aufbau in den vier Akten, die sich Sommer, Frühling, Herbst und Winter auf dem Theaterzettel nennen, ist von einer Einfachheit, die die Geduld auf eine wirklich harte Probe stellt. Wo zu ein paar andeutungsreiche Szenen genügt hätten, das wird in langen redseligen Aufzügen redundantisch gründlich auseinandergesetzt. Gut die Hälfte des Stüdes wäre entbehrlich gewesen. Der Dialog ist so beziehungslos und unpersönlich, so ohne alle Hintergründe und in das Dunkelere des Seelenlebens sich eröffnende Perspektiven, als hätte es niemals eine naturalistische Bühnenkunst, einen Jüden, einen Hauptmann gegeben. Erst in den Szenen des dritten und vierten Aktes weht etwas wie ein Hauch von Stimmung. Zwei Jugendfreunde aus dem Priesterseminar führt nach langen

Jahren der Zufall wieder zusammen. Der eine ist sein Lebenslang demütiglich in dem Geleise des vorgeschriebenen Glaubens weiter getrotzt und soll nun im Lyceum einer italienischen Kleinstadt die jungen Köpfe nach derselben Norm drehsieren. Der andre, Professor Alberini, ist den Weg moderner Bildung gegangen. Die Priesterkutte hat er von sich geworfen und mit den äußeren auch die inneren Fesseln gesprengt. Seiner kraftvollen Natur widerstrebt alles Unentschiedene, Halbe. Wie er, so lange er glaubte, mit glühendem Fanatismus an der Kirche hing, so von Grund aus feindselig sieht er nun dem Katholizismus und jeder Art des Glaubens gegenüber. Die Wissenschaft, das ist die Macht, die wachsend und wachsend alle Lebenskräfte durchleuchtet und lösen wird! Es giebt nichts, was sich ihr entgegen könnte! Mit schweren Kämpfen errungen, ist diese Ueberzeugung ihm ein festes Fundament des Lebens geworden. Er hat Glück und Frieden und neuen Kampfesmut in ihr gefunden. Sein Sohn, im gleichen Geiste erzogen, soll der Fortführer und Vollender seines Werkes sein, zu Höhen klümmen, die er selber nicht erreichen konnte. Der Atheismus Alberinis, unter andern Umständen etwas so Gewöhnliches, hat in dem katholischen Städtchen ihn mit geheimnisvollem Nimbus umwoben. „Lucifer“ — benamen ihn dort die naiven Gemüter. Der gläubige Jugendfreund besitzt eine Tochter, und des Professors Sohn verliebt sich also, wie voraus zu sehen, in das Mädchen, leider ohne uns für seine Leidenschaft interessieren zu können. Mathilde erschrickt nicht wenig, als der junge Mann ihr die von väterlicher Seite erteilten Doktrinen auseinandersetzt, aber ein Aufseher stellt schnell die zärtlichen Gefühle wieder her. Ihr Vater will um seiner und der Tochter Seelenheil die jungen Leute trennen. Er läßt einen Priester, der dem lebenswürdigen Mädchen die Verworfenheit der Ungläubigen recht lebendig ausmalte und seine Warnungen durch Hinweis auf die Höllestrafen unterstützt. Vergebens, daß der Professor für seinen Sohn beim Freunde sich verwendet. Der bei aller Bigotterie herzensgute Alte, der mit rührender Liebe an seiner Tochter hängt, bittet und beschwört sie, ihm den Schmerz eines solchen Bundes zu eriparen. Mathilde

verpflichtet es, aber ihre Liebe bricht das Gefährde. So verliert Senardi sein Zertified, doch auch der Stolz und die Hoffnung Alberinis sinken in Trümmern. Eine Unfallkrankheit streift die junge Frau nach wenigen Monaten der Ehe ans Totenbett. Ein Ereignis, wie jeder Tag es bringen kann, nicht merkwürdiger und nicht entfehliger als tausend und abertausend Söldfälle, an denen die, die nicht getroffen sind, mit gleichgültigen Aufmerksamkeiten vorübergehen. Aber nun der Schlag auf ihn selber niederzuckt, wankt jede Stütze der Philosophie in des jungen Guido Herz. Der Vater mahnt zur Fassung, zur Vernunft, er hört es nicht, die alt vertrauten Worte klingen ihm wie hohle Schellen. Warum sollte nicht ein Gott sein, ein Gott, der diese Schwärzung als Strafe verhängt, der also sie auch wenden könnte, ein Gott, zu dem man beten darf? Gebrochen, halb betäubtlos an dem Fern des Priesters wankt er zu der Weide. Starr sieht der Professor dem Verabschiedenden, den er so gut geföhlt glaubte für den Kampf um die Wahrheit, nach, und während draußen die Glocken des Ostermorgens läuten, drängt sich wie eine von der Blut des Unglücks aus weiter Vergangenheit heraufgepöhlte Erinnerung, ein seltsam: „Wer weiß es?“ über seine Lippen. Der Schmerz ruft nicht den Glauben, aber das vergessene Gefühl der Sorgen, die jeden Wissensstolz geföhrt sind, in ihm wach. Eine tendenziöse Verherrlichung der Glaubigkeit liegt dem Stüde, liegt auch diesem Schluß, scheint mir, völlig fern. In der Gegenüberstellung der freitenden Meinungen hat der Dichter Licht und Schatten gleich verteilt. Die Ausführung, mit warmem Beifall aufgenommen, bot Tüchtigkeit. Den Professor gab Pittschau mit Kraft und Würde, und ebenso traf Roland ganz den rechten Ton in der Rolle des Gegenpartners, des belächelnden-demütigen und doch festen Senardi. Fel. Gerigoli war in Sprache und Haltung eine sympathische Mathilde, und Alexander Bierth, als Liebhaber ein wenig fade, wirkte durchaus eckig in dem Verzweiflungsausdruck des letzten Aktes. — dt.

Costümrocke

enorm billig

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5,7, 10, 15 Mk. in Seidendamast 20 u. 25 Mk. Amerikan. fussfreie Strassenrocke jetzt 5,75, 9, 10 Mk. Gummimäntel, Reismäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk. Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk. Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk. Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk. Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendeter Ausführung, enorm billig. Jacken u. Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk. Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg

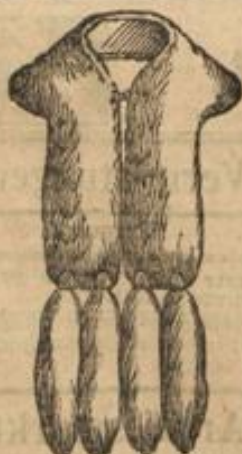
Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. Massanfertigung.



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.



Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark, mit Atlasfutter 2,- kleinere Form 1,50



Colliers von den billigsten bis zu den schönsten Pelzarten

Neuheit: Die modernen Beulenbüte führe zu M. 2,- bis 5,50 Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen

Oscar Arnold

Grösstes Special-Geschäft Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export nur Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung, so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dortselbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch- u. Steppdecken, Möbel- u. Läuferstoffen etc.

Da wir riesige Waren-Posten gegen Cassa-Zahlung ungemein günstig erworben haben, verkaufen wir obige Artikel zu wirklich spottbilligen Preisen.

Teppichhaus B. Adler & Co., Königstrasse 20-21, an der Judenstrasse.



Kahreiners Malzkaffee



Singer Nähmaschinen.

Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung. Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähmaschinenbetriebe.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstrasse 92.

Confektionshaus S. Böhm

Kommandantenstr. 43 Oranienstr. 70 nahe am Moritzplatz.

Special-Haus guter

Herren- und Knabenkleidung

Fertig und nach Mass.

Für die Wintersaison 1903/04.

Table with 4 columns: Item (Herren-Paletots, Herren-Anzüge, Knaben-Paletots, Knaben-Anzüge, Winter-Joppen), Description, Price 1, Price 2, Price 3.

Grosse Sortimente in Herren-Hosen. Grosse Sortimente in Jünglings-Kleidung.

Streng feste, in Zahlen gezeichnete Preise.

Reellste, sachgemässe Bedienung.

Heute

Eröffnung des 2ten Geschäftshauses

Skalitzerstr. 39, Ecke Wienerstrasse.

Hochbahnstation Oranienstrasse.



Hüte Capou cloque von 7,50. Cylinderhüte von 4,00. Filzhüte von 1,50. Pelz-Waren nur eignes Fabrikat. Schirme grösstes Lager. Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2, Ecke Skalitzer-Str.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Beuch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Dufaten-Training, 900 get., 1 1/2 Dufaten 18,50, 2 Dufaten 30,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Acht Rathenower Brillen, Vincenz, Dperngläser. T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Kohlen

Brechkohlen, anerkannt beste Marken. Kiefernformal, liefert jetzt noch ab Block: Tausend von 6,50 Mk. an. Bruch-Presskohlen, pro Ctr. 65 Pf. Handsagen vorh., Kuhlöhne billigst. Andere Brennmaterial, billigst berechn.

A. Herrmanns Kohlenlager, Berlin O., Mühlentstr. 12.

Erfter-Baustellen

billig, gütlich, Zahlung, nur d. Bauer Catholy, Buchhorststrasse, 5 Min. ab Schule. 52 Stk. bis jetzt verk. Wdh. Schulz, Altdorf, Venaustr. 12/13.

97, Gelegenheitskäufe, 97,

in Winterpaletots, Winterjoppen, elegante Anzüge für jedes Alter, beängestrigte Ware, keine Fabrikarbeit, zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Große Auswahl in Monats-Garderobe, wenig getragen.

H. Moldauer, an der Wasserthorstr.

Da ich keine Füllalen unterhalte, bin ich im Stande, billiger zu verkaufen, als meine Konkurrenz.

Wichtig für Tischler.

Eine gut eingeführte reutable Möbelzucker-Zusatzbranche, mit bester Kundschaf, Bekellungen wie Holzlager vorhanden, sucht zur Gründung einer Genossenschaf Teilhaber. Tüchtige Tischler, welche gewillt sind, sich eine sichere, unabhängige Existenz zu schaffen, belieben ihre Adresse unter F. Z. 311, Postamt 27, einzusenden.

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstrasse Nr. 45.

Renoviert!!!

Säle von 50 bis 2000 Personen fassend zu 29300.

Volkerverfammlungen, Werkstättenverfammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten etc. Sonnabende und Sonntage noch zu vergeben.

Luisenstädt. Klubhaus,

Rennstr. 16. Inh. H. Grupp.

Saal für Vereine.

3 Vereinszimmer. Fernspr. 7a, 7801.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Fransenleiden, Seydelstr. 9, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, Sonnt. 9-11

Konkursmassen-Ausverkauf

Die zur Konkursmasse der Firma Jaroczynski & Co. gehörigen und andere Waren sollen

am **Halleschen Thor Bellealliance-Strasse 107, Eckhaus Blücher-Platz** Haltestelle der Strassenbahn

ausverkauft werden und zwar:

Herren-Anzüge für 6 Mk., Winter-Paletots für 6 Mk. 75 Pf., Burschen-Anzüge für 4 Mk.
Herren-Stoffhosen für 1 Mk. 95 Pf., hochelegante Herrenstoffe von 1 Mk. 50 Pf. an.

Bellealliance-Strasse 107.

Bitte genau auf 107 zu achten!

Der Verkauf beginnt heute 4 Uhr.

2671b

Berliner Ratskeller

vollständig umgebaut

Wieder-Eröffnung

Sonnabend, den 24. Oktober

(Eingang von der Königstrasse).

Heinrich Falkenberg.

Rosenthaler „Vereinshaus“.

Inhaber: **Paul Pfeffer**, früher Schiller.
 Rosenthalerstraße 57 und Gormannstraße 28.
 Empfehle meine neu renovierten Säle und Vereinszimmer mit Pianinos den geehrten Vereinen etc. zur gefl. Benutzung.

Mariannen-Festsäle.

Säle zu 50, 80 und 200 Personen, hochelegant eingerichtet, sind noch Sonnabende und Sonntage im November, Dezember, Januar, Februar und März frei.
Alex Mayer, Mariannen-Ufer 2.

Wäsche.

Nur eigenes Fabrikat

Baby- und Kinder-Wäsche × Damen- und Herren-Hemden × Nachtjacken, Beinkleider × Fertige Bezüge, Laken, Inletts × Tischtücher, Servietten, Gedecke, Handtücher, Wischtücher, Taschentücher × × × ×

Fertige Betten, Bettfedern

in gediegener Auswahl und zu billigsten Preisen empfiehlt

J. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Größtes Special-Geschäft für Wäsche, Leinen und Baumwollwaren im Südosten.
 Sparverein Süd-Ost — Eigenes Spar-System.

Kufekes' Kinder-mehl

hervorragend bewährt bei Darmkatarrh, Diarrhoe, Brechdurchfall etc.

Wollen Sie vorteilhaft kaufen?

So kaufen Sie nach Gewicht!
 Ich führe nur erstklassige Marken und notiere bis auf weiteres ab m. Lagerplatz
Berlin O., Brombergerstr. 15/16
 (Königl. Ostbahnhof)
Im Senftbr. Marienpark, 7., p. Ctr.
 (110-120 Stück) 75 Pf.
Im Diamant, 7., ges. gesch. Qual.
 unerreicht, p. Ctr. (110-120 Stk.) 80 Pf.
Im Jaso-Briketts, 7., bei 50 Ctr. p. Ctr.
 (110-120 Stück) 85 Pf.
Im Jaso u. Diamant, Halbsteine sowie
 Wurf-Briketts, in Qual. p. Ctr. 65 Pf.
 frei Keller pro Centner 10 Pf. mehr.
 Salon-Briketts bei 100 Ctr. 5 Pf. billiger. — In doppelt gesiebten Anthracit Cade p. Ctr. M. 1,90, Buchen-, Birken-, Kiefern-Kloben I. Klasse, zerkl. auf eig. Maschinen, 2-3 Schnitt, p. Mtr. M. 11.-, 4-6 Schnitt 50 Pf. mehr. In Oberschl. Steinkohlen u. andre billigere Marken in Briketts II. Qualität, sowie Coaks, grob u. zerkleinert, liefere laut Preisliste. 2656L.
 Bei Original-Waggons u. gröss. Abschüssen direkt von d. Gruben verl. Sie meine Special-Offerte.
A. B. Koch, Berlin O., Kohlen-Grosshändler.

Reste

C. PELZ

DAMENMÄNTE
 KOSTUM STOFFE
 FLASCHE
 BEIDEN STOFFE
 BESATZARTIKEL
 KRIM
 ASTRACHAN
 MER

4. Kottbuser Strasse 4

Gerichtschemiker Dr. C. Bischoff.

BLUTARMEN KRANKEN

ärztlich empfohlen
 1-50 und 2 Mark
FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia

Weiß- u. Bayerisch-Bier-Lokal

von **Albert Grundmann**
 befindet sich jetzt **Päcklerstr. 18.**
 Vereinszimmer bis zu 50 Personen noch einige Tage frei.

Anfertigung feiner

Herren- und Damen-Garderobe, bessere Damenjackets auf Lager. Eleg. Ausführung, gering. Tollzahl.
J. Kurzberg,
 Neue Königstr. 47, II., direkt am Alexanderplatz.

Jedes **5 Pfennig.**
 Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition, Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Hochbornsche Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen herbeizubereiten, 18,00-38,00, Beinkleider 8-11 Mark. Deutsches Versandhaus, Tägerstraße 63, 1. Treppe. 1938*

Hochfeine vorjährige Anzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen von 20-40 Mark verkauft S. Lemowich, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a, an Blumenstraße. 1910*

Gelegenheitskauf, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stück 8 Mark, auch geeignet für Wiederverkäufer, selten günstiges Angebot. August Wülfels, Große Frankfurterstraße 16. *

Teppiche! (Seidenstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odestraße Markt 4, Bahnhofs Börse. 93/2*

Teppichdecken, spottbillig, Fabrik Weinstraße 20. 499*

Teppichdecken • Gelegenheitskauf! Seidenstoffe statt 8 Mark verkauft 3,75 verkauft Julius Neumann, Bellealliancestraße 105. 1958K*

Damen-Jackets, seltener Kauf, Modelle teils auf Seide, 8 Mark, verkauft Julius Neumann, Bellealliancestraße 105. 1958K*

Anzugreste 8,00, Dosenreste 3,00, Weiterhandlung Lichtbergerstraße 9.

Hochelegante Gardinen und Stores, Reißbände, zwei bis sechs Fenster, spottbillig, Teppichhaus Königstraße 28. 32/7*

Wädelmann Weber, Invalidenstr. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigsten Kassapreisen. Zeitabnahme gestattet. 1940*

Teppiche mit Farbenflecken, Hobel- und Lederreste Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Wolfskräuter, Blutbildend, für Nistarme, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtsabnahme, bessere Gesichtsfarbe, überauschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Lonne 3,50 exklusive. Nicht Pflichten, Qualität entspricht. Bortner-Kellerei Klingler, Demnauerstraße 119. 97/14*

Krawattenstoffe, größte Auswahl Wallnertheaterstraße 30. 1910*

Nähmaschinen, gebraucht, Wheeler-Wilson von 8 Mark an und Langschiffchen von 10 Mark an. Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landbergerstraße. 1897*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00, Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6, SW, Bellealliancestraße 78, N. Ackerstraße 113. 4129*

Feinstrahe 44, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Maschinenwahl, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. *

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufe jetzt nicht mehr Central-Blechl, sondern gegenüber, Eidenstraße 14, Laden, Haltestelle der Straßenbahn 66, von 2,50 Mark an. (Aber nicht unter!) Bettfedern, Paul Post.

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842*

Teppichdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Bilder-Ausverkauf, Daube Werke, „Fortuna“, Frankfurterstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. 2961b

Winterüberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch neue zurückgelehrt, laufe man am billigsten direkt zur beim Schneidermeister Härtzel, Rosenhallerstraße 15, III. 2665b

Konkurrenzfähige, Stamm Seifert, Stärke, Auguststraße 37, vorn IV.

Musikwerke, selbstspielende, Zeitabnahme, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstraße), Salterstraße 40. *

Unverreicht sind in diesem Jahre die Winterjoppen bei Schloßinger, Turmstraße 85, von 4 bis 18 Mark. Großartige Sachen. 1933*

Wolfskräuter, 5 Monat, sehr wirksam, verkauft 8 Mark, Heimide, Urbanstraße 137. 2994b

Betten, spottbillig, 18,00, Reichel, Dresdenstraße 38. 2990b

Restaurierung neben der Beddinghülle, bis jetzt 4 Vereine lagen, wegen Uebernahme eines Grundstücks sofort zu verkaufen. Kunst- u. Garbengerüst, Heimdorferstraße 7a. 1962*

Ringschiffchen, Hobel, Schneidmesser, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstraße 60/61, Brenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 495*

Frisches Schweinefleisch (unter-sucht), 10 Pfund Postfrei 8 Mark. Rohmann, Otto Eiders, Friedriehshof, Oltrepfeil. 2656b

Winterpaletots, Remontierhosen, Uhrketten, spottbillig, Leibhaus, Reanderstraße 6. 33/14*

Teppiche, Gardinen, Läufer, Portieren, Beizen, Teppichdecken, Regulatoren, spottbillig, Leibhaus, Reanderstraße 6. 33/14*

Zpiegel, Silber, Räder, spottbillig, Leibhaus, Reanderstraße 6, Zeitabnahme gestattet. 33/14*

Vaneelisa verkauft billig, Bräunlein, Gehler, Brinzenstraße 64. 33/15

Krankheitsbilder sofort Restauration billig zu verkaufen, Preis 2000,00, Miete 1500,00, mit Vereinen und Rohlfleisch, Bierverbrauch monatlich 25 Mark, Röhrens, Campenhaustraße 12, im Lokal. 72

Verschiedenes.

Lebkuchen, lesen für Pleinige, Chausseestraße 121. 2475b

Potentialität Dammann, Noviplatz 57, Rat in Patentfachen, Erfindungen bis Abends neun. 2443*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grinerweg vierundneunzig, Gerichtsstand, Eingabengeld, Katerteilung, Langjährige Erfolge! (2564b)

Rechtsbureau Hall, Brunnenstraße vierzig, Rechtsfälle, Eingabengeld, Katerteilung. 2572b

Rechtsbureau (Alexander-Platz) I, Kurzstraße achtzehn! (Gerichtssachen) Eingabengeld! Katerteilung! 57/1

Rechtsbureau, Gerichtsfreier, früherer, Andreasstraße 28. Billig, Sonntagdienst. 435*

Kunsthändler von Frau Kostov, Steinmetzstraße 48, Lucregebäude bod-parterre.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterläden 15,00, Wagner, Schneidermeister, Lichtbergerstraße 9, (Wallfadenstraße). 1958*

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig unter Garantie in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 1890*

Pfandliche Reiderstraße 7 beleiht Sachen jeder Art. 499*

Bücher laufe, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3357. *

Fahrradgeschäft, auch Defekt, Kappell, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Matras, Gold, Silber, Gefäße, alte Uhren, Waagen, Refugold sowie künstliche Metalle laufe Droh, Wrangelstraße 4. (Fahrgeld vergütet.) 33/12*

Bereine! Saal und Vereinszimmer noch Sonnabende frei. Klubhaus, Annenstraße 16. 2504*

Bereine, welche gewillt sind, mit Theaterverein am 6. 28. Dezember und weitere günstige Daten unter günstigen Bedingungen in den Andreas-Festhallen Vergünstigungen zu veranlassen, wenden sich an folgende Adresse: H. Dehli, Wallerstraße 16. 735*

Rechtsfälle! in allen Sachen: Linienstraße 34. 474*

Damenmäntel werden angefertigt und modernisiert, auch Jacketts am Lager. Apel, Reichendergerstraße 110.

Specialartikel, passend für Maschinenfabrik, zu kaufen oder unter Beteiligung zu fabriken gesucht. Nur ausführende Offerten sub O. P. 8139 Rudolf Rosse, Frankfurterstraße 33. 33/13

Totenlohn sowie Sonnabende, Sonntag, große Saal zu Verfügen, bis 400 Personen, Neue Königstraße 7. 57/8*

Kleine Anleihe sucht sofort, Offerten, Klein 100* Postamt 36. 2869b

Bereinszimmer (30 Personen) außer Sonnabende zu vergeben, Rauhner Platz 2. 43

Bereinszimmer, 70 bis 80 Personen, großer Saal zu Verfügen, bis 150 Personen, einige Tage frei, Friedrichstraße 16 (Handelskammer-Bellealliance). 2649b

Bereinszimmer, großes und kleines, neu renoviert, noch frei Reichendergerstraße 103. 2657b

Vermietungen.

Zimmer.
 Leere Stube, 2 Damen, 20 Mark, Reinerstraße 3a III. 2653b

Möbliertes Zimmer mit Schreibtisch, vermietet Kaiser, Am Friedriehsbain 10 III. 435*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
 Ein erfahrener Köchlein, fünf Jahre im Haushalt tätig gewesen, sucht Arbeit und billige Stellung. Daring, Waldenstraße Nr. 18/19. 475*

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann, Prospekt gratis, Hermann Boll, Potsdam, Reichstraße 44. 2170b

Korbmacher auf Tischdecken, verlangt Rangog, Niederdergerstraße 14. 474

Barbierlehrling verlangt Wörtherstraße 14. 474

Offenher zur Reparatur und Aufstellung eherner Ofen verlangt Metann, Odenstraße 43, Verbindung Sonntag erwünscht. 2653b

Junger Tischler auf Bilderrahmen, Wallerstraße 22. 2652b

Tüchtige Wasserrohrlieger verlangt sofort für dauernde Beschäftigung E. Kneipp, Königgräberstraße 6a. *

Einen tüchtigen Rahmenmacher verlangt Albert Pfeiffer, Alexanderbrunnstraße 40. 2663b

Bedeutendes Konstruktionshaus elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen 182/19*

Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorzuheben
 Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Einrahmer.

tüchtiger, selbständiger Arbeiter, der auch die Rahmentellen aufschneidet, nach Strassburg i. E. gesucht. Güter Lohm. 132/18*

Cff. sub B. 3603 an Hansenstein & Vogler A.-G., Strassburg Els.

Günige tüchtige Versilberinnen bei guten Accordbühnen m. freier Reise verlangt Stett. Goldbleibenfabr. G. m. b. H. Stettin-Pommernsdorf, Hospitalstr. 2.

Tüchtige Rohrer

verlangt 291/12
Arbeits-Nachweis Dragonerstrasse 15 bei Patt.

Achtung, Stokkarbeiter!

Der Zugang für Stokkarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei **Schmaling & Barta**, Thüringerstr. 18. 88/9

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!

Im Daugegeschäft
A. Sonnenburg, Holzsteiner Ufer 2,
 haben ständige Bauführer wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bauführerei von

Moll, Löwestr. 2 und 7.

Zugung fernhalten. 87/10*
Die Ortsverwaltung.

Vorarbeiter

für seine Bilderei-Abteilung.
 Derselbe muß in hiesiger Branche verfahren sein, gute Erfahrungen besitzen und einem Personal von 20 bis 30 Arbeitern vollständig selbständig vorstehen können.
 Gest. Angebote, in französischer Sprache abgefaßt, sind mit Beifügung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften sowie Angabe der Gehaltsansprüche an Herrn **Hansenstein & Vogler** in Barcelona unter Chiffre H3080B zu richten.